

ROT FUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Und wenn's nur einer wär'...

Unsere Zeit ist außerordentlich schnelllebig. Die Menschen behalten vieles nicht im Gedächtnis. Was gestern passierte, ist heute oft schon Makulatur und morgen verfliegen. Das meiste, was uns die Medien servieren, bleibt ungenießbar und ist unverdaulich. In der Regel handelt es sich um Bagatel- len, die zu Großereignissen aufgeblasen werden. Wirklich historische Vorgänge gehen dabei unter oder werden von Zwergge- sternen kleingeredet. Doch sie kommen der Geschichte nicht abhandeln. Künftige Hi- storiker und die Akteure der Kämpfe von morgen dürften sich ihrer mit Gewißheit er- innern.

Die Bloßstellung des Terroristen aus Texas durch ein Antikriegsplakat der PDS-Abge- ordneten Ulla Jelpke, Heidi Lippmann und Winfried Wolf – leider fand sich neben den drei Westdeutschen kein einziger Deputier- ter aus der früheren DDR, der solche Zivil- courage aufgebracht hätte – war eine Tat von beinahe Liebknechtschem Kaliber! Und wenn's nur eine oder einer gewesen wäre – man zöge den Hut. Drei Bekenner unter drei Dutzend durch die eigene Frak- tionsspitze zu Schweigern „disziplinierten“ Abgeordneten – ist das etwa nichts?! Es muß viel Sand gewaschen werden, um an das Körnchen Gold zu gelangen. Die im Rondell unter der Reichstagskup- pel am meisten links saßen, wurden von den Medien vier Jahre lang geschnitten und ausgeblendet. Doch die nur Sekunden währende Szene des Aufschreis gegen den imperialistischen Krieg brachte ihnen die Schlagzeilen der Weltpresse ein. Kein gro- ßer Sender, der das Ereignis nicht übertra- gen hätte. Im Zeitalter billiger Politshows sind Klassenkämpfer mit Nerv für den rich- tigen Augenblick eben äußerst selten. Vor

allem in dieser Fraktion, die den bürger- lichen „Demokratie“-Betrieb mit seinen „Spielregeln“ und „Sachzwängen“ so sehr verinnerlicht hat. Da darf man nur hoffen, daß Jelpke und Wolf, die abermals kan- didieren, eine neue Chance erhalten wer- den.

Denn insgesamt war die Bilanz eher mager. Von der einen oder anderen Initiative ab- gesehen, fehlte es der PDS im Bundestag am großen Wurf. Jene weit über das Parla- ment hinausgreifende Mobilisierung, jene den Massen zugewandte prinzipielle Kri- tik am kapitalistischen System, die einst re- volutionäre Sozialdemokraten und später Kommunisten – nicht zuletzt die 15 KPD- Abgeordneten im 1. Deutschen Bundestag – stets in die dumpfe Arena des Parteienge- zänks hineingetragen hatten, waren nicht zu spüren. Das Transparent im Plenarsaal stellte so einen außergewöhnlichen Höhe- punkt dar.

August Bebels grandiose Auftritte, Karl Liebknechts Nein zu den kaiserlichen Kriegskrediten, Thälmanns angriffs- lustige Reichstagsreden und das moralische Veto des beherzten PDS-Trios zum Krieg von Bush und Schröder – das waren Sternstun- den des Kampfes gegen die Reaktion. Indes – eine noch weit gewichtigere Tat fehlt da in unserer Aufzählung: jener gro- ße Augenblick, in dem sowjetische Befrei- ersoldaten die rote Fahne mit Hammer und Sichel auf dem in Trümmern liegenden imperialen Prunkbau hielten. Dieser Mo- ment stand ganz am Beginn der besten Zeit in der deutschen Geschichte. Denn ohne ihn hätte es den 7. Oktober 1949 nie gege- ben, den vergessen zu machen wir keinem Schmähler gestatten werden.

Klaus Steiniger



INHALT

Eine ermutigende Bilanz	S. 2
Versuch einer Bestandsaufnahme	S. 3
In Potsdam fielen die Würfel	S. 4
Lockeres Geschütz	S. 4
Kein Harz von Hartz	S. 5
Hans Heinz Holz im Gefecht	S. 6
Helle Sachsen	S. 7
Ein Antrag aus Nordost	S. 7
Strausberger Erwartungen	S. 7
Einer von uns	S. 8
Puppe der Politik	S. 8
Nicht als Feigenblatt dienen!	S. 9
Warnung vor Illusionen	S. 10
Die Wende von Stalingrad	S. 11
Ein Subkontinent als Kraftfeld	S. 12
Zwischen „Oligarchen“ und „Marginalien“	S. 13
Milosevic-Urteil steht schon fest	S. 14
Henri Alleg im Gespräch	S. 15
Bush und Ashcroft entfiesselt	S. 16
Frontalangriff auf das Völkerrecht	S. 16
Im Todestrakt von Texas	S. 17
Schröders Wandlungen	S. 17
Der Kaschmir-Konflikt	S. 18
Richard Sorges Führungsoffizier	S. 19
China-Experte sprach in Halle	S. 19
Andalusiens Erdbeeren	S. 20
KP der Slowakei bleibt legal	S. 20
Faschistisches Batasuna-Verbot	S. 20
Caracas: Neuer Putsch im Ärmel	S. 21
Wie ich Ludwig Renn erlebte	S. 22
Der Bush von Bogotá	S. 23
¡Presente!	S. 24
Leserbriefe	S. 25
Termine & Anzeigen	S. 28



Zum 1. Jahrestag des „RotFuchs“-Fördervereins e. V.

Eine ermutigende Bilanz

Noch kein Jahr ist vergangen, seitdem der „RotFuchs“-Förderverein e. V. in das Vereinsregister beim Amtsgericht Berlin-Charlottenburg aufgenommen wurde. Etwa zwei Monate zuvor hatte sich ein Häuflein von 21 Genossinnen und Genossen zu seiner Gründung entschlossen. Vorangegangen war das statutenwidrige Hinausmobben des „RotFuchs“ aus der DKP, verbunden mit der realen Gefahr des Untergangs der bis dahin schon fast dreieinhalb Jahre bestehenden Zeitung. Damals hatte sie sich bereits einen Namen gemacht als unbestechliche, konsequent marxistische Monatsschrift, die mutig, klug und überzeugend den Klassenfeind angriff, wo und von wem auch immer errichtete revisionistische Positionen beim Namen nannte und das revolutionäre Erbe der DDR verteidigte, ohne Mängel zu beschönigen.

Diese Tugenden waren es, die die Gründer unseres Vereins veranlaßten, der Zeitung eine neue Heimstatt zu geben. Sie waren sich sicher, auch außerhalb der DKP in Ost und West viele neue Freunde zu finden und gingen sogar noch einen Schritt weiter: Der Verein und sein Blatt sollten das Zusammenfinden von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch nach Kräften fördern.

Im Vorfeld der am 8. Februar 2003 stattfindenden 2. Leserkonferenz (die satzungsgemäße Mitgliederversammlung wird aus Zeitgründen zu einem späteren Termin abgehalten) sollten wir uns die Frage vorlegen, wie es fünf Jahre nach Gründung des „RotFuchs“ weitergehen soll.

Zunächst stellen wir mit Genugtuung fest, daß sich die Mitgliederzahl des Vereins kräftig auf die Marke 400 zubewegt; in 6 Zentren haben sich die Mitglieder bereits zu regionalen Gruppen zusammengeschlossen und begonnen, ein interessantes Eigenleben zu gestalten und auf ihr Umfeld auszustrahlen. Die Zahl der „RotFuchs“-Abonnenten ist kontinuierlich gewachsen und hat allein in den letzten beiden Monaten um 221 zugenommen. Im Zeitraum 2001/2002 – also seit der Reorganisation der Zeitung – mußte die Druckauflage immer wieder erhöht werden. Mitglieder und Freunde haben sich bemüht, im Rahmen ihrer Möglichkeiten durch Beiträge und Spenden die finanzielle Basis des RF zu stabilisieren, was u. a. die Erweiterung seines Umfangs ermöglichte.

Inhaltlich hat der „RotFuchs“, der eine breite internationale Resonanz erfährt und in zwei Dutzend Ländern gelesen wird, an Profil gewonnen: neue Themen, Autoren und Gesprächspartner stehen für das Credo, sich als Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland bewähren zu wollen. An die Stelle bisweilen vordergründiger Polemik gegen unmarxistische Auffassungen ist mehr und mehr die tiefgründige ideologische Auseinandersetzung getreten. Einen bedeutenden Qualitätszuwachs haben die Leserbriefseiten erfahren, die überwiegend zu wichtigen inhaltlichen Fragen und Erfahrungen mit linker Politik Stellung nehmen. Nicht zu unterschätzen ist der Beitrag unserer Karikaturisten und Grafiker. Hinzu kommen das bestechende Layout, die hervorragen-

de Druckqualität und ein mit hohem persönlichen Einsatz neu organisierter Vertrieb.

Gleichzeitig hat die Bandbreite der Meinungen und Haltungen deutlich zugenommen. Toleranz und Achtung gegenüber anderen Ansichten mußten – und müssen auch weiter – zwangsläufig wachsen. Wir sind bemüht, jede sektiererische Enge zu vermeiden. Die Grenze ziehen wir dort, wo es um Revisionismus, Dogmatismus und schädliches Sektierertum geht. Unverzichtbar ist für uns die Anerkennung der DDR als bisher größte Errungenschaft der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung. Über vieles andere sollten sich Kommunisten und Sozialisten verständigen können – wo nicht, da müssen wir großzügig genug sein, unterschiedliche Wertungen erst einmal stehen zu lassen, um uns jenen Themen und Aufgaben zuwenden zu können, in denen wir bereits übereinstimmen. Das nunmehr einjährige Wachstum des Vereins darf man wohl als Bestätigung für die Lebenskraft seiner Gründungsidee sehen – für die Gewißheit, daß unter seinem Dach noch viele Platz finden.

Das gilt auch für jene Genossen und Freunde, die Sinn und Praktikabilität eines solchen Vereins als Organisation von Kommunisten und Sozialisten von Beginn an in Zweifel zogen und es noch heute tun. Natürlich, wer das Konzept des „RotFuchs“-Vereins mit der Elle einer revolutionären Partei im Leninischen Geist mißt, den müssen wir enttäuschen. Er ist keine Partei, weder im Sinne des Parteiengesetzes der BRD noch nach den Vorgaben der marxistisch-leninistischen Parteitheorie. Er ist auch keine Ersatzpartei. Aber: Was spricht gegen die Berechtigung eines Vereins als

zusammenführende Bildungsorganisation zur Verbreitung des von Marx, Engels und Lenin begründeten wissenschaftlichen Sozialismus?

Mir scheint, daß wir diesem unserem satzungsgemäßen Ziel künftig noch viel konsequenter nachkommen sollten. Wir können nicht übersehen, daß die Generation derjenigen, die in der DDR Gelegenheit zu gründlichem Studium und Durchdenken des Erbes unserer Klassiker hatte, bald nicht mehr zur Verfügung steht. Um so dringlicher wäre es, geeignete Formen zu entwickeln, wie Kenner und Könner dieser Materie ihr Wissen weitergeben, pseudomarxistische Auffassungen zurückgedrängt und eine neue Generation hochgebildeter Marxisten-Leninisten entwickelt werden können. Dabei ist Bildung für uns nicht Selbstzweck und kein Gut an sich; vielmehr betrachten wir sie als unerläßliches Fundament erfolgversprechenden politischen Handelns.

Unter diesen Aspekten besitzt die Tätigkeit unseres Vereins und seiner Zeitung ihr spezifisches Gewicht, das durch kräftigen Ausbau der regionalen Gruppen, Gewinnung neuer Mitstreiter, weitere Veranstaltungen mit prominenten Politikern, Wissenschaftlern und Künstlern mit immer mehr Teilnehmern ständig erhöht werden kann. Dazu gehört auch die gezielte Einbindung in regionale und überregionale Netzwerke, z. B. die Friedensbewegung, als zuverlässiger und berechenbarer Partner. Wir wären gut beraten, diese – und andere – Gedanken bereits im Vorfeld unseres 5. Jahrestages auch auf den „RotFuchs“-Seiten zu diskutieren.

Dr. sc. Gerhard Feldbauer, Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins e. V.



Collage Stefan Schultz

Zwölf Jahre nach der Einverleibung der DDR durch die BRD

Versuch einer Bestandsaufnahme

Zwölf Jahre sind seit dem 3. Oktober 1990 vergangen. Die DDR wurde im Ergebnis eines gegen sie von Anbeginn geführten Vernichtungsfeldzuges zerstört. Das Kapital triumphierte. Seine Politiker und „Denktanks“ gaben sofort die strategische Linie zur Bewertung dieser Entwicklung vor. Sie konzentrierte sich in Kinkels Aufforderung zur Delegitimierung der DDR. Auf dieser Grundlage steckten die Sieger, die damals über die totale Definitionsmacht verfügten, die semantischen Felder klar ab. Dabei wurde auf das gesamte seit der Oktoberrevolution entstandene antikomunistische Vokabular zurückgegriffen. Die Konterrevolution sei eine „friedliche Revolution“ und eine „Wende“ gewesen, hieß es. Die DDR wurde zur „totalitären Diktatur“ und zum „Unrechtsstaat“ erklärt, ihre Wirtschaft als „marode“ dargestellt. Man heizte die Stasi-Hysterie an und gab die Losung aus: „Nie wieder Sozialismus!“ Viele unterwarfen sich dieser Sprachregelung oder wichen einfach vor dem ungeheuren ideologischen Druck des Gegners zurück. Die „linke“ Variante war die Abstempelung als „Stalinismus“, „sowjetisches Modell“, „gescheitertes Experiment“ usw. Die meisten Menschen konnten das, was sich wirklich abgespielt hatte, schwer durchschauen. Klischees der Medien beherrschten die Köpfe. Auch die abstrusesten und, wie sich bald herausstellen sollte, kurzzeitigsten Lügen wurden geglaubt. Unter dem Vorwand angeblicher „Aufarbeitung“ und „Vergangenheitsbewältigung“ ergoß sich eine Flut von „Literatur“ zu den „Ursachen“ der Ereignisse. Meist handelte es sich um antisozialistische Kampfschriften.

Die Entwicklung und der Charakter historischer Vorgänge solchen Ausmaßes sind wegen der ihnen zugrunde liegenden multikausalen Zusammenhänge und ihrer Dialektik nicht leicht zu analysieren. Es bedarf seiner Zeit, die objektiven und subjektiven Faktoren sowie die ihnen innewohnenden Wirkungsmechanismen sichtbar zu machen. Dem sind selbst ernstzunehmende Autoren bisher nur zum Teil gerecht geworden. Eine tiefgründige und umfassende Analyse aus historisch-materialistischer Sicht steht noch aus. Sie erfordert die Beantwortung der Frage, welche Kriterien Marxisten-Leninisten bei der Bewertung von Gesellschaftsformationen anzulegen haben. Bemerkenswerte Erkenntnisse hierzu lieferten u. a. die Veröffentlichungen von Hans Heinz Holz, Beiträge linker Periodika wie „RotFuchs“, „Weißenseer Blätter“, „offensiv“ und der Abriß „Das Geschenk“ von Czichon und Marohn.

Eines wird immer deutlicher: Der Wert mancher Anfang der 90er Jahre voreilig formulierter Ursachen-„Erklärungen“ hatsich als gering erwiesen. Dennoch bildete sich eine Art oberflächlicher Automatismus im Gebrauch der Begriffe heraus. Selbst unter jenen, die am Marxismus, seinem revolutionären Wesen und an der historischen Notwendigkeit des Sozialismus festhalten, ist das nicht selten zu beobachten. Ein Beispiel: Als Sozialisten/Kommunisten haben wir überhaupt keine Veranlassung, die historische Rechtmäßigkeit unseres Kampfes, die geschichtsprägende Bedeutung und Wirkung des realen Sozialismus zu verkleinern. Manche Genossen aber können nicht über die DDR reden, ohne sofort einen

Nachsatz zu „Fehlern“, „Mängeln“, „Defiziten“ usw. anzuhängen. Es geht hier nicht um die Frage des Eingeständnisses objektiver Entwicklungsprobleme und subjektiver, z. T. verhängnisvoller Fehler in der Politik der DDR. Ohne Zweifel hat es diese gegeben. Sie müssen klar erkannt und gründlich analysiert werden. Dabei ist jedoch eindeutig zu definieren, welcher Art sie waren, unter welchen historisch-konkreten Bedingungen sie entstanden oder zugelassen wurden. Die Art und Weise des Umgangs mit ihnen ist entscheidend. Wer meint, er müsse des Beweises seiner Reformfähigkeit wegen oder um glaubwürdig und objektiv zu erscheinen, vorwiegend von „Entstellungen“ oder gar von „Verbrehen“ reden, zugleich aber die historische Legitimation der DDR und des Sozialismus verschweigen, muß sich fragen lassen, wo er eigentlich steht.

Wer gnädig geneigt ist, einzelne soziale Leistungen der DDR anzuerkennen, aber die geschichtliche Qualität dieses Staates negiert und zu sagen versäumt, daß dessen Leistungen nur auf der Grundlage sozialistischer Eigentums- und Machtverhältnisse möglich waren, verleugnet marxistische Grundpositionen und positive historische Erfahrungen. Wer darauf verzichtet, die großen Errungenschaften des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung, die trotz Fehleinschätzungen und Irrtümern erreicht wurden, zu verteidigen und ständig mit Asche auf dem Haupt im Büßerhemd herumläuft, handelt nicht nur defätistisch, sondern kappt auch den Erfahrungsstrom, der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft verbindet. Die Stigmatisierung derer, die sich solchen Tendenzen widersetzen, als „Traditionalisten“, ist im Grunde nichts anderes als die abgeschwächte Variante der von Revisionisten und Reformisten vorgenommenen „Einordnung“ Standhafter als „Betonköpfe“, „Stalinisten“ usw. Von all dem gilt es sich zu trennen, um zu ernsthafter Analysearbeit übergehen zu können.

Aus meiner Sicht ist eine Durchleuchtung der Ereignisse, die den Anspruch historischer Wahrheit erhebt, nur möglich, wenn sie zumindest von drei Grundpositionen ausgeht: Erstens der Erkenntnis, daß die Zerstörung des realen Sozialismus und der DDR konterrevolutionären Charakter trug. Die DDR war der historisch fortschrittliche Staat, das „gute Deutschland“ (Rolf Vellay), ihre Zerschlagung folglich eine die Geschichte zurückwerfende Konterrevolution. Zweitens dem Verständnis dafür, daß im Falle der DDR äußere Ursachen die entscheidende Voraussetzung für ihre Liquidierung waren. Dabei handelte es sich

ebenso um die jahrzehntelange massive Einmischung des Imperialismus – sie kulminierte in den Märzahlen 1990 – als auch und in erster Linie um die Preisgabe durch die antikomunistische Führung in Moskau. Die Verräterrolle Gorbatschows und seiner Clique ist klar erwiesen. Die Sowjetunion war Geburtshelfer, Pate und Schutzmacht der DDR, die Revisionisten an der Spitze der KPdSU aber waren ihre Totengräber. Natürlich ist die Dialektik von äußeren und inneren Ursachen der Niederlage in diese Erkenntnis eingeschlossen. Eine besondere Rolle hat der sich in der europäischen kommunistischen Bewegung seit Jahrzehnten ausbreitende Revisionismus gespielt. Drittens der Einsicht, daß die hauptsächlich inneren Ursachen, die den Feinden des Sozialismus ihr zerstörerisches Werk erleichterten, eng mit dem Kardinalfehler der führenden Partei im Zusammenhang standen: Der marxistisch-leninistische Charakter der SED, ihr Führungsstil im Sinne Lenins waren nicht in allen Etappen des Wirkens der Partei gewährleistet. Statt ständiger kritischer Überprüfung ihrer strategischen und taktischen Linie und deren Umsetzung machten sich Erscheinungen des Dogmatismus und Revisionismus, Fehleinschätzungen des subjektiven Faktors usw. bemerkbar. Das führte zu ernststen Störungen der Beziehungen zwischen Partei und Massen. In der entscheidenden Phase des Sommers 1989 war die SED nicht mehr der leitende und orientierende Kampfstab der Arbeiterklasse. Das wurde vom Gegner gnadenlos genutzt.

Zweck und Ziel der Untersuchung dieser Ereignisse werden von der Klassenposition der die Analyse Vornehmenden bestimmt. Für konsequente Marxisten kann es nur darum gehen, aus der Geschichte Lehren für den weiteren Kampf gegen den Kapitalismus und für eine sozialistische Zukunft zu ziehen. Aktuell geht es um die Revitalisierung der sozialistisch-kommunistischen Bewegung. Die zielstrebige Sammlung aller revolutionären Sozialisten und Kommunisten (ob gegenwärtig organisiert oder nicht) ist das Gebot der Stunde. Dabei schadet voluntaristische Hast. Die Herausbildung einer Partei, die ein breites Spektrum von Mitstreitern umfaßt und Masseneinfluß erringt, „muß reifen“. So habe ich ja einen meiner „RotFuchs“-Artikel überschrieben. Aber Reifen ist nicht gleichzusetzen mit Selbstlauf oder passivem Abwarten. Wie es scheint, läßt uns die Geschichte nicht ewig Zeit. Es ist dringend notwendig, schöpferisch an der Einheitsfront-Linie des VII. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale und den bei ihrer politischen Durchsetzung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gesammelten Erfahrungen anzuknüpfen. Dazu zählen nicht zuletzt die Lehren aus der Herausbildung der SED und ihres Wirkens zur Gestaltung der antifaschistisch-demokratischen Ordnung und des Sozialismus auf deutschem Boden. Unterschiedliche Erfahrungsströme zusammenzuführen ist dabei eine richtige Zielstellung. Doch es bedarf politischen Weitblicks und der Zurückstellung von engen Parteiegoismen. Die Sozialisten/Kommunisten an der Basis handeln zunehmend in diesem Sinne.

Dieter Itzerott

Von ganzem Herzen gratuliert der „RotFuchs“ zwei treuen Leserinnen, die in diesen Tagen in die Reihe der fortgeschrittenen Veteranen aufrücken. Am 7. Oktober begeht Genossin Johanna Grötzner aus Kaufbeuren ihren 75. Geburtstag. Am 22. Oktober feiert Genossin Helga Besenbruch aus Berlin das gleiche Jubiläum. Wir wünschen beiden Mitstreiterinnen maximale Gesundheit und Kraft zur Bewältigung der Herausforderungen dieser schweren Zeit.

Wie kam es zur „Vertreibung“ der Sudetendeutschen?

In Potsdam fielen die Würfel

Die Benes-Dekrete müssen weg!, lautet heute eine Hauptforderung der Revanchistenverbände, die anlässlich des bevorstehenden EU-Beitritts der Tschechischen Republik erhoben wird. Worum geht es? Während des 2. Weltkrieges Präsident der CSR im Londoner Exil, hatte Edvard Benes eine ganze Serie völkerrechtlich verbindlicher Dekrete erlassen, da das Parlament zur Zeit der Nazi-Okkupation seines Landes nicht zusammentreten konnte. Eine Reihe weiterer Dekrete wurde unmittelbar nach dem Krieg in Prag verkündet, bevor die ersten Wahlen stattgefunden hatten. Eines davon sah 1945 die Enteignung der Vermögen der Sudetendeutschen vor. Entgegen Medienbehauptungen gab es jedoch kein Dekret über „die Vertreibung“, da die Aussiedlung der Deutschen durch die Alliierten selbst geregelt worden war. Tatsächlich waren nach der Niederlage des faschistischen Deutschlands rund 2,75 Millionen Sudetendeutsche enteignet und umgesiedelt worden – größtenteils in die amerikanische Besatzungszone. In Westdeutschland gründeten sie eine revanchistische Landsmannschaft, die bis heute besteht und vor allem von CSU und CDU unterstützt wird. Diese propagiert lautstark und mit massiver Medienhilfe die Rückkehr der Sudetendeutschen nach Tschechien und die Entschädigung der Enteigneten.

Wie kam es zur „Vertreibung“? Was war der Grund?

1933 wurde in der Tschechoslowakei, in der damals 7,4 Millionen Tschechen, 2,3 Millionen Slowaken, 3,2 Millionen Deutsche, fast 700 000 Ungarn, 550 000 Ukrainer und 81 000 Polen lebten, die Sudetendeutsche Partei als Ableger der NSDAP gegründet. Ihr Führer war ein gewisser Konrad Henlein. Er gab die Losung „Heim ins Reich!“ aus.

Bei Wahlen stimmte die überwältigende Mehrheit der Sudetendeutschen für seine Partei. 1938 lieferten der britische und der französische Imperialismus das vorwiegend von ihnen bewohnte Sudetengebiet im sogenannten Münchener Abkommen an Nazi-Deutschland aus. 1939 besetzte die deutsche Wehrmacht ganz Tschechien und schuf das „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“. Die Slowakei wurde ein selbständiger klerikal-faschistischer Staat. „1945 wurden die Sudetendeutschen, sofern sie nicht aktive Antifaschisten waren, mit Billigung der USA, Großbritanniens und der Sowjetunion ‚vertrieben‘“. So steht es im „Lexikon der Geschichte“, Orbis-Verlag 2001. Es war ja auch undenkbar, daß die Mitwirkenden an der Zerschlagung der Tschechoslowakei und der Ermordung von 300 000 Tschechen in diesem Staat bei den von ihnen Unterdrückten weiterleben konnten.

Woraus ergab es sich, daß vor allem die USA den bürgerlichen Politiker Benes unterstützten und einen großen Teil der Sudetendeutschen in ihre Besatzungszone aufnahmen?

Das geschah vor allem wohl deshalb, weil die Aussiedlung dem Potsdamer Abkommen entsprach. Wer kennt heute noch diesen Völkerrechtsvertrag oder besitzt seinen Text? Die Redaktionen der Medien in der Bundesrepublik offensichtlich nicht.

Ab 17. Juli 1945 tagten in Potsdam Stalin, Attlee (nachdem Churchill nicht wiedergewählt worden war) und Truman. Am 2. August 1945 unterzeichneten die Führer der Sowjetunion, Großbritanniens und der USA ein Abkommen. Es legte die „Grundsätze der gleichgeschalteten Politik der Alliierten in bezug auf das besiegte Deutschland in der Periode der Alliierten Kontrolle“ (Abschnitt III) fest. Im Abschnitt XIII heißt es: „Die drei Regierungen haben die ord-

nungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile ... aus Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn ... beraten und erkennen an, daß die Überführung nach Deutschland durchgeführt werden muß.“ Das habe „unter besonderer Berücksichtigung der Frage einer gerechten Verteilung dieser Deutschen auf die einzelnen Besatzungszone“ zu geschehen.

Benes hatte mit der Enteignung der Deutschen per Dekret und ihrer Aussiedlung völlig im Sinne des Abkommens der Alliierten gehandelt. Merkwürdig, daß heute weder die USA noch Großbritannien die Tschechoslowakei wegen der Durchführung dieser Bestimmung des Potsdamer Abkommens anklagen! Dieses enthält übrigens noch viele andere Regelungen, die kurze Zeit nach seinem Abschluß von den Westmächten gebrochen wurden. So heißt es im Abschnitt III, „Syndikate, Kartelle, Truste und andere Monopolvereinigungen“ seien „zu vernichten“. Weiter: „Während der Besatzungszeit ist Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu betrachten ...“ Daher seien „eine gleichmäßige Verteilung der wesentlichen Waren unter den verschiedenen Zonen und ein ausgeglichenes Wirtschaftsleben in ganz Deutschland zu schaffen ... In Ergänzung der Reparationen, die die UdSSR aus ihrer eigenen Besatzungszone erhält, wird sie zusätzlich Industrieausrüstungen aus den westlichen Besatzungszone erhalten“.

Das fand nicht statt. Im Gegensatz zum Potsdamer Abkommen begann nach nur kurzer Zeit das Embargo gegen die sowjetische Besatzungszone. Vor allem erfolgte keine Lieferung von Stahl und Steinkohle, auf die diese Zone angewiesen war. In einem Lexikon von 1935 heißt es: „Ruhrgebiet, bedeutendstes Industriegebiet des europäischen Festlandes, auf den Kohle-reichtum gründete sich eine gewaltige Eisen- und Stahlindustrie (Vier Fünftel der Roheisen- und Rohstahlgewinnung des Reiches ...)“ Und über Sachsen wurde vergleichsweise berichtet: „Das zweitwichtigste deutsche Industriegebiet, vielseitige Veredlungsindustrie. Wichtigstes Textilgebiet des Reiches ... Posamenten ... Maschinen und Metallwaren, Papier, Musikinstrumente, Spielsachen, graphische, feinmechanische und feinkeramische Industrie. Schwerindustrie tritt ganz zurück.“ Ich erlebte 1951 als Parteisekretär auf dem Steinkohlewerk „Karl Liebknecht“ im Erzgebirge, wie ein Schacht stillgelegt werden mußte, weil das Stahlseil der Förderanlage zu brechen begann. In der DDR konnten Ausrüstungen für den Steinkohlebergbau nicht hergestellt werden, und so dauerte es etliche Tage, bis es uns gelang, auf illegalen Wegen ein Seil aus dem Ruhrgebiet zu beschaffen.

Unter schroffem Bruch des Potsdamer Abkommens, nach dem das besiegte Deutschland einheitlich zu behandeln war, erfolgte 1948 die Spaltung. In den Westzonen und Westberlin wurde eine neue Währung eingeführt. Sie legte die ökonomische Grundlage für Adenauers Prinzip „Lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb“. Es entstand ein neues imperialistisches Deutschland als Vorposten der USA im Kalten Krieg gegen die Sowjetunion. Von ihm geht heute der offiziell geschürte Revanchismus gegen Tschechien aus.

Walter Florath

Ein Pressesprecher führt „kommunistischen Pluralismus“ vor

Lockeres Geschütz

Ein lockeres Geschütz – a loose canon – nennt man in Amerika jemanden, der eine lose Zunge hat und beim verbalen Schießen nicht lange fackelt. Lothar Geisler – unmittelbar nach seiner auf dem Parteitag erfolgten Abwahl aus dem Parteivorstand zum Pressesprecher der DKP aufgestiegen – ist nicht wenigen Genossen im Osten durch ein „Bonmot“ bekannt geworden. Mit Vorliebe erzählte er dort auf Versammlungen die launige Geschichte, er sei „nicht wegen, sondern trotz der DDR“ einst in die DKP eingetreten. Das brachte auch gestandene Kommunisten im Westen auf die Palme. „RotFuchs“-Freunde erinnern sich an sein naßforschendes Erscheinen auf der 1. Leserkonferenz, die er gemeinsam mit Wolfgang Teuber zu kippen versuchte. Das erwies sich allerdings als ein Schlag ins Wasser. Damals war der ursprünglich durch die Gruppe Nordost kreierte RF noch nicht von Heinz Stehr aus der DKP vertrieben worden.

Jetzt will der Spezialist für „kommunistischen Meinungspluralismus“, wie Geisler die ideologische Vermengung gegensätzlicher Positionen umschreibt, abermals Maulkörbe verteilen. Zum Beispiel an den UZ-Autor Gerhard Feldbauer, der seine Meriten u. a. als Auslandskorrespondent in Vietnam

und Italien erwarb und seit dem vergangenen Sommer Vorsitzender des „RotFuchs“-Fördervereins ist. Einer der letzten geschliffenen Schreiber der UZ, steht F. bei G. auf dem Index, weil er es gewagt hat, den italienischen Neo-Bernsteinianer Luigi Malabarba in einem Leserbrief (!) als Revisionisten zu charakterisieren. Da griff Geisler zur totschlägerischen Feder und schrieb als „geschäftsführender Redakteur“ (wo führt er in Essen eigentlich nicht die Geschäfte?) seinerseits eine als Leserbrief getarnte Replik. Den Fachmann Feldbauer, den man offensichtlich loswerden möchte, versuchte er als Dilettanten vorzuführen, dessen „bisherige Wahrnehmung der PRC (Partei der Kommunistischen Neugründung Italiens) und Berichterstattung über sie“ vor die Heilige Inquisition der Essener Hoffnungsstraße gehöre. Den Bannstrahl gegen F. richtend, schwadronierte G. über „Streitkultur der DKP“ und eine „andere kommunistische Diskussionskultur“ als „wichtige Schlußfolgerung aus der Niederlage von 1989/90“. Was Geisler darunter versteht, offenbarte der Vielgeist mit dem meinungspluralistischen Motto: „Kein Platz für so was!“ S. R.

„Moderne Form der Sklaverei“ empfohlen

Kein Harz von Hartz

Unverdiente Medienpräsenz haben Sommerloch und Wahlkampf den Vorschlägen der sogenannten Hartz-Kommission beschert. Unverdient deshalb, weil sie weder viel Neues enthalten noch geeignet sind, die Arbeitslosenzahlen zu halbieren. Aber wer wird sich im Jahre 2005 noch im einzelnen an diese Versprechungen erinnern? „Der Spiegel“ (Nr. 34, Seite 17) zitiert eine Untersuchung des renommierten Schweizer Wirtschaftsinstituts Prognos AG, das in einer Modellrechnung ermittelt habe, selbst bei vollständiger Umsetzung der Hartz-Pläne in den kommenden drei Jahren könne die Zahl der Erwerbslosen um maximal 100 bis 200 Tausend zurückgehen. Die Vorschläge seien nicht geeignet, „den für den Abbau der Arbeitslosigkeit erforderlichen Wachstumsschub zu generieren“. Zuverlässig an dem Projekt ist lediglich, daß durch Abbau von Sozialleistungen, Ausbau der sogenannten Billig-Jobs und Erweiterung der Leiharbeit ein solcher Druck auf die Arbeitslosen ausgeübt werden soll, daß sie sich schneller bereitfinden, jede noch so schlecht bezahlte Tätigkeit auszuüben. Als „moderne Form der Sklaverei“ wurden diese Maßnahmen in einer verbitterten Zuschrift an das ND (13. 8. 2002) charakterisiert. Die jüngsten Statistiken offenbaren die ganze Dramatik: Die Zahl der Arbeitslosen ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen, im Osten liegt sie jetzt um 18 % (bei gleichzeitigem Weggang von mehr als einer Million Beschäftigten in den Westen!). Und die Schere zwischen Ost und West öffnet sich immer mehr. Ist das alles nur der Unfähigkeit der Regierung Schröder bzw. des deutschen Großkapitals zuzuschreiben? Sicher auch, aber nicht zufällig werden in der öffentlichen Diskussion immer wieder Fragen in einer verwirrenden Vielfalt der Formulierungen gestellt. „Geht uns die Arbeit aus?“, „Stehen wir am Ende der Arbeitsgesellschaft?“, „Muß die vorhandene Arbeit neu verteilt

werden?“, „Sollten wir das Ziel unseres Kampfes darin sehen, den Arbeitslosen annehmbare Lebensbedingungen zu schaffen?“

Ist Wachstum der Produktion überhaupt noch zu verantworten und mit der Natur in Einklang zu bringen?

Klimaschwankungen werden wohl am wenigsten durch Produktionen für zivile und humanitäre Zwecke ausgelöst, sondern vielmehr durch Rüstung und Kriege; Übungs- und Ernstfalleinsätze von Kampf-Jets und die interkontinentalen Flüge der Militärtransporter belasten unsere Umwelt zweifellos stärker als Personenkraftwagen auf den Autobahnen. Jüngst wurde in einer Zuschrift aus Leipzig an den „RotFuchs“ sogar argumentiert, daß Arbeit nicht, wie von Marx getan, als Naturnotwendigkeit erklärt werden dürfe.

All diese Fragen gehen meines Erachtens in mindestens zweifacher Hinsicht am Kern des Problems vorbei. Erstens unterstellen sie, wir würden alle im Überfluß leben, als wäre das Aufkommen an Gütern und Leistungen in dieser Gesellschaft so, daß weitere wesentliche Steigerungen nicht wünschenswert seien. Zweitens wird dabei übersehen, daß die Reduzierung von Arbeitsplätzen auch künftig weitergehen wird, weil niemand den dazu bereits absehbaren technischen Fortschritt ernsthaft aufhalten kann.

Marxisten haben eine prinzipiell bejahende Auffassung von der Arbeit. In dem berühmten ersten Satz seiner Schrift „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ sagt Friedrich Engels: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums ... neben der Natur, die ihr den Stoff liefert, den sie in Reichtum verwandelt.“ Er fährt fort: „Aber sie ist noch unendlich mehr als dies. Sie ist die erste Grundbedingung alles menschlichen Lebens, und zwar in einem solchen Grade, daß wir in gewissem Sinn sagen müssen: Sie hat den Menschen selbst geschaffen.“

(MEW 20/444) Nun darf man doch mal fragen: Ist dies heute etwa anders? Ist die Arbeit als „Prozeß zwischen Mensch und Natur“ (Marx, Das Kapital, MEW 23/192) heute etwa nicht mehr Existenz- und Entwicklungsbedingung der menschlichen Gesellschaft wie auch des Individuums? Ich kenne kein einziges ernsthaftes Argument, das diese einfache materialistische Erkenntnis in Zweifel ziehen könnte. Das einzige, was gegenüber der Zeit von Marx und Engels wirklich anders ist – das ist das atemberaubende Tempo in der Entwicklung der Produktivkräfte, das zur vorwiegend intensiv erweiterten Reproduktion zumindest in den entwickelten kapitalistischen Industrieländern geführt hat. Daraus ergibt sich: Das Wachstum der Produktion wird mit einem absolut sinkenden Arbeitskräfteeinsatz bewältigt, Investitionen dienen in erster Linie der „Einsparung“ von Arbeitsplätzen. Deswegen ist die Massenarbeitslosigkeit unserer Tage auch nicht nur und nicht in erster Linie eine zyklische Erscheinung, und es hat keinen Sinn, auf „bessere“ Tage zu hoffen. Zugleich ist es wenig aufschlußgebend, wenn der neue Chef der Bundesanstalt für Arbeit die Zunahme der Arbeitslosenzahlen lediglich auf Konjunkturschwäche zurückführt. Solange die Börsen mit Kurssteigerungen auf die Ankündigung von Massenentlassungen reagieren, wird sich daran auch nicht viel ändern.

Sollen neue Arbeitsplätze entstehen, dann geht das nur mit einem Produktions- und Leistungswachstum, das über dem Produktivitätswachstum liegt. Auch das von der Hartz-Kommission im besten Deutsch empfohlene „Job-Floating“ wird diesem Zusammenhang nicht gerecht. Noch einmal „Der Spiegel“ mit Bezug auf die Schweizer Prognos AG: „Zwei Millionen Arbeitslose könnten bis 2005 nur bei einem starken Wirtschaftswachstum von 3,7 % pro Jahr abgebaut werden. In Deutschland sei aber allenfalls ein Wachstum von 2,4 % zu erwarten.“

Die einzigen Denkansätze, die einen Ausweg aus dieser Misere zeigen könnten, gab es bisher im Wahlprogramm der in Berlin mit einer Landesliste kandidierenden KPD, die sich u. a. die bekannten 11 Forderungen der DKP-Gruppe Berlin-Nordost und des „RotFuchs“ zu eigen gemacht hat. Bemerkenswerterweise konnte man sie auch in einem Beitrag von Luft/Modrow erkennen. (ND vom 10/11. August 2002, S. 10) Sie halten ein großzügiges Investitionsprogramm für erforderlich, in dessen Ergebnis im Osten wieder eine sich tragende Wirtschaft entsteht. Ohne diesen Begriff zu verwenden, machen sie die 1990 begonnene Kolonialpolitik gegenüber dem Osten für die heutige Situation verantwortlich. Sie wie auch andere Stimmen, vor allem aus Bereichen der Gewerkschaft, fordern den Ausbau des Bildungswesens, der Infrastruktur, der Dienstleistungen und des Umweltschutzes.

Das Problem ist also unendlich viel komplexer, als daß man ihm allein mit neuen, noch so raffinierten Regularien des Arbeitsmarktes beikommen könnte.

Annemarie Mühlefeldt



„O. K., Misses Franklin, wenn das für Sie so wichtig ist, dann nehmen Sie eben ein paar Tage unbezahlten Urlaub.“

Aus: „The Guardian“, Sydney

Warum Leipziger DKP-Genossen den „Entwurf des Entwurfs“ zurückweisen

Helle Sachsen

Einstimmig habe die Mitgliederversammlung der DKP Leipzig am 24. 6. 02 eine Stellungnahme des Gruppenvorstandes zu dem von der Mehrheit des Parteivorstandes der DKP gebilligten Dokument „Erste Grundlagen zur Diskussion und Erarbeitung eines Programmentwurfs“ unterstützt, teilte uns der Vorsitzende der Leipziger Organisation Karl-Heinz Reinhardt mit. Die Stellungnahme lautet:

Entsprechend dem Beschluß der 9. Tagung des Parteivorstandes hat sich die Parteilgruppe Leipzig mit den „Ersten Grundlagen ...“ beschäftigt. Im Ergebnis unserer Diskussion kommen wir zu der Auffassung, daß die Programmkommission der ihr übertragenen Aufgabe nicht gerecht geworden ist. Bereits 1993 waren „Thesen zur Programmmatischen Orientierung“ als Eckpunkte für die weitere Programmarbeit unterbreitet worden. Die vom Parteivorstand eingesetzte Programmkommission hat weitere eineinhalb Jahre gebraucht, um wieder nur „Erste Grundlagen ...“ vorzulegen. Es ist symptomatisch für das theoretische Niveau und den Zustand der politischen Führung der Partei, wenn im Ergebnis ein Dokument unterbreitet wird, das so nicht akzeptiert werden kann. Es ist keine brauchbare Grundlage für das Programm einer revolutionären, kommunistischen Partei. Die Tatsache, daß selbst Mitglieder der Kommission daran gegangen sind, ganze Abschnitte neu zu schreiben, deutet darauf hin, daß wir mit unserer Auffassung nicht allein stehen.

Welches sind die Hauptgesichtspunkte, die uns zu diesem Standpunkt geführt haben?

1. Für die Programmatik einer kommunistischen Partei sind eine wissenschaftlich exakte Epoche-Charakteristik und die genaue Analyse des heutigen Imperialismus unerlässlich. Diese Erfordernisse erfüllt der vorliegende Entwurf nicht. Ohne sie sind eine strategische Zielstellung der Partei und eine richtige taktische Orientierung zur Erreichung der Ziele nicht möglich. Der entsprechende Abschnitt des „Entwurfs ...“ ist fehlerbehaftet und bleibt hinter bekannten Erkenntnissen zur Anwendung der Imperialismus-Theorie Lenins zurück. Die von Hans Heinz Holz und Patrik Köbele vorgelegte Neufassung des Imperialismus-Kapitels entspricht den Erfordernissen schon eher.
2. Der „Entwurf ...“ nimmt keine gründliche Einschätzung der in Deutschland und international wirkenden Klassenkräfte, ihrer politischen Parteien und der politischen Grundtendenzen der kapitalistischen Gesellschaft nach der Jahrtausendwende vor.
3. Es ist unverständlich und nicht hinnehmbar, daß im „Entwurf ...“ ein Geschichtsverständnis der kommunistischen Bewegung und der ehemals sozialistischen Länder festgeschrieben werden soll, das nicht der historischen Wahrheit entspricht. Es verwundert nicht, daß damit eine Sozialismus-Vorstellung skizziert wird, die in Grundpositionen mit Karl Marx nicht mehr viel zu tun hat. Das gleiche gilt für die Wege zum Sozialismus.

Statt dessen werden verwaschene Formulierungen gebraucht, die im Grunde Anleihen beim „demokratischen Sozialismus“ der PDS sind. Der konterrevolutionäre Charakter der Entwicklung von 1989 und danach wird nicht benannt. Die historischen Leistungen der DDR und der SED beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft sowie deren Erfahrungen, die für einen neuen sozialistischen Anlauf unverzichtbar sind, bleiben als solche unerwähnt, werden nivelliert oder verschwiegen.

4. Der „Entwurf ...“ enthält eine Fülle unscharfer Formulierungen und Agitationspassagen, die nur aktuelle Bedeutung haben. Solche Kommentare und Weitschweifigkeiten gehören nicht in ein Parteiprogramm der DKP. Dagegen werden für Kommunisten selbstverständliche und wissenschaftlich begründete Begriffe wie Marxismus-Leninismus, sozialistische Revolution, usw. einfach nicht verwendet und so aus der Programmatik verbannt.
5. Obwohl für eine Partei, die sich den Sozialismus als Ziel stellt, und die die Arbeiterklasse als historisches Subjekt versteht, klar sein muß, daß dieses Ziel nicht ohne Bündnisse erreichbar ist, fehlen zu den Bündnisbeziehungen mit anderen Klassen und Schichten jegliche Aussagen.
6. Zu den schwächsten Teilen des „Entwurfs ...“ gehören die zur Partei selbst. Im Grunde wird vermieden, eine klare Aussage zur Leninschen Parteikonzeption

on und ihrer Gültigkeit heute zu treffen. Die Rolle der Partei als Vorhut der Klasse und als revolutionäre Kampfpartei wird nicht hervorgehoben. Eine prinzipielle Absage an den Reformismus fehlt. Es wird keine Position zu für die kommunistische Bewegung so wichtigen Fragen wie ihrer Einheit formuliert. Aus den genannten Gründen halten wir es nicht für möglich, mit einzelnen Änderungsvorschlägen zu einem akzeptablen Programmentwurf zu kommen, der – wie Lenin es einmal formulierte – „eine kurze, klare und genaue Darstellung all dessen ist, was die Partei anstrebt und wofür sie kämpft“.

Der vorliegende „Entwurf ...“ kann nach unserer Meinung dem 16. Parteitag der DKP nicht zur Beratung vorgelegt werden. Programmatische Fehler, Unschärfe und Halbheiten führen die Partei nicht nach vorn. Die mageren Ergebnisse von eineinhalb Jahren Arbeit lassen den Schluß zu, daß die Programmkommission in der jetzigen Zusammensetzung zu keinem besseren Ergebnis kommen kann. Es beunruhigt uns, daß trotz ständig wiederholter Erklärungen des Parteivorstandes, immer neuer „Kampagnen“ und „Grundsatzpapiere“ sich nichts am Profil der DKP, ihrer Wirkung in der Gesellschaft und in ihrer Mitgliederentwicklung positiv verändert. Und das angesichts der immer dringlicher werdenden historischen Notwendigkeit einer revolutionären, kommunistischen Partei.

Ein Antrag aus Nordost

Die DKP-Gruppe Berlin-Nordost hat am 19. August 2002 einstimmig folgenden Antrag an die 11. Tagung des PV der DKP (5./6. Oktober 2002) gerichtet:

Der Parteivorstand möge beschließen:
An den Parteitag ergeht der Antrag, den Verbesserungsvorschlag von Hans Heinz Holz und Patrik Köbele zu den „Ersten Grundlagen ...“ als Diskussionsbasis zur Erarbeitung des Programms zu verabschieden und das Diskussionsmaterial „Erste Grundlagen ...“ zurückzuziehen.

Begründung:

Mit den „Grundlagen ...“ liegt ein Diskussionsmaterial vor, das uneinheitlich, teilweise widersprüchlich und fehlerhaft ist. Es ist ein Konglomerat von Erklärungen und Feststellungen ohne konzeptionelle Geschlossenheit. Die Ausarbeitung bestätigt nicht, daß sich die Verfasser auf die Klassiker des Marxismus-Leninismus berufen können; soweit konzeptionelle Linien erkennbar sind (z. B. zum Imperialismus, zum Sozialismus, zur Rolle einer revolutionären Partei), weichen sie z. T. beträchtlich von den Erkenntnissen der Klassiker ab. Das geschieht mit der Erklärung notwendig gewordener Aktualisierungen oder aus der Niederlage abzuleitender Erfahrungen. Die Aussagen des Materials sind z. T. schwer erfaßbar. Von ihnen gehen keine mobilisierenden Wirkungen auf die potentiellen antikapitalistischen Kräfte aus. Um zu einem Parteiprogramm zu kommen, das die revolutionären Traditionen der DKP fortsetzt, ist ein anderer konzeptioneller Ansatz notwendig. Er wurde mit dem „Verbesserungsvorschlag“ der Genossen H. H. Holz und P. Köbele geschaffen.

Zu Inhalten der Programmatik Strausberger Erwartungen

In einem Material der DKP-Gruppe Strausberg heißt es:

„... Das künftige Parteiprogramm muß die Leistung der KP der 70er Jahre, wie im Parteiprogramm der DKP von 1978 geschehen;

- der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) als marxistisch-leninistischer Partei den ihr gebührenden Platz einräumen und das Lebenswerk Tausender ehrlicher Kommunisten hervorheben;
- die DDR als „die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterklasse“ eindeutig historisch einordnen;
- die Verwendung des Begriffs „Konterrevolution“ für den reaktionären Umsturz 1989/90 als allgemein gültig einführen;
- keinerlei Begriffe in das Programm aufnehmen, die der bürgerlichen Ideologie zugehörig sind, pseudowissenschaftlichen Charakter haben oder sozialistische Begriffe mit vorgenannten vermischen (Globalisierung, Neoliberalismus, kollektiver Imperialismus, Frühsozialismus);
- Formulierungen vermeiden wie: Das können wir heute noch nicht sagen, oder, wir wissen nicht, wie das künftig sein wird. Eine kommunistische Partei muß in der Lage sein, prinzipielle Antworten zu geben.“

Prof. Hans Heinz Holz traf in Berlin auf starke Resonanz

Kritisch und konstruktiv

Geradezu als ein Glücksfall erwies sich die kleine Anzeige in der „jungen Welt“ nicht übersehen zu haben, die zu einer Veranstaltung über die Programmdebatte in der DKP mit Prof. Dr. Hans Heinz Holz einlud. Denn zu mehreren Überraschungen dieses Abends für diejenigen, die sich mit den Verhältnissen in der DKP nicht so gut auskennen, gehörte bereits der Vortrag. Anstelle der bei diesem Thema zu vermutenden belehrenden Langeweile gab es das Feuerwerk einer Rede, die an Lebendigkeit, Informationsgehalt und überzeugender Argumentation nichts zu wünschen übrig ließ. Indizien dafür waren die rege Diskussion, die folgte, und der wiederholte kräftige Applaus, der auf eine weitgehende Übereinstimmung der Anwesenden mit dem Referenten schließen ließ.

Dabei, und das wäre die zweite Überraschung dieses Abends, fiel die betont kritische Haltung des Redners zur Vorgehensweise des Parteivorstandes, speziell des Vorsitzenden der DKP, in der Programmdebatte auf. So verwies H. H. Holz darauf, daß nach den im Januar 1993 beschlossenen „Thesen zur Programmatischen Orientierung der DKP“, die den Rahmen für die Programmearbeitung bilden sollten, bereits mit den „Sozialismus-Vorstellungen“ von 1997 Differenzen in der Partei auftraten, zu denen es keine breite und klärende Diskussion gegeben habe.

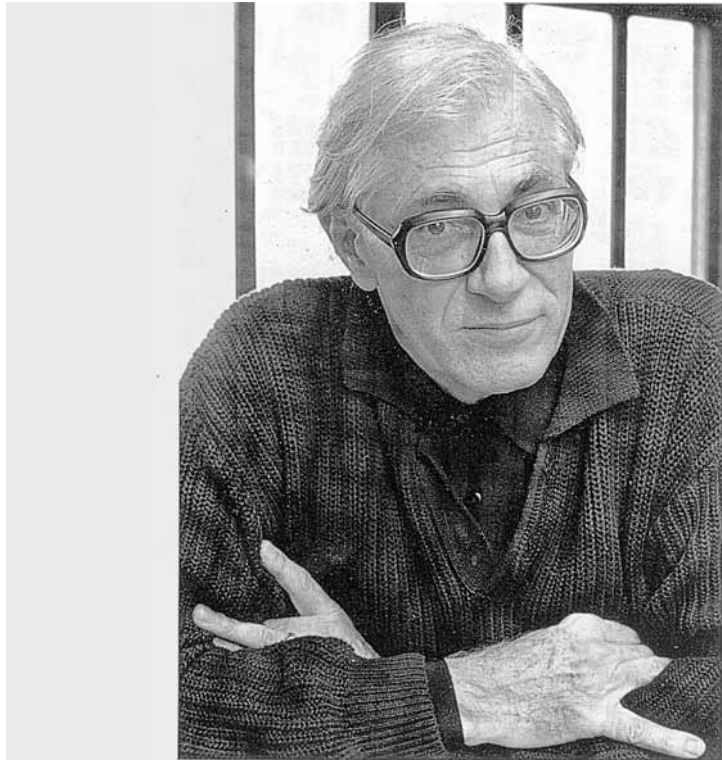
Die fundamentalen Veränderungen in der gesellschaftlichen Situation seit 1990 werden in der DKP unterschiedlich interpretiert. Während parteioffiziell von „Zusammenbruch und Zerschlagung des Sozialismus“ die Rede ist, nehmen andere Genossen den Standpunkt ein, es habe sich um eine Konterrevolution gehandelt.

Deutliche Unterschiede zeigten sich auch beim Imperialismus-Begriff, betonte H. H. Holz. Als Folge der Antiglobalisierungsbewegung habe sich in Kreisen der DKP das Konzept von den neuen Wirkungen der transnationalen Konzerne festgesetzt. Daraus würde abgeleitet, daß es so etwas wie einen globalen, unilateralen Imperialismus gäbe. Das gehe bis zu der widersinnigen Behauptung, ein deutscher Imperialismus existiere heute nicht mehr. Daraus folgerten diese Kräfte, daß man sich an die Antiglobalisierungsbewegung „anhängen“ müßte.

Kritisch bewertete der Referent den Umgang mit dem vom DKP-Parteivorstand geschaffenen Organ, der Programmkommission. Nachdem es nicht gelungen war, durch sie ein Entwurfsdokument zu verabschieden, wurde vom Parteivorsitzenden selbst ein Diskussionsmaterial vorgelegt, das trotz angemeldeter Bedenken auch aus Kreisen der Programmkommission nach einem mit deutlicher Mehrheit gefaßten Beschluß des Parteivorstandes dann veröffentlicht worden ist.

Das seit Februar d. J. vorliegende Material „Erste Grundlagen zur Diskussion und Erarbeitung eines Programmentwurfs“ war bedauerlicherweise auf der Veranstaltung nicht verfügbar. Seine Beschaffung erwies sich als schwierig.

Ausgehend von den Differenzen zu theoretischen Grundfragen und zur Vorgehens-



H. H. Holz

weise bei der Erarbeitung eines Entwurfs für ein DKP-Programm begründete H. H. Holz die Entscheidung, zu der er sich gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Bezirksorganisation der DKP Ruhr-Westfalen, Patrik Köbele, veranlaßt gesehen habe. Mit dem Ziel, insbesondere für die Mitglieder der DKP den Zugang zu den notwendigen inhaltlichen Auseinandersetzungen zu erleichtern, hätten sich P. Köbele und er entschieden, ihren Gegenstandspunkt als Verbesserungsvorschlag, zugleich aber auch als eigenständiges Diskussionsmaterial, vorzulegen. Es sei notwendig gewesen, an den vom Parteivorsitzenden präsentierten Entwurf anzuknüpfen. Der „Verbesserungsvorschlag“ zum ursprünglichen Dokument (Erste Grundlagen ...) war den an diesem Abend Anwesenden in den beiden ersten Teilen – „Imperialismus heute“ und „Der Sozialismus“ – zugänglich.

Die Notwendigkeit einer alternativen Diskussionsgrundlage erläuterte der Referent am Beispiel des Sozialismus- und des Parteikonzepts, wie sie in dem vom Parteivorstand verabschiedeten Material dargestellt würden. Es könne für Kommunisten nicht angehen, die historischen Leistungen, die durch den Sozialismus in Europa erbracht wurden, in längeren Ausführungen als fehlerhaft zu deklarieren und dann dann die knappe Feststellung zu heften, es habe auch Erfolge gegeben. Das sei ein Ausdruck des Zurückweichens vor der Ideologie des Gegners. Das Parteikonzept, das sich sowohl aus dem Imperialismus-

Verständnis als auch aus den Sozialismus-Vorstellungen notwendigerweise ergebe, müsse daher falsch sein. Es führe zur Auflösung der Rolle der kommunistischen Partei in einer allgemeinen Bewegung.

In den weiteren Ausführungen wurde mit gleicher Klarheit zum Begriff der Diktatur des Proletariats Stellung genommen und die Rolle der Staatsmacht im Sozialismus definiert – nicht zuletzt in der durch eine Konterrevolution beseitigten DDR, die im Diskussionspapier Holz/Köbele als größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterbewegung bezeichnet wird. Das Referat kam einem Kompendium über Grundfragen des Marxismus-Leninismus gleich.

Die Diskussion war, beeinflusst durch die in den Ausführungen von Prof. H. H. Holz gegebene qualifizierte Grundlage, sowohl zu den konzeptionellen als auch zu den Verfahrensfragen inhaltlich und konstruktiv.

Es gab auch die Sorge, daß die bestehenden Probleme überbetont worden seien.

Wer aber, angeregt durch das Referat, die vorliegenden Ausarbeitungen zum Programmentwurf der DKP zur Kenntnis genommen hat, wird den in der Diskussion gegebenen Hinweis verstehen, daß es jetzt darauf ankomme, als ersten Schritt auf dem bevorstehenden 16. Parteitag der DKP eine Entscheidung zu Gunsten des „Verbesserungsvorschlags“ herbeizuführen.

Für alle, die sich um die DKP Gedanken machen, war das ein optimistisch stimmender Abend.

Max Lehn

Aus Hans-Dieter Hesses Ruhrpott-Erinnerungen

Einer von uns

Einen Kumpel schieben sie uns ins Zimmer. Staublunge. Der miese November hatte die letzten warmen Herbsttage verjagt. Der Kokereimief vermischte sich mit dem Nebel, kroch durch alle Ritzen. Die Invaliden rotzten ihre Taschentücher voll und trauten sich nicht bis zur Apotheke. Eine Woche lang hatte sich der Neuzugang schon zu Hause rumgequält und zwischen den Hustenanfällen den Doktor und seine Gipspillen verflucht. Es war jedes Jahr daselbe. „Der Kohlberg hat uns alle kaputt gekriegt!“ Die Frau ist der letzte Kumpel, der ihm geblieben ist. Schlimm genug, daß er mit seinem Röcheln und Japsen auch ihre Nachtruhe störte. Da wollte er wenigstens mal alleine pissen gehen. Im Treppenhaus wurde es ihm schwummrig vor Augen, er kippte um – Oberschenkelhalsbruch.

Nun hängt er hier am Tropf. Um die 60. Ausgespuckt aus einem Pütt, ausgespuckt aus einer Mietskaserne; fleckig und grau wie der Auswurf seiner Lunge. In diesem zügigen Altbau soll er genesen. (Mein Bademantel hängt als Windfang am Kopfende meines Bettes.) Schmerzen verzerren das eingefallene Gesicht mit den blaugrauen Falten. Doch das Stöhnen ist kaum hörbar, so keucht er, rasselt der Atem. Die Augenlider zucken nervös, das ist keine Angst, das kommt vom Grubenlicht und vergeht nicht mehr. Sie hantieren an ihm herum. Durch einen Katheter fließt sein Wasser ab. Wir Patienten sehen zu, haben Mitleid – bald werden wir fluchen, wütend auf den Neuen sein, weil man uns seinetwegen das Rauchen verbieten wird.

Doch! – unser Mitleid ist ehrlich. Aber Mitleid ist nur vordergründig, hinterfragt nicht. Wird schon durch das Mittagessen verdrängt werden. Wir haben neuen Gesprächsstoff für eine Stunde, danach liegt da nur ein kranker Mann. Sonst nichts. Auch für uns nicht mehr interessant. C' est la vie! Wie einfach – wie billig, wie gedankenlos! Liegt da nur ein kranker Mann, sonst nichts?

Da röcheln vierzig Gedingejahre, verkrampt sich ein von Staub und Salzwasser, von Hitze und Kampf ums tägliche Brot verunzelter Körper. Die Markennummer 770. Entlohnt mit einem Buntfernseher, beschwichtigt mit einer Kur voller Vorschriften wie im Arbeitsalltag. Entmündigt, dressiert für den Profit von menschenverachtenden Ausbeutern. Ausgeraubt wie eine zerdrückte Abbaustrecke. Ich will meinen Zorn nicht dämpfen!

Was sind denn da groß für Freuden in solch einem abhängigen Leben, das Tag ein Tag aus von den Werkstoren verschluckt wird? Morgenschicht. Mittagsschicht. Nachtschicht. Sonderschicht. Werksstilllegung! („An den Freuden des Lebens kann er doch demnächst im Privatfernsehen ganz gemütlich im Sessel teilhaben“, grinst Albrecht, der CDU-Ministerpräsident von Niedersachsen und vehemente Streiter für die privaten Kanäle, süffisant. „Und außer BILD hat er doch auch noch seine Kneipe“, betont Albrechts Kumpan SPRINGER die Ausgewogenheit der Verdummung.) Das sind Freuden! Ein paar Aufschneidereien an der Theke. Wie viel Überschichten

man klopfte, wie unentbehrlich man sei. Die Jubiläumsuhr. Daß ohne einen der Betrieb nicht laufe. Wie wahr! Aber eben nur Aufschneiderei – keine Erkenntnis!

Oder liegt da ein bewußter Klassengenosse? Einer, der sich nur bückt, um die eigenen Schuhe zuzuschnüren? Der auch dem Nachbarn nicht die Butter vom Brot nehmen läßt? Wird sein Blick härter, wenn er von Chile spricht? Oder ist sein zugedachter Horizont die Zechenmauer geblieben? Da liegt ein kranker, verbrauchter Arbeiter, und ich frage: einer von uns?

Ja! Einer von uns! So wie er daliegt. Ein Prolet wie ich. Der ausgelaugte Stahlkocher, der zähneknirschend nach dem Streik im Januar den Schurz wieder fester zurrte, ist einer aus unseren Reihen. Der wegrationalisierte Bürokrat, dem der weiße Kragen Sicherheit und Rang vorgaukelte, der Möbelverkäufer, der sein Gewissen gegen Provision eintauschen muß, die Postbotin, die sich noch ängstlich duckt, wenn die Berufsverbietter am Nachbarschalter zuschlagen, der arbeitslose Architekt, dem nach und nach die bürgerlichen Wohlstandsschuppen von den Augen fallen, die Pennälerin,

die ihrem reaktionären Direktor nicht mehr traut – sie alle besitzen nur ihre Arbeitskraft.

Das Zuckerbrot, das sie verkümmern soll, werden sie ausbrechen. „Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?“, sagt Brecht – einer von uns. Und: „Neu beginnen kannst du mit dem letzten Atemzug.“

Und wenn noch so viele Hoffnungen zerschellen: Wir werden täglich neu beginnen und stündlich aufklären, bis auch der letzte von uns seine Lage erkannt hat. Wir sind es nicht nur uns schuldig!

Da liegt mein Kumpel, kein Fremder. Werd gesund, Mann, wir müssen miteinander reden. Auch aus deinen Erfahrungen will ich lernen. Wir alle müssen Wissende werden, die nicht länger mehr den Lügern und Heuchlern auf den kapitalistischen Leim kriechen. Wir müssen erkennen, daß wir zusammengehören.

Diesen Bericht schrieb der Arbeiterschriftsteller aus Recklinghausen im November 1979.

Die Puppe der Politik

Er war mein Kollege, Genosse, immer dafür als die Brunnlein flossen, aber schnell dagegen als sie sich schlossen. So enttarnt sich ein Leben. Nach oben devot und nach unten verwegen. Schrieb und schreibt heute immer noch Texte, glashart, wenn verlangt, bestellt auch wie Samt. Wie sie's gern hätten: Heut schwarz, gestern rot. Egal wer grad dran ist, der Mann bleibt im Boot, auf der Brücke am liebsten ungeniert stets zu Diensten den Herren am Ruder, wenn Brunnlein fließen ... Gestern noch mein Kollege, Genosse an einem Tisch, jetzt eine Puppe der Politik, die stets auf Schnurzug schreibend nach Geheiß die rechte Fahne (nicht die linke!) in den Wind zu hängen und zu hissen weiß.

Wahl, Wollen und Sollen

Die große Politik wird heute, so unerträglich ungeniert, als Wollen kleiner Leute deklariert. Ich frage mich, woher sie es denn wissen, was Volkes Wille will. Wurde jemand gefragt? Hat einer was gesagt?

Was für ein garstig Spiel wenn unter Kuppelglas, aus weichem Polstersitz heraus vorab bestimmt, was Wahlvolk, Bürger, Steuerzahler, zu wollen haben oder wollen sollen.

Scheint listig ausgedacht, was für Partei und Macht im Namen kleiner Leute eilends zum Pult gebracht. Gelübde sind vergessen, es wird regiert indessen.

Beide Texte: Hans-Dieter Krüger

„Was läßt Sie denken, ich sei nur eine Puppe des Managements?“
Aus: „The Guardian“,
Sydney



Taktische Abwehr und theoretische Zugeständnisse helfen nicht weiter

Keine Feigenblattrolle

Im Juli-„RotFuchs“ plädiert Dr. Hans Joachim für eine ausgewogene, differenzierte Betrachtung der PDS. Seiner Argumentation stimme ich zu, die Bestimmung der PDS als „kleinbürgerlich-intellektuelle Reformpartei mit demokratischer Ausrichtung“ möchte ich allerdings aus einer etwas anderen Sicht ergänzend präzisieren.

Ohne hier den Umwandlungsprozeß der PDS in eine Partei des kleinbürgerlichen Sozialreformismus mit wohl gegenwärtig linker sozialdemokratischer Ausrichtung nachzeichnen zu können: Der Charakter dieser Partei wird wesentlich durch die sogenannten Reformsozialisten geprägt, deren „moderner Sozialismus“ als ein soziales Produkt des modernen Kapitalismus selbst in dieser Transformationsstrategische Triebfeder war und bleibt. Die Strukturen der kapitalistischen modernen Gesellschaften sollen durch Reformen so verändert werden, daß dabei die Dominanz der Kapitalverwertung zurückgedrängt und letztlich überwunden werden kann. Das ist „Sozialismus“ durch Kapitalverwertung auf dem Boden und im Rahmen des Kapitalismus selbst. Von diesem „kapitalistischen Sozialismus“ zeugt anschaulich der Programmwurf der PDS. Diese theoretische Positionierung wird durch die sogenannten Reformpraktiker breit unterstützt. Sie stellen eine einflußreiche Gruppe in der PDS dar und bemühen sich vor allem in der parlamentarischen Arbeit um soziale, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Anliegen in praxi; sozialistische Ziele, Programmatik und ideologische Fragen sind nicht (so sehr) ihr „Ding“.

In meinen Augen fällt ein solcher Sachverhalt insgesamt hinter Bernstein zurück, der als reformistischer Sozialist wollte, daß die Sozialdemokratie die kapitalistische Produktionsweise überwindet, obwohl seine politischen wie ökonomischen Theorien nicht geeignet waren, die sozialistische

Ordnung zu verwirklichen. Die PDS ist insofern keine klassische reformistische Partei. Ihre reformsoziale Prägung mit „modernem“ sozialistischen Antlitz bedeutet Abschied vom Marx'schen authentischen Sozialismus überhaupt. Linke werden den sozialen und ökonomischen Erfordernissen des Kapitals untergeordnet; sie werden in den politischen Mainstream der bürgerlichen Gesellschaft eingegliedert und in deren kulturelle Hegemonie einbezogen. Hiervon zeugt anschaulich die Berliner Koalition. Das politisch-ideologische Anliegen dieser führenden PDS-Strömung ist somit das Funktionieren des Kapitalismus; und zwar durch Lähmung aller revolutionären und wirklich antikapitalistischen Kräfte. Meines Erachtens wird die PDS unabhängig von den Ergebnissen der Bundestagswahl diesen generellen Kurs (modifiziert) fortführen und zum Programm erheben. Sie wird so versuchen, den Platz einzunehmen, den die SPD mit ihrer Entwicklung zu einer der Staatsparteien des kapitalistischen Systems endgültig geräumt hat. Die sozialintegrierende Funktion eines solchen Ziels ist die Erhaltung dieses Systems durch Beschneidung seiner extremen Auswüchse.

Und hier zeigt sich für die marxistische Linke ein historisches Dilemma. Einerseits wird die PDS (früher oder später, so oder so) im kapitalistischen Orkus enden. André Brie träumt bereits von einer „kooperationsfähigen Linken in Deutschland ... mit völlig neuen Formen, aber unter Nutzung der vorhandenen Potentiale“. Gysi und Lafontaine sollen an der Spitze stehen. (Mitteutsche Zeitung vom 3. 8. 2002) Andererseits ist die Existenz einer marxistischen Massenpartei in Deutschland eine historische Notwendigkeit. Hierfür gibt es aber noch keine realen Bedingungen. Für einen geschichtlich überschaubaren Zeitraum ist eine solche marxistische Partei immerhin

möglich. Eine Partei, die sich um Masseneinfluß bemüht – insbesondere durch Aktionseinheit aller antiimperialistischen Kräfte und Revitalisierung des Marxismus gemäß den Erfordernissen unserer Zeit.

Eine solche Rekonstruktion der deutschen Linken wirft für Marxisten in und außerhalb der PDS die Frage auf: Was tun? „Hoffnungen auf eine marxistische Erneuerung der PDS sind allerdings nach allen historischen Erfahrungen und infolge des Kräfteverhältnisses innerhalb der PDS wenig realitätsnah“, schrieben F.-M. Balzer, E. Lieberam und H. Münchow am 5. Juli 2002 in der UZ. Ja! Jedoch sehe ich eine gewisse (minimale) Chance, die noch in der PDS-Basis mit dem Sozialismus (theoretisch und emotional) verbundenen Kräfte für die Erhaltung des pluralistischen Status des noch geltenden PDS-Programms zu aktivieren – im Interesse dieser Rekonstruktion. Hierfür gibt es Anknüpfungspunkte, so das Veto gegen die NATO-Kriegseinsätze, das Bemühen um mehr Soziales in der bürgerlichen Gerechtigkeitsfalle u. a. m. Eine Erfolgchance ist aber nur dann real, wenn die linke Opposition in und außerhalb der PDS im weitesten Sinne des Wortes – also einschließlich des Marxistischen Forums, der Kommunistischen Plattform usw. – entschlossen und entschieden organisatorisch und vor allem theoretisch-programmatisch handelt. Hieran mangelt es bislang. Bloße taktisch-politische Abwehr und theoretische Zugeständnisse helfen nicht weiter. Im Gegenteil! Sie drängen die marxistische Linke in der PDS in die Rolle, als Feigenblatt der „reformsozialistischen“ Parteiführung zu fungieren. Ergo: Dieses konsequente Handeln muß auch das Risiko der Trennung involvieren; und zwar offen ausgesprochen, um in der PDS zumindest den Ernst der Lage und die Notwendigkeit einer Umkehr zu demonstrieren.

Prof. Dr. Ingo Wagner



Am 1. Oktober 2002

wird Genossin

Lotti Oertel

aus Berlin

70 Jahre alt.

Sie hat sich u. a. als Richterin am Obersten Gericht der DDR um den Sozialismus verdient gemacht.

Seit Jahren gehört sie zu den aktivsten Verbreiterinnen des „RotFuchs“.

Herzlichen Glückwunsch!

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (46 und Schluß)

Warnung vor Illusionen

„Es wäre jedoch die größte Dummheit und der unsinnigste Utopismus, wollte man annehmen, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne Zwang und ohne Diktatur möglich sei.“ (LW 27/254) So äußerte sich Lenin im März/April 1918. Die Oktoberrevolution ging aus einer katastrophentypischen Krisensituation hervor. Aber auch zu einem künftigen Formationswechsel wird die neue Revolution ebenfalls Folge einer „gesamtnationalen“ Krise sein.

Außerhalb von Krisen gibt es keine Revolutionen, wobei nicht jede Krise zu einer Revolution führt. Jedoch zu glauben, daß die Arbeiterklasse friedlich in den Sozialismus hinüberwechseln könne, in eine Gesellschaft, in der bereits alle von den hehren Idealen des Sozialismus durchdrungen, fern von jeglichem Egoismus, fröhlich für die Gesellschaft arbeiten werden, gehört auch heute noch in den Bereich „größter Dummheit“. Insofern sind die zitierten Äußerungen Lenins von allgemeingültiger Bedeutung.

Man kann, meint Lenin, „den Kapitalismus nicht besiegen und ausrotten ohne schonungslose Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter ...“, die ... im Laufe einer ziemlich langen Periode versuchen werden, die verhaßte Macht der Armen zu stürzen“. Diese „Periode“ kann Jahrzehnte andauern, wie wir heute aus Erfahrung wissen. Jede große Revolution, besonders eine sozialistische, ist undenkbar „ohne einen Krieg im Innern, d. h. einen Bürgerkrieg ...“, der Tausende und Millionen Fälle des Schwankens und Überlaufens von der einen Seite auf die andere bedeutet, der einen Zustand größter Unbestimmtheit und Unausgeglichenheit, einen Zustand des Chaos bedeutet“. Diese Sätze schrieb Lenin noch vor dem Ausbruch des Bürger- und Interventionskrieges!

Alle Elemente der Zersetzung der alten Gesellschaft, die unvermeidlich zahlreich wären, würden zwangsläufig zur Geltung kommen, „... durch Vermehrung der Verbrechen, des Rowdytums, der Bestechung, des Schiebertums und aller möglichen Scheußlichkeiten. Um damit fertig zu werden, braucht man Zeit, braucht man eine eiserne Hand“. (LW 27/255)

Verfasser von „Sozialismus-Vorstellungen“ wären gut beraten, sich mit den einschlägigen Schriften Lenins vertraut zu machen und die „Elemente der Zersetzung“ in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft, von oben bis unten, genau zu analysieren.

Unter den konkreten Bedingungen vor und nach der Oktoberrevolution war Lenin sehr vorsichtig und zurückhaltend mit Äußerungen über die zukünftige kommunistische Gesellschaft. In „Staat und Revolution“ ging er auf das Problem des „Absterbens“ des Staates ausführlich ein. Offenbar gab es sogar schon vor der Oktoberrevolution Kommunisten, die es mit dem „Absterben“ des Staates sehr eilig hatten. Nach Lenin würde der Sowjetstaat schon kein Staat „im eigentlichen Sinne“ mehr sein, sondern „bereits ein Übergangsstaat“, in dem die Unterdrückung „noch notwendig“ sei, die „Unterdrückung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Ausgebeu-



teten“. (LW 25/477) Von einem Absterben des künftigen Staates könne noch „nicht einmal die Rede sein, ... als es sich offenkundig um einen langwierigen Prozeß handelt“. (LW 25/471)

Bezüglich der von Marx unterschiedenen zwei Phasen der kommunistischen Gesellschaft, einer niederen ersten und einer höheren, die wir heute als Sozialismus und Kommunismus bezeichnen, wies Lenin in Polemik gegen bürgerliche Ideologen darauf hin, daß man die dringenden aktuellen Fragen der Politik des Augenblicks nicht in Diskussionen und Gerede über die ferne Zukunft umfälschen solle. Die Bolschewiki hätten niemandem versprochen, die höhere Phase des Kommunismus einzuführen, „ja nicht einmal im Sinn gehabt, denn ‚einführen‘ läßt sie sich überhaupt nicht“. (Ebenda S. 484) Über welche Etappen, mit welchen praktischen Maßnahmen die Menschheit zum Kommunismus gelangen wird, können wir nicht wissen.

In einer Rede gegen den Abänderungsantrag von Bucharin auf dem VII. Parteitag der KPR (B) am 8. März 1918 wurde Lenin noch deutlicher. Die Ära der sozialistischen Revolution habe begonnen, aber „jetzt wissen zu wollen, wie der vollendete Sozialismus aussehen wird – nein, das wissen wir nicht“. Gegen Bucharin gewandt meinte er, daß es nicht an der Zeit sei, jetzt „abstrakte Sätze“ über den vollen Kommunismus aufzustellen. „Mit dem Absterben des Staates hat es noch gute Weile.“ Lenin meinte, daß noch „mehr als zwei Parteitage abzuhalten“ wären, um zeigen zu können, „wie der Staat abstirbt ... Im voraus das Absterben des Staates zu proklamieren, wäre eine Verletzung der historischen Perspektive“. (LW 27/135)

Die von Lenin genannten Fristen – mehr als zwei Parteitage – erwiesen sich in der Praxis ebenfalls als viel zu kurz bemessen. Die besten Parteiführer und kommunistischen Theoretiker haben sich bezüglich der Fristen immer wieder geirrt. In keinem sozialistischen Land konnte von einem Absterben des Staates auch nur die Rede sein. Im Gegenteil: Die wirtschaftlich-organisatorischen und kulturell-erzieherischen Funktionen des Staates und die betreffenden Apparate wurden notwendigerweise immer stärker. Die eigentliche politische Funktion als Machtinstrument zur Niederhaltung der Ausbeuter und Konterrevolutionäre konnte angesichts der aggressiven imperialistischen Politik des Antikommunismus, militä-

rischer Einkreisung und atomarer Bedrohung – bis hin zum „Krieg der Sterne“! – auch nicht abgebaut werden. Man muß hinzufügen: Die Vernachlässigung revolutionärer Wachsamkeit gegenüber den geschworenen Feinden des Sozialismus und Revisionisten in den eigenen Reihen waren gerade entscheidende Faktoren für die Niederlage des europäischen Sozialismus. Kommunisten sollten heute diese Lehre beherzigen und mit euphorischen Zukunftsvisionen mehr als vorsichtig sein.

Die Leninsche Staats- und Revolutionstheorie, die ich in den letzten Artikeln dieser Serie behandelt habe, ist hiermit bei weitem nicht erschöpft. Es fehlt vor allem der Beitrag Lenins zur Ausarbeitung des Sowjetföderalismus in einem Nationalitätenstaat, den er jedoch durch Krankheit seit Ende 1922 und seinen frühen Tod am 21. Januar 1924 nicht mehr vollenden konnte.

Ulrich Huar

LESEEMPFEHLUNG:

Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, LW 27/254-263

Staat und Revolution. Kap. V/4, Die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft, LW 25/482-489

Mit diesem Beitrag beendet Prof. Dr. Ulrich Huar seinen fast vier Jahre im „RotFuchs“ geführten Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus, um unserer Zeitschrift künftig mit einzelnen Artikeln zu theoretischen Fragen zur Seite zu stehen.

Wir danken unserem bewährten Autor für seine exemplarische Ausdauer und die wertvolle Wissensvermittlung.



Vor 60 Jahren wurde die Schlacht an der Wolga geschlagen

Die Wende von Stalingrad

Vor Moskau im Winter 1941/42 besiegt und zurückgeworfen, an Leningrads Verteidigern gescheitert und mit Verlusten von mehr als einen Viertel der an der deutsch-sowjetischen Front eingesetzten Kräfte – 750 000 nach fünf Monaten –, war das faschistische Oberkommando gezwungen, seine Pläne zu ändern. Im Frühjahr 1942 wurden die „neuen Ideen“ in der „Weisung 41“ konkret gefasst und damit die Ziele des Sommerfeldzugs festgelegt: Die Hauptoperation richtete sich auf Stalingrad. Sie sollte dieses sowjetische Industrie- und Verkehrszentrum ausschalten und dann weiter zum Kaukasus führen, um das Erdöl zu erbeuten. Mitte Juli 42 begann die Offensive der faschistischen Gruppierungen. Am 2. Februar 1943 kapitulierten vor der Roten Armee die letzten ihrer Einheiten, von trunkenen Eroberern zu hoffnungslos eingekreisten, halbverhungerten und –erfrorenen Verteidigern des gescheiterten Größenwahns geworden.

Mehr als sechs Monate dauerte „die Schlacht des Jahrhunderts“, wie sie der Marschall der Sowjetunion W. I. Tschuikow nannte, damals als Armeeeoberbefehlshaber einer der Helden der Kämpfe. Fast 200 Tage und Nächte ... Zeit genug in diesen Wochen, uns jener sowjetischen Männer und Frauen zu erinnern, die sich vor sechs Jahrzehnten den Mördern, Peinigern und Plünderern entgegenstellten und ihnen die Hände zerschlugen. Gedenken wir der Kämpfer und Kämpferinnen, die alles gaben, um den Feind auf seinem Marsch zur Weltherrschaft an der Wolga aufzuhalten und die grundlegende Wende im antifaschistischen Befreiungskrieg herbeizuführen!

W. I. Tschuikow, andere sowjetische Heerführer, Schriftsteller und Historiker haben umfangreich und genau von der großen Schlacht berichtet. Hier seien nur ihre wichtigsten Abschnitte genannt: die Durchbrechung des Verteidigungsringes der Roten Armee Anfang August, der Vormarsch der Faschistentruppen auf das Ostufer des Don und – gegen den zähen Widerstand der sowjetischen Einheiten – zu den Zugängen und Verteidigungsgürteln Stalingrads ... die furchtbaren Bombenangriffe des 23. August, bei denen 30 000 Stalingrader umkamen und die Wolga-Metropole wie zuvor Guernica, Coventry, Rotterdam und Belgrad, in Schutt und Asche versank, so daß die faschistische Führung glaubte, danach die Stadt einfach stürmen zu können ... schließlich das Eindringen der Wehrmacht in das Zentrum Stalingrads und bis zu einem schmalen Uferstreifen der Wolga, wo sie die Rote Armee in der zweiten Septemberhälfte zum Stehen bringen konnte ... dann Wochen erbitterter Kämpfe um den Mamai-Hügel, um einzelne Gebäudekomplexe, um Etagen und Ruinenstücke, um jeden Meter. „Hinter der Wolga gibt es für uns kein Land mehr!“, wurde die Kampflösung der Rotarmisten, die mit Standhaftigkeit, taktischem Geschick und Massenheroismus ihre militärische und moralische Überlegenheit bewiesen. „Stalingrad hat sich in einen feuerspeienden Vulkan verwandelt und verschlingt Tausende von Faschisten,“ schrieb W. I. Tschuikow.



In der zweiten Novemberhälfte begann die sowjetische Operation, die mit der vollständigen Einkesselung der deutschen 6. Armee und Teilen der 4. Panzerarmee endete. Die Stadt wurde endgültig zum Grab der Eindringlinge, und wer überlebte, schleppte sich in die Gefangenschaft, nachdem am 2. Februar 1943 der letzte Schuß gefallen war. Der Name Stalingrad aber, zunächst Inbegriff schlimmster Bedrohung für das Sowjetland, wurde zum Fanal des Sieges der Roten Armee. Was dieser Sieg für die Völker der Welt bedeutete, brachte der spanische Grafiker José Renau in einem Plakat zum Ausdruck: Vor dem faschistischen Terror fliehende Menschen, Frau, Mann und Kind, die Blicke nach vorn, dorthin, worauf der Finger des Mannes weist: den großen roten Stern mit der vielfachen Inschrift „Stalingrado“ und darunter „Nueva estrella de la libertad“. Denn in der Tat, als „neuer Stern der Freiheit“ erschien allen unterdrückten Menschen das Ringen an der Wolga.

In ganz Europa führte der Verlauf der Stalingrader Schlacht zu einem mächtigen Aufschwung des Widerstandskampfes. Von Norwegen bis zum Mittelmeer, von der Atlantikküste bis in die Balkan-Berge und die Wälder Belorusslands, überall schöpften Partisanen und Saboteure, illegale Kämpfer und Kundschafter, Soldaten der Volksbefreiungsarmee Titos wie antifaschistische Guerilleros in Spaniens Sierras Hoffnung und Kraft und verstärkten ihre Aktionen. Mao Tse-tung ermutigte den chinesischen Befreiungskampf mit einer optimistischen Einschätzung der Wirkung Stalingrads auf den japanischen Aggressor.

Auch in den zwischenstaatlichen Beziehungen führte die gigantische Schlacht zu bedeutsamen Neubewertungen: Hitler hatte bei einem Sieg in Stalingrad auf den Kriegseintritt der Türkei und Japans gezählt – eine Rechnung, die nicht aufging. Schweden und die Schweiz wandelten nach der Niederlage der 6. Armee ihre profaschistische „Neutralität“ in eine mit der Antihitlerkoalition sympathisierende neutrale Haltung

um. Und die Verbündeten der Nazis, von denen vor allem Italiener und Rumänen in der Stalingrader Steppe verbluteten, begannen zu wanken. So wurde im Sommer 43 Mussolini gestürzt.

USA-Präsident Roosevelt brachte unmittelbar nach dem Stalingrader Sieg in einer Botschaft zum 25. Jahrestag der Roten Armee „tiefe Bewunderung für ihre glanzvollen, in der ganzen Geschichte unübertroffenen Siege“ zum Ausdruck. Selbst Churchill erkannte an, daß die Rote Armee „die Kraft der deutschen Kriegsmaschine gebrochen hat“, und für das britische Königshaus übergab die jüngst verstorbene „Queen Mom“ der Heldenstadt an der Wolga ein Sieges Schwert. Paris ehrte Stalingrad später mit einem Boulevard ...

Es versteht sich, daß diese Niederlage zum Trauma der deutschen Imperialisten und Militaristen wurde. Das ist es bis heute geblieben. Ganze Stapel von Büchern wurden durch faschistische Offiziere, berufsmäßige Geschichtsfälscher, Nazi-Apologeten und Revanchisten zur Rechtfertigung, Beschönigung oder gar Leugnung der „Katastrophe“ verfaßt. Im Zuge des Kalten Krieges reihten sich dann auch britische und USA-Autoren in diese Front ein. Im Gegensatz zu den früheren Erkenntnissen begannen sie, die Bedeutung Stalingrads zu relativieren, angloamerikanische Operationen in Nordafrika und Frankreich als gleichbedeutend oder gar wichtiger zu bewerten. Nicht zuletzt, um ihre Soldaten und Völker mit Blick auf einen neuen Krieg über die Stärke der Sowjetarmee zu täuschen. Hans Doerr, deutscher Generalmajor und Teilnehmer dieses Feldzugs, war dagegen 1955 objektiv: „Stalingrad wurde zum Wendepunkt des Zweiten Weltkriegs. Die Schlacht war für Deutschland die schwerste Niederlage seiner Geschichte, für Rußland dessen größter Sieg“, schrieb er. Trotz des späteren Untergangs der Sowjetunion bleibt Stalingrad ein Fanal. Es wird Millionen Russen und Bürger anderer einstiger Sowjetrepubliken zu einer neuen geschichtlichen Wende inspirieren.

Werner Hoppe

Was ich bei der Arbeit mit chinesischen Regierungsdokumenten erlebte

Ein Subkontinent als Kraftfeld

In der Volksrepublik China ist der Nationale Volkskongreß (NVK) das oberste gesetzgebende Organ. Er tagt jedes Frühjahr etwa zwei Wochen lang. Die Abgeordneten sind keine Berufsparlamentarier, sondern gehen – wie das auch bei den Volksvertretern der DDR der Fall war – außerhalb der parlamentarischen Arbeit anderen Tätigkeiten nach. Zur Zeit amtiert der 9. NVK. Er hielt vom 5. bis 15. März seine diesjährige Tagung ab. Parallel dazu beriet die Nationale Politische Konsultativkonferenz (NPKK), der die gleichen Berichte und Entwürfe der Staatsführung zur Beratung und Meinungsäußerung vorgelegt wurden wie dem NVK. Sie ist etwa mit der Nationalen Front der DDR vergleichbar. Auf diese Weise wird in China gesichert, daß alle 56 Nationalitäten, die neben der KP bestehenden acht sozialistischen Parteien sowie die Religionsgemeinschaften ihre Meinungen, Kritiken, Hinweise und Vorschläge unterbreiten können (neben anderen Möglichkeiten im Verlauf des Jahres).

Ich hatte Gelegenheit, dies näher kennenzulernen. Anfang Februar 2002 bat mich die Regierung, die deutschen Entfassungen von drei Dokumenten zu redigieren, die dem Kongreß vorgelegt und Journalisten aus aller Welt zur Verfügung gestellt werden sollten. Es handelte sich um den Tätigkeitsbericht der Regierung für das Jahr 2001, um den Bericht über die Durchführung der zentralen und lokalen Haushaltspläne 2001 und den Entwurf dieser Pläne für 2002, um den Bericht über die Durchführung des Plans für die volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung 2001 sowie den Planentwurf für 2002.

Unser Übersetzungsinstitut, an dem ich seit 1997 helfe, hatte die Verantwortung auch für die entsprechenden englischen, französischen, japanischen, russischen und spanischen Fassungen. Die Übersetzungen in die hauptsächlichen Sprachen nationaler Minderheiten Chinas (z. B. koreanisch) wurden von anderen Instituten vorgenommen. Zu unserer „deutschen“ Gruppe gehörten acht chinesische Übersetzer von Rundfunk und Fernsehen, von der Nachrichtenagentur, von Zeitungs- und Zeitschriftenredaktionen, vom Außenministerium und unserem Institut sowie ich als Muttersprachler. Knappe vier Wochen arbeiteten wir – auch während der Wochenenden und des chinesischen Frühlingsfestes (Beginn des „Jahres des Pferdes“ nach dem Mondkalender) in Klausur. Das Übersetzen und Redigieren sowie die damit verbundenen inhaltlichen Beratungen und die Suche nach angemessener fremdsprachlicher Darstellung waren sehr lehrreich und gewährten einen tieferen Einblick in die Überlegungen der Regierung.

Inhaltlich wurde ich angesichts der hiesigen historisch-konkreten Bedingungen immer wieder an den Hinweis von Marx aus dem Vorwort zum „Kapital“ erinnert: „Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist ..., kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren.“ (MEW 23/15 f.) Ich dachte auch an Lenins Neue Ökonomische Politik und an das Neue Ökonomische Sys-

tem der Planung und Leitung der Volkswirtschaft der DDR, das die SED in den 60er Jahren entwickelt hatte. Das, was sich in China seit 1978 – im Sinne der Linie der KPCh – sichtbar vollzieht, entspricht der genannten Orientierung – nur in viel umfangreicheren Dimensionen. Es wird der gesamten Bevölkerung vermittelt: Jedes Erzeugnis, jede Leistung, die in der sozialistischen Gesellschaft verbraucht werden, sind vorher zu erarbeiten (Kostendenken)! Drei Tage vor Kongreßbeginn war unsere Gruppe mit der Arbeit fertig. Dann mußte alles noch gedruckt und geheftet werden. Zur gleichen Zeit trafen bereits die 2 741 Abgeordneten aus allen Landesteilen per Bahn, Flugzeug, Schiff oder Bus in der Hauptstadt ein. Auf Einladung der Regierung konnte ich am 5. März der Eröffnung des Nationalen Volkskongresses und der Berichterstattung des Ministerpräsidenten Zhu Rongji in der Großen Halle des Chinesischen Volkes beiwohnen. „Solch ein Gewimmel“ von Abgeordneten und etwa 1 000 Journalisten wurde zum stärksten Eindruck meines politischen Lebens!

Hier wurden die „Eckpunkte“ der gesellschaftlichen Entwicklung eines Subkontinents beraten und beschlossen! Es handelt sich sozusagen um das chinesische Europa-parlament – nur mit dem Unterschied, daß es weniger Gelder verschlingt und wirklich etwas zu beschließen hat. Dann muß man – um sich die unterschiedlichen Größenordnungen noch deutlicher vor Augen zu führen – bedenken: Das „Europa“-Parlament bezieht sich auf einen Raum mit etwa 270 Millionen Menschen, der chinesische Volkskongreß trägt für 1,23 Milliarden Landesbürger die Verantwortung.

Am 14. März luden die Präsidien des NVK und der NPKK uns ausländische Experten

und die chinesischen Übersetzer in die Große Halle des Chinesischen Volkes zu einem Bankett ein. Der Gastgeber war der stellvertretende Vorsitzende des NVK, Genosse Buch. Er stammt aus der Inneren Mongolei und begann sein politisches Leben als Teilnehmer am antijapanischen Krieg, der 1937 begann. Er bedankte sich für die geleistete Arbeit, die der Verständigung zwischen den Völkern gedient und Nachrichtenagenturen wie Redaktionen in aller Welt die Möglichkeit gegeben habe, über die Entwicklung Chinas zu informieren. Diese Möglichkeit sei noch durch die Nutzung des Internet potenziert worden.

Da mir der Platz neben dem Gastgeber zugewiesen worden war, sagte ich in der Erwiderung: „Ich habe zum ersten Mal an dieser Tätigkeit teilgenommen. Es ist soeben richtig festgestellt worden, daß sie die Völkerverständigung fördert. Diese und den Internationalismus halte ich für die hervorragendsten moralischen Eigenschaften der menschlichen Gattung. Ich wurde bei der Arbeit wiederholt an die Bemerkung von Marx im Vorwort zum „Kapital“ erinnert: „Eine Nation soll und kann von der anderen lernen.“ Die reine, formelle Übersetzungsarbeit ist die eine Sache. Sie bereitet andererseits um so mehr Freude, wenn man einen guten inhaltsreichen Text bearbeiten kann. Und das war der Fall. China erreichte 2001 ein Wirtschaftswachstum von 7,3 %, während die BRD bei ca. 0,7 % fast stagnierte. China ist meines Wissens zur Zeit die dynamischste Wirtschaftsregion der Erde – ein entscheidender Eckpfeiler beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft – und zwar mit einem Viertel der Erdbevölkerung!“

Eike Kopß



„Unter Rußlands Kulturminister Shvydkoi geht es munter bergauf“
Aus: „Sowjetskaja Rossija“

Über Klassen und Klassenkämpfe im heutigen Rußland

Zwischen „Oligarchen“ und „Marginalien“

„In einer Klassengesellschaft gibt es keine unparteiliche neutrale Wissenschaft. Solange die Klassen, der Klassenkampf existieren, haben die Gesellschaftswissenschaften einen parteilichen Charakter“, schrieb der von Lenins und Stalins Partei zum Akademiemitglied gemachte S. S. Alexejew. „Somit“ – fuhr er fort – „ist der Staat seiner Natur nach eine Waffe der Diktatur – der Klassenherrschaft“. Diese These durfte nicht angezweifelt werden. Dann aber kam die Jelzinsche Konterrevolution ins Land und mit ihr gelangte das neue Bürgertum an die Macht, inhaltlich kriminell, eigentlich eine „Diebokratie“. Und natürlich haben fast alle Gesellschaftswissenschaftler eine Wende um 180 Grad vollzogen; sie traten in den Dienst der neuen Herren. Der gleiche S. S. Alexejew schreibt jetzt, man solle „den Begriff Staat nicht auf enge Klassendogmen beschränken“; er sei keine „Klassenmaschine“, sondern „Ausdruck der politisch organisierten Gesellschaft“.

Wenn in den westlichen „Demokratien“ der Klassencharakter von Staat und Recht gut getarnt ist, so tritt die in Rußland regierende „Diebokratie“ ganz schamlos auf. Nehmen wir eine Erscheinung, die es sonst wohl nirgendwo gibt: Monate-, ja jahrelang bekommen Hausangestellte, Militärs, Rentner usw. ihre Bezüge nicht; die Kapitalisten zahlen ihren Arbeitern einfach keine Löhne ... Und wenn die verzweifelte Werktätigen protestieren, sehen sie sich der geballten Macht der Staatsorgane (Miliz, Spezialtruppen der Polizei, Staatssicherheit, Gerichte usw.) ausgesetzt.

Das Marxsche Kriterium zur Definition von Klassen ist das Verhältnis zu den Produktionsmitteln. Im Kapitalismus gibt es Bourgeois und Proletariat sowie kleine Warenproduzenten, Rentner, Lumpenproletariat und andere Gruppen. Die „Wissenschaftler“ des russischen Basars wählen als Kriterium die Brieftaschenstärke. Somit teilt sich unsere Gesellschaft in drei Klassen: die obere, die mittlere und die niedere.

Einigermaßen klar bestimmt ist die niedere: Das sind diejenigen, die zum Leben nur ihren Lohn haben, natürlich nicht so einen wie Tschubais, sondern immer von einem zum anderen Zahlag. In der niederen Klasse finden sich also Arbeiter, Bauern, Militäranghörige (nicht Generäle). Die kleineren Angestellten, Lehrer, Ärzte, Arbeitslose; auch Wissenschaftler (nicht die Akademiemitglieder) gehören dazu.

Die obere Klasse – das sind die höheren Beamten, die kriminellen Autoritäten, die Valuta-Nutten (für einen Besuch bekommen sie mehr als ein russischer habilitierter Doktor im Monat) und weitere „Businessmen“. Eine dünne Schicht der oberen Klasse – die Oligarchie – ist eng verbunden mit dem internationalen Finanzkapital.

Die politische Macht übt im wesentlichen die ehemalige Partokratie aus, die Nomenklatur von KPdSU und KGB, obwohl die Einwirkung der Oligarchie gewaltig ist. Man denke nur an das Ultimatum der 13 Oligarchen vor der Präsidentenwahl 1996 oder daran, wie Beresowski per Handy vom Strand in Monte-Carlo das Abdanken

des Ministerpräsidenten Kirijenko und den Einsatz von Tschernomyrdin leitete.

In der mittleren Klasse hat es die Marktwissenschaft schwer. Es fehlen die bestimmten Unterscheidungsmerkmale; andererseits gibt es aber viel Platz für Diskussionen, Dissertationen, Symposien usw. Die einen sagen, wir haben noch keine Mittelklasse, sie muß geschaffen werden (als ob Klassen wie Pyramiden aufgebaut werden könnten). Andere widersprechen: Es gibt eine, aber eine recht üble. Die dritten fragen: Was kann als mittlere Klasse gewertet werden? Der Hauptvorteil von „middle“ ist, daß es weder streiken noch revoltieren wird, also: ein Hoch auf das „middle“! Wenn nur klar wäre, was das ist!

Das Lumpenproletariat heißt heute in Rußland „Marginalie“. Obdachlose, Bahnhofsprostituierte, verwahrloste Straßenkinder usw. ... Diese sind aber, obwohl in Millionenstärke vorhanden, einer Untersuchung durch die „moderne“ Wissenschaft nicht würdig.

In einer historisch sehr kurzen Zeit erfolgte in Rußland eine „Revolution von oben“. Eine Revolution ist nicht gleichzusetzen mit einem bewaffneten Aufstand (dieser kann ein Mittel sein), sondern bedeutet eine grundsätzliche Veränderung der politisch-ökonomischen Ordnung. Es ist also sinnlos, wie heute üblich, die Oktoberrevolution als einen Putsch hinzustellen. Sie hat wahrhaftig die Welt bewegt. Ungeachtet einiger fehlgeschlagener Revolutionen (Deutschland, Ungarn u. a.), die als Kettenreaktion folgten, hat sie das Weltkapital erschüttert und ihm gezeigt, daß es besser ist, einen Teil des Reichtums zu opfern als alles zu verlieren. Daher die vielen Zugeständnisse an die Werktätigen in der westlichen Gesetzgebung. Und man kann auch nicht in den Ereignissen von 1993 die bürgerliche Konterrevolution übersehen, die das Leben im Land vollkommen veränderte. Das Ergebnis ist, daß die ausgeraubte Volkswirtschaft Rußland in eine Kolonie verwandelte, mit Machthabern, die voll vom ausländischen Kapital abhängig sind. Die Klassenstruktur Rußlands ist deformiert. Durch die Zerschlagung der Industrie und die Arbeitslosigkeit hat sich eine große Zahl von Menschen zu Reisehändlern und Kioskbesitzern, zu Kellnern und Barmixern, zu Zimmermädchen und Kosmetikerinnen, zu Wachmännern von Banditen und zu deren Bodyguards verwandelt, d. h. ist vom produktiven Sektor zu Dienstleistungen aller Art gewechselt.

Am traurigsten ist das Schicksal des ehemaligen Hegemons, der russischen Arbeiterklasse. Es reicht nicht, Arbeiter zu sein. Die Arbeiterklasse entsteht erst, wenn die Arbeiter sich bewußt sind, eine Klasse zu ver-

körpern. Schaut euch die Oligarchen an: Sie zerfleischen sich wie Hunde, aber nur so lange, wie die gemeinsamen Interessen nicht angetastet werden. In diesem Moment stehen sie wie eine Einheitsfront. Die Arbeiterklasse ist durch die Vernichtung der Industrie zerschlagen. In den noch bestehenden Betrieben arbeitet man wie Sklaven ohne Lohn ... Dazu ist man wegen der hungernden Familien gezwungen; gelegentlich erhält man vom Betrieb Almosen. Dieser entlohnt mit eigenen Erzeugnissen, man bekommt Mahlzeiten, zu denen auch die Kinder zugelassen werden ... Und wohin kann man wecheln? Die Betriebe gehen einer nach dem anderen ein. Daher die Angst vor Kündigung, die sklavische Haltung zu den Herren, die Ausweglosigkeit.

Den Werktätigen Rußlands ist die Solidarität verlorengegangen. Es gab Zeiten, da ist der gesamte Obuchowski Großbetrieb von Petersburg in den Streik getreten, weil einige Arbeiter wegen ihrer Teilnahme an einer Maikundgebung entlassen wurden. Der „heilige“ Zar hat gegen die Arbeiter Polizei und Soldaten eingesetzt, diese aber haben die Attacken zurückgeschlagen ... Gibt es so etwas heute noch? Unmögliches passiert – Der Staat bezahlt im Widerspruch zur eigenen Verfassung nicht das Erarbeitete ... Die „blauen“ Gewerkschaften unterstützen Hungerstreiks von hungrigen Menschen als Grundmittel des Klassenkampfes, so, als ob die Hungerstreiks von Arbeitern den Tschubais und Kasjanows den Appetit verderben könnten.

Besonders schwer ist die Lage der Bauern. Tausende Dörfer verschwanden und verschwinden weiter von der Landkarte Rußlands. Nach Einführung der Privatisierung von Grund und Boden bleibt dem russischen Bauern nur eine Perspektive – sich als Leibeigener bei den neuen Gutsbesitzern zu verdingen.

In katastrophalem Ausmaß wächst die Zahl der Randgestalten, der „Marginalien“, besonders der obdach- und aufsichtslosen Kinder, die zu härtester Arbeit, zu Verbrechen und zur Prostitution angehalten werden.

Heute gibt es im Lande objektive Voraussetzungen für eine Revolution. Doch die subjektiven fehlen. Nehmen wir nur die Verfaßtheit der Jugend. Fernsehen und Jugendzeitungen propagieren am laufenden Band „Peep-Shows“ und ähnliches, um junge Menschen von der Politik fernzuhalten. Vorerst bringt das den von den Herrschaften erwünschten Erfolg. Vorerst!

Egal, was die gelehrten Lakaiken des Kapitals sagen – der Klassenkampf ist in einer antagonistischen Gesellschaft unausbleiblich. Im heutigen Rußland hat er sich bis zum äußersten zugespitzt. Allerdings – wenn die „untere Klasse“ nicht die Gemeinsamkeiten der Interessen gegenüber den untereinander solidarischen Räubern erkennt, ist keine reale Verschiebung möglich. Vorerst! Aber auch eine Befriedung scheint ausgeschlossen.

Prof. Anatoli Tille

Übersetzung aus „Sowjetskaja Rossija“:
Dr.-Ing. Peter Tichauer

LIEFERBAR

Die Diskussionsangebote von Hans Heinz Holz und Patrik Köbele zur Programmdebatte der DKP sind zu beziehen über:

www.dkp-hamburg.de oder bei
Patrik Köbele Kleine Rahmstraße 54
45326 Essen, Telefon 0201/3162365
E-MAIL: patrikkoebele@web.de

Trotz erwiesener Unschuld muß Milosevic mit Verurteilung rechnen

Delponte sieht blaß aus

Nein, als bloßen Justizskandal sollte das, was da in Den Haag abläuft, nicht bezeichnet werden: Der Gerichtshof tut exakt das, wozu er von der NATO und seinen anderen Sponsoren eingerichtet worden ist. Er legitimiert die Aggression gegen Jugoslawien und verurteilt jene, die dagegen Widerstand geleistet haben, allen voran Slobodan Milosevic. Das geschieht nicht nur ohne, sondern gegen alle Beweise. Was vor Gericht verhandelt wurde, dokumentiert das verantwortungsvolle, humane und patriotische Vorgehen des Staatschefs in einer komplizierten, für alle Nationalitäten Jugoslawiens, besonders Albaner und Serben, bedrohlichen Situation.

Ende Juli erlitt die NATO-Anlagekonstruktion ihre bisher peinlichste Niederlage. Oberinquisitorin Carla Delponte wollte mit dem früheren Leiter des serbischen Geheimdienstes Radomir Markovic einen Belastungszeugen besonderer Art präsentieren. Von ihm sollte bestätigt werden, daß Slobodan Milosevic persönlich Befehle zur Verfolgung, Vertreibung und gar Ermordung von albanischen Bewohnern des Kosovo erteilt hätte. Doch Markovic, auf den die Anklage große Hoffnungen gesetzt hatte, sagte das genaue Gegenteil davon aus: Eine Befehlshierarchie von Milosevic zur Führung der Polizei- und Militäreinheiten, die im Kosovo handelten, habe es nicht gegeben. Die Befehlsgewalt sei beim Innenminister konzentriert gewesen; dieser habe dem Präsidenten lediglich tägliche Berichte übermittelt – eine Zusammenfassung der Ereignisse. Markovic erklärte weiter, daß er – immerhin der Leiter eines für seine erfolgreiche Arbeit bekannten Dienstes – niemals etwas von einem „Hufeisenplan“ gehört habe.

Scharpings Lieblingsgreuelgeschichte ist damit nach der vorangegangenen Enttarnung durch Bundeswehrgeneral Heinz Loquai nun auch von kompetenter serbischer Seite ins Reich der Phantasie verwiesen worden. Allerdings werden Gründe und Hintergründe solcher Hetze deutlicher, wenn man weiß, daß nicht nur Scharping von dem berüchtigten Moritz Hunzinger „Honorare“ und Maßklamotten bezog: Auch der Dienstmann des Imperialismus und Ausverkäufer Jugoslawiens Zoran Djindjic, seit dem Putsch gegen Milosevic Regierungschef in Belgrad, bekam von Hunzinger 25 000 DM, angeblich für einen Auftritt in dessen „Politischem Salon“; der „schöne Zoran“ wurde von dem anrüchigen „PR-Berater“ überdies mehrfach zum noblen Frankfurter Herrenausstatter Möller & Schaar geführt und dort auf Hunzinger-Kosten mit feinem Zwirn eingekleidet ... Kra-

watten in den Landesfarben, wie sie Milosevic vor Gericht zu tragen pflegt, sollen nicht dabei gewesen sein.

Doch warum sagte Rade Markovic das direkte Gegenteil dessen, was die Anklägerin erwartete? Der General wurde nach dem NATO-Putsch in Belgrad verhaftet und wird dort wegen angeblicher „Organisation von Mordversuchen an Oppositionellen“ seit über anderthalb Jahren in Untersuchungshaft gehalten. Was er darüber in Den Haag aussagte, wurde von den sonst so sensationslüsternen Medien bewußt unterdrückt: Im Gefängnis des Djindjic-Regimes hatte man Markovic gefoltert, um ihn zu einer falschen Aussage gegen Milosevic zu bewegen. Zu einem bestimmten Zeitpunkt erschienen dann die NATO-Marionetten Innenminister Mihailovic und Geheimpolizeichef Petrovic sowie ein Trupp ihrer Mitarbeiter. Sie führten den Untersuchungsgefangenen zu einem üppigen Diner aus. Bei dieser Gelegenheit boten sie ihm, statt weiterer Folter, eine neue Identität und ein Leben in Luxus an, wenn er das Gewünschte über Slobodan Milosevic zu Protokoll gebe. Doch der General – das mußte man in Den Haag zur Kenntnis nehmen – blieb ein standhafter serbischer Patriot.

Delpontes Stellvertreter Jeffrey Nice forderte angesichts dieser Überraschung Richter May auf, den „Zeugen der Anklage“ unverzüglich aus dem Verkehr zu ziehen. Der Vorsitzende schnitt Markovic daraufhin kurzerhand mit der Begründung das Wort ab, daß man hier „nur über das Kosovo“ rede. Folterung, Aussageerpressung, Erkaufen von Falschaussagen seien nicht das Thema und daher irrelevant.

Die Illegalität des Vorgehens, die Verneinung des Rechts in Sachen Milosevic ist inzwischen mit Verhaltensweisen der Justiz im Dimitroff-Prozeß und bei Verfahren in der BRD gegen KPD-Mitglieder, Angehörige

der RAF und Funktionsträger der DDR verglichen worden. Daß das DDR-Grenzregime dem der BRD entsprach und es keinen „Schießbefehl“ oder ähnliches gab, hat kein Gericht daran gehindert, Schuld sprüche zu fällen und hohe Strafen zu verhängen. Dieser unbedingte politische Wille zur Verurteilung durchdringt auch das gesamte Handeln des Haager Tribunals. Unschuldsumutung? Beweise? Pustekuchen! Das sind Relikte einer Zeit, als das Kräfteverhältnis im internationalen Klassenkampf noch zu demokratischen Formen zwang.

Den Haag ist nur die juristische Variante dessen, wogegen Slobodan Milosevic gekämpft hat und weiter kämpft. Er selbst nennt es den von der NATO organisierten „neuen Faschismus“. So wird ihn das Pseudogericht mit Gewißheit verurteilen. Schon jetzt dürfte feststehen, daß die Begründung mit den Lügen und Fälschungen der NATO-Spezialisten für psychologische Kriegsführung identisch sein wird. Bis zum 13. September will man die „Beweisaufnahme“ abschließen, wobei nur noch in reduziertem Umfang verhandelt werden kann, da Ärzte bei Milosevic das akute Risiko eines Herzinfarkts festgestellt haben.

In Belgrad verschärft sich unterdessen – auf dem Hintergrund einer weiteren Zuspitzung der sozialen und wirtschaftlichen Lage – der politische Konflikt zwischen verschiedenen Fraktionen der rechten und zentristischen Kräfte. Die Landesverräter um Djindjic haben sich nicht entblödet, selbst die Abgeordneten der Partei des Präsidenten Kostunica aus dem Parlament hinauszuerwerfen. Bei den anstehenden Präsidentschaftswahlen wird damit gerechnet, daß der Name Slobodan Milosevic – des Gefangenen von Den Haag – trotz seiner Nichtkandidatur auf nicht wenigen Stimmzetteln erscheinen dürfte. **Werner Hoppe**

Gratulation

Herzliche Glückwünsche übermittelt die „RotFuchs“-Redaktion der Genossin

Helga Möller

aus Jena, die am 10. Oktober 2002 ihren 65. Geburtstag begeht. Wir danken ihr für ständige Bemühungen um die Verbreitung unserer Zeitung und die festere Etablierung des RF-Fördervereins in Thüringen.



Henri Alleg antwortet der Pariser „Initiative Communiste“

FKP zurückerobern!

In den 50er Jahren wurde der französische Schriftsteller und Journalist Henri Alleg – kommunistischer Mitstreiter der antikolonialen Befreiungskämpfer in Algerien – durch sein erschütterndes Buch „Die Folter“ weltbekannt. In hohem Alter steht er heute in den ersten Reihen der standhaften Marxisten-Leninisten seines Landes, die um die Renaissance der Französischen Kommunistischen Partei ringen. Im Juli 2002 gewährte er der Zeitschrift „Initiative Communiste“, Organ der Koordination der Kommunisten für die Revolutionäre Kontinuität und die Leninistische Wiedergeburt der FKP, ein vielbeachtetes Interview.

Nachdem er sich ausführlich zu der Frage geäußert hatte, warum sich die Pariser Öffentlichkeit – einschließlich der letzten Regierungen – nach Jahrzehnten des Verschweigens und Vertuschens inzwischen freimütig zu den Folter- und Ausrottungsmethoden der französischen Kolonialarmee äußere, ohne allerdings die wahren Hintergründe des imperialistischen Kolonialterrors in Algerien zu benennen, ging Henri Alleg auf die Frage des Opportunismus und Reformismus in der heutigen FKP ein. Hier seine Antwort:

„Nach den katastrophalen Wahlergebnissen, die sozusagen vorhersehbar waren, können die Mitglieder abschätzen, wie verderblich das Abwarten und die Illusionen über eine zugesicherte ‚Wiederbelebung‘ der Situation der Partei gewesen sind. Sie haben ihre Schwächung, das derzeitige Absinken ihres Einflusses im Land und die Zerstörung ihrer Organisation erleichtert. Es ist hohe Zeit, daß sich die wahren Kommunisten (seien sie noch Mitglieder der FKP oder mögen sie sich für ein Verlassen der Partei entschieden haben), davon überzeugen, daß es weder ein Wunder geben noch daß irgendjemand aus der gegenwärtigen Führung hervorgehen wird, der die Partei von dem Abgrund wegrißt, an dem sie sich immer mehr befindet. Die einzig mögliche Lösung ist die Aktion der Kommunisten selbst, die mit Nachdruck die bis jetzt verfolgte liquidatorische Politik zurückweisen und einen anderen Kurs erzwingen. Bei jeder der erlittenen Niederlagen hat die derzeitige Führung, die an der jetzigen Schwäche schuld ist, statt die Ursachen zu analysieren, statt auf die von den Genossen kommenden Beobachtungen und Kritiken zu hören, ihre ganze Sorge vor allem darauf konzentriert, ihren Platz an der Seite ihrer Verbündeten aus der ‚pluralistischen Linken‘ zu hüten. Sie hat darauf bestanden, denselben Weg weitergehen zu wollen. Eine Rettung kann also nur von den Kommunisten selbst kommen, die sich um ein Programm für die Wiederaufrichtung der Partei zusammen-

schließen und die mit den Führern und deren Politik, die in die Katastrophe geführt hat, brechen.

Die Sammlungsbewegung all jener Genossen, die schon seit langem dafür arbeiten, kann offensichtlich nur von der breitestmöglichen Basis ausgehen, wobei man die Erfahrungen und Lehren der Vergangenheit in Rechnung stellen und zugleich jenen fundamentalen Prinzipien treu sein muß, ohne die es keine wirklich kommunistische Partei geben kann.“

Auf die Frage des Interviewers, was er von der neugegründeten Nationalen Föderation der Vereinigungen für die Kommunistische Wiedergeburt (FNARC), in deren Präsidium er gewählt worden ist, erwarte, antwortete Henri Alleg:

„Sie gestattet es, ‚alle Kommunisten, die Kommunisten bleiben wollen‘ – gleich, ob sie der Partei weiter angehören oder aus der FKP ausgetreten sind – für die Wiedergeburt einer wirklichen Französischen Kommunistischen Partei zu vereinigen, die im Dienst der Arbeiterklasse und aller Ausgebeuteten, im Dienst eines demokratischen und souveränen Frankreichs steht. Die FNARC ist heute der am meisten adäquate Raum, um mit neuen Kräften noch weiter voranzukommen bei der Schaffung einer äußerst breiten und wirksamen Sammlungsbewegung. Das vollzieht sich nicht im abgeschlossenen Rahmen, sondern in der Aktion, im Zusammenwirken mit dem täglichen Kampf der Werktätigen und der großen Volksbewegung, die unvermeidlicherweise entstehen wird.“

Auf eine weitere Frage von „IC“, wie er – kurz vor dem 85. Jahrestag der Oktoberrevolution – die Situation in den Ländern Osteuropas nach dem Sieg der Konterrevolution beurteile, sagte Alleg:

„Niemand zieht heute mehr in Zweifel, daß die Lage katastrophal ist. Auf allen Ebenen – in humanitärer, ökonomischer und politischer Hinsicht – hat sich die Zerstörung der sozialistischen Ordnung in einem enormen Rückschritt niedergeschlagen. Dutzende von Millionen Arbeitern dieser Länder und namentlich der UdSSR haben – durch die Katastrophe und den Verrat ihrer Führer überrannt und aus der Bahn geworfen – nicht reagiert. Sie kommen jetzt mehr und mehr zur Besinnung und bringen ihre Empfindungen anlässlich verschiedener Wahlen zum Ausdruck, bei denen sich Mehrheiten für die Unterstützung von Kandidaten entscheiden, die aus den früher machtausübenden kommunistischen Parteien hervorgegangen sind. Ungeachtet ihrer oftmals opportunistischen Orientierung bleiben sie in den Augen der Werktätigen Hoffnungsträger, weil sie sich als Parteigänger des Sozialismus ausgeben.

Die Geschichte ist trotz der zeitweiligen Niederlage des Sozialismus in der Sowjetunion nicht zum Stillstand gekommen. Andere gewaltige Klassenschlachten werden stattfinden. Ich bin überzeugt, daß die Erben der Oktoberrevolution noch nicht ihr letztes Wort gesagt haben.“

R. F.

gestützt auf „Initiative Communiste“ Nr. 15

Zum UNO-Weltgipfel „Für nachhaltige Entwicklung“ in Südafrika



„Wir wollten schon immer mal nach Johannesburg“

Grafik: Arno Fleischer

Wie die Faschisierung in den USA vorangetrieben wird

Bush und Ashcroft entfesselt

Was seit dem 11. September 2001 unter der Führung von Präsident Bush und Justizminister Ashcroft in den USA passierte, umfaßt eine weitgehende Revision des Rechts zur Durchsuchung und Beschlagnahme, die Demontage des Schutzes der Bürger vor polizeistaatlichen Taktiken, die Einschränkung der öffentlich zugänglichen Informationen, die einseitige Annullierung einer seitlangem geübten Regierungspolitik und die flächendeckende Geringschätzung der Lehren, die aus der Mißachtung der bürgerlichen Freiheiten in der McCarthy-Ära, der Zeit der Bürgerrechtskämpfe und des Vietnamkrieges gezogen worden waren. Den springenden Punkt bei der Ausweitung der Macht der Regierung bildet der U. S. PATRIOT ACT, der eine weitreichende „Wunschliste“ der Kriminaljustiz sowie der ganzen Gilde der Spionage- und Abwehrorganisationen umschließt. Einige Vorschläge der Regierung überstanden nicht die Mühlen der Legislative, die meisten aber gingen durch. Der Rechtsausschuß des Repräsentantenhauses erarbeitete einen Gesetzentwurf, der einen wenn auch unvollkommenen Kompromiß mit den Bürgerrechtsgruppen darstellte. Dieser wurde jedoch mit einer Fingerfertigkeit, die den Kongreßoligarchen von ehemals zur Ehre gereicht hätte, vom Tisch gefegt und durch ein Gesetz ersetzt, das den Vorgaben der Regierung weitgehend entsprach. Seit 1978 war die Regierung nach dem Foreign Intelligence Surveillance Act (Gesetz zur Überwachung ausländischer Spionagetätigkeit – FISA) befugt, Personen, die im Verdacht standen, Agenten einer fremden Regierung, Partei oder Gruppierung zu sein, ohne richterliche Genehmigung auszuforschen und bei ihnen Haussuchungen durchzuführen. Jede Information, die durch eine solche Überwachung ohne richterlichen Beschluß erlangt wurde, konnte bereits damals in einem Strafverfahren verwendet werden. Eine aufgrund des FISA vorgenommene Überwachung wird der betroffenen Person niemals mitgeteilt, bis eine Anklage zustande gekommen ist. Der PATRIOT ACT aber geht über FISA hinaus und ändert fundamentale Rechtsprinzipien auf verschiedene Weise. Erstens gestattet er heimliche (sneak and peek – schnüffeln und wegnehmen – d. Ü.) Durchsuchungen von Wohnungen oder Arbeitsräumen auch während der Abwesenheit oder des Schlafes der Besitzer, einschließlich des Herunterladens von Computer-Daten, der Wegnahme, Veränderung oder des Kopierens von Dokumenten, ohne daß dies in der bis jetzt üblichen Art dem Betroffenen mitgeteilt wird. Die Regierung ist also nicht verpflichtet, darüber zu informieren, daß eine solche heimliche Durchsuchung erfolgte, oder anzugeben, was gefunden, mitgenommen oder kopiert wurde. Diese Machtbefugnisse sind nicht beschränkt auf Ermittlungshandlungen zu terroristischen Aktivitäten, sondern können in jeder strafrechtlichen Ermittlung von Bundesbehörden eingesetzt werden. Zweitens dehnt das Gesetz die Reichweite der CIA auf Aktivitäten innerhalb der USA aus. Die Beschränkung der CIA auf geheimdienstliche Tätigkeit auf fremden Boden war bisher seit ihrer Gründung ein „geheiltes Prinzip“. Das neue Gesetz erlaubt

es jedoch den CIA-Beamten, auch im Inland Vorladungen zur Grand Jury vorzubereiten und im Gespann mit dem FBI und den Bundesstaatsanwälten Verhöre durchzuführen und deren Ergebnisse zu benutzen.

Drittens kann die Regierung jetzt auf das lästige Erfordernis verzichten, Hausdurchsuchungen ausschließlich bei solchen Personen durchzuführen, die im Verdacht stehen, Verbindung zu terroristischen Gruppen oder Aktionen zu haben. Statt um die Bankunterlagen eines bestimmten Verdächtigen zu ersuchen, kann sie nun die vollständige Datenbasis einer Bank anfordern. Gleiches gilt gegenüber Telefongesellschaften, Kreditkartenunternehmen, Krankenhäusern, Universitäten, Hotels und Motels, öffentlichen Einrichtungen oder Firmen. Alles, was sie sagen muß, ist die Angabe, daß die Information für eine Untersuchung ausländischer Spionagetätigkeit benötigt wird.

Inzwischen ist Justizminister Ashcroft dazu übergegangen, die bürgerlichen Freiheiten unserer Nation an mehreren anderen Fronten auszuhebeln. Er begründet die unbefristete Inhaftierung Hunderter Menschen arabischer Herkunft mit der Behauptung, terroristische Verschwörungen seien wie ein „Mosaik“, dessen Ausmaß und Bedeutung erst bestimmt werden kann, wenn alle seine Teile zusammengefügt worden sind.

Bundesgerichte im ganzen Land übernehmen offenbar dieses Argument und genehmigten das flächendeckende Einsammeln angeblich „wichtiger Zeugen“, die dann über Monate hinweg an geheimen Orten festgehalten werden, ohne anwaltliche Hilfe in Anspruch nehmen zu können. Keinem der so Inhaftierten konnten terroristische Verbindungen nachgewiesen werden. Der einzige, der bis jetzt eines Verbrechens im Zusammenhang mit dem 11. September beschuldigt worden ist, saß bereits vor diesem Datum in Gewahrsam. Ashcroft verteidigte die massive Vorbeugungshaft in der Öffentlichkeit damit, daß sie der Verhütung künftiger Anschläge diene. So machte er Schluß mit der bisherigen Politik, wonach das FBI nur dann Ermittlungen führen darf, wenn der begründete konkrete Verdacht einer bereits begangenen oder geplanten Straftat besteht, keinesfalls aber Verhaftungen vornehmen darf, die nur auf Vermutungen beruhen.

In alarmierender Gleichzeitigkeit entschied Ashcroft auch, daß die Regierung ohne richterliche Genehmigung Gespräche von Anwälten mit ihren Mandanten belauschen könne, wenn ein „begründeter

Verdacht“ bestehe, dabei könnten Informationen über künftige terroristische Handlungen ausgetauscht werden. Zuvor war ein Richter nötig, um eine solche Lauschkaktion zu genehmigen, und die Regierung mußte darlegen, daß kriminelle Handlungen gerade geschahen oder unmittelbar bevorstanden.

Ashcrofts Edikt wurde von der Rechtsanwaltskammer (American Bar Association – ABA) gerügt. Sie übte Kritik auch an der Absicht der Regierung, des Terrorismus beschuldigte Ausländer vor Militärgerichten anzuklagen, ohne den rechtsstaatlichen Schutz, der vor Gerichten im allgemeinen und sogar vor Militärgerichten gilt. Der stellvertretende Justizminister Theodore Olsen warnte, Associated Press zufolge, die ABA davor, sich für „unflexible“ Bedingungen stark zu machen, die dem Präsidenten im Krieg gegen den Terror die Hände binden könnten.

Der angesehene Autor Walter Pincus von der „Washington Post“ berichtete, das FBI sei frustriert, weil sich einige Häftlinge zu reden weigerten und erwäge, „Drogen oder Druckmittel einzusetzen, wie sie gelegentlich vom israelischen Geheimdienst angewandt werden ... Eine andere Überlegung geht dahin, die Verdächtigen in verbündete Länder zu überstellen, wo die Sicherheitsbehörden manchmal Drohungen gegen Familienangehörige oder Folter anwenden“.

All dies und noch mehr wird gutgeheißen als Notwendigkeit für den Kampf gegen den Terrorismus. Gewiß haben Terroristen einige tödliche und schreckensvolle Schläge gegen US-Botschaften, militärische Einrichtungen und auch das World Trade Center geführt. Aber das Justizministerium war bemüht, das Bild trüber zu machen, als es ist. Der „Philadelphia Examiner“ stellte fest, daß Ashcrofts Haus „in seinem Jahresbericht die Zahl der verhafteten und zu hohen Freiheitsstrafen verurteilten Terroristen überzogen dargestellt hat, indem es die dem Kongreß übermittelten Zahlen durch Angaben über allgemeine Alltagsdelikte auflüchte“.

Die Geschichte der Unterdrückung Andersdenkender in diesem Land ist voll von Beispielen für Übergriffe der Regierung. Und selbst wenn ein solches Vorgehen einmal vor Gericht gebracht werden konnte, waren das Unheil meist schon geschehen, der Protest bereits lahmgelegt, die Aktivisten festgesetzt oder die Organisation zerschlagen.

Suzann Crowell

Übersetzung: Dr. Hans Kaiser

Gekürzte Fassung eines Artikels der amerikanischen Anwältin aus „democratic left“, Nr. 4, 2002

Frontalangriff auf das Völkerrecht

Präventivkrieg

Nach USA-Präsident Bushs Erklärung vor den Absolventen der Militärakademie West Point hat nun auch Vizepräsident Cheney den Frontalangriff der amerikanischen Führung auf den entscheidenden Grundpfeiler des demokratischen Völkerrechts – das Aggressionsverbot – weitergeführt. Unlängst erklärte Bushs ultrarechtslastiger Stellvertreter, die Vereinigten Staaten müßten einen Präventivkrieg – also eine „vorbeugende“ Aggression – gegen Irak beginnen. Deutlicher kann nicht gesagt werden, daß die herrschenden Kreise der USA die größte Gefahr für die Welt und der Todfeind der Menschheit sind. Wegen der Führung von „Präventivkriegen“ wurden Göring, Keitel und Ribbentrop von den Richtern der Alliierten der Antihitlerkoalition in Nürnberg zum Tode verurteilt. Jetzt weiß man, weshalb sich die Bush und Cheney gegen den Internationalen Strafgerichtshof der UNO sträuben, der für die Aburteilung von Kriegsverbrechen eingerichtet worden ist.

R. F.

In memoriam Napoleon Beazley

Im Todesstrakt von Texas

Todesstrakt: Huntsville, Texas. Fast vier Stunden sitzen wir, die Hände brav nach Vorschrift auf dem Schoß, keine Seitwärtsbewegungen, vor dem Gitterkäfig Nr. 21 und unterhalten uns mit meinem langjährigen Brieffreund. Die Gittertrennung läßt keine Berührung zu. Auch nicht für seine Eltern, die ihn am Wochenende besuchen. Seit seinem 17. Lebensjahr ist Napoleon hier im berüchtigten GULAG von TEXAS, im Todesstrakt: Nie vorbestraft, vorbildlicher Sportler und Schüler, aber er ist SCHWARZER (sonst säße er ja nicht drin ...). N. ist jetzt 25 Jahre alt. Er schreibt Poeme.

Der staatliche Massenmörder von Texas, Gouverneur George W. Bush (jetzt US-Präsident), fordert seine Hinrichtung. Eine Exekution kurz vor Napoleons 24. Geburtstag (2001) konnten wir mit internationaler Hilfe verhindern. Aber: Das Gesetz der Prärie wirkt weiter ...

Wir reden über Sport, Weltraum und Texas allgemein ... Und N. beklagt das „Innenleben“ hier. „Die fürchterliche Hitze in der Zelle kannst du kaum aushalten. Ich zieh mein T-Shirt aus, halte es unter den Wasserhahn und ziehe es wieder über ... Sonst kannst verrückt werden.“ (In Texas hat jede Hundehütte, jeder Kuhstall eine Klimaanlage.) Was wir (mit sehr geringen Chancen) noch tun werden gegen die geplante Hinrichtung im Mai besprechen wir nicht hier im Todesstrakt, sondern mit seinen Eltern.

Wir hören Schritte. Napoleon wird unruhig: „Der Schließer kommt.“ „Good bye – Artur und Volker! Good bye – Napoleon and hope!“ Napoleon weint. Abschied für immer?

Napoleon werden wieder Handschellen angelegt. Ohne die Möglichkeit eines Rückblickes wird er abgeführt. Der knarzige Ton seiner schweren Fußketten wird immer schwächer.

Wir fahren durch das riesige Farmgebiet Richtung Dallas. An der Schweinefarm „Elis“ meint Volker (am Steuer): „Ich glaube, die ..., die dort haben es noch besser als Napoleon.“

Acht Monate später. 2002. Hölderlin habe ich erlebt. Kann ihn bestätigen: „Wo aber Gefahr ist, wächst das Rettende auch!“ Aber hier?

28. Mai 2002. Wir, seine Eltern, Desmond Tutu und Millionen Menschen (laut CNN) haben ihn nicht verhindern können, den staatlichen Mord, der den Schöpfungsgedanken so grausam verhöhnt. Kein Gnadenakt durch den Gouverneur. Und wieder wird ein Menschenrecht in den USA verletzt.

Wir begleiten Napoleon auf seinem Weg zur Hinrichtungsstätte (death house) mit seinen Eltern und Geschwistern. Und ich darf ihm zum ersten Mal die Hand geben und ihn umarmen. Und zum letzten Mal. Seine Eltern dürfen ihn nach über sieben Jahren wieder berühren, einmal noch berühren ... Einen sympathischen Menschenbruder, der, 17 Jahre jung, zum letzten Mal die Sterne über Texas gesehen und der das Wunderbare einer innigen Liebe zwischen Mädchen und Jungen noch nie erlebt hat.

Und getreu kapitalistischer Denkweise darf die Transportfirma ihn zum Schafott fahren, die für diese „Ehre“ (in Texas tatsächlich eine Ehre) 3 500 bis 4 000 Dollar an den Staat zahlt. Und diese „Ehre“ wird dann gnadenlos vermarktet.

Hier, in der „Endstation des Lebens“, im gleichen Raum, wurden die berühmten Gangmitglieder Bonnie und Clyde auf dem elektrischen Stuhl regelrecht verbrannt! Napoleon wird „humaner“ getötet ... und der Herr Pfarrer spricht: „Gott nimmt dich auf. Durch diesen Tod ist alles gesühnt und du wirst in den Himmel kommen und ein ewiges Leben haben. AMEN.“

Der Henker bedient seine „modulare Injektionsmaschine“ und das Gift wird in den

jungen, zuckenden, immer wieder zuckenden Körper gepreßt.

Der hippokratisch-vereidigte Arzt schreibt ins Protokoll: Todeshäftling: 999 141, Zeit des Todes: 7,21 Uhr (PM), 17 Minuten nach der Injektion.

Die Sympathiebezeugungen während der Beisetzung auf dem kleinen Dorffriedhof im Heimatort Grapeland waren überwältigend, für Texas einmalig: Über 700 Trauernde. Napoleon bleibt unvergessen – durch seine „Poeme im Todesstrakt und vor der Hinrichtung“.

Diesen Erlebnisbericht schrieb der Böttroper Autor Artur K. Führer.



Die Massenvernichtungswaffen stehen in den USA, nicht Irak. Zwei Atombomben fehlen, eine fiel auf Hiroshima, eine auf Nagasaki.
Grafik: Arno Fleischer

Schröder 1980: Der Wahnsinnsstrategie keine Solidarität entgegenbringen

Wandlungen

Im Jahre 1980 schrieb Gerhard Schröder – nach dem 11. September 2001 als Bundeskanzler der BRD international aufgefallen durch sein Wort von der „uneingeschränkten Solidarität mit Amerika“ – einen Text unter der Überschrift: „Die Linke vor der Alternative: Krieg oder Frieden“. Er erschien in dem Buch „Die Linke. Bilanz und Perspektiven für die 80er“. Herausgeber Hermann L. Gremlitz und Heinrich Hannover, VSA Verlag Hamburg, S. 182-192. Gerne zitieren wir Gerhard Schröder:

„Die These von der „Globalisierung“ ist nichts anderes als eine Neuauflage des amerikanischen Imperialismus der 50er und 60er Jahre. Wenn diese These die bundesdeutsche Außenpolitik der 80er Jahre bestimmt, tritt an die Stelle der Partnerschaft die Konfrontation.

Bei der Restauration der alten Konfrontationslinien spielen die bundesdeutschen Me-

dien eine höchst unrühmliche Rolle. (...) Im öffentlich-rechtlich verfaßten Fernsehen erhält Herr Rühl die Gelegenheit, deutscher Generalstab zu spielen. Kreuzer und Flugzeugträger werden in den Persischen Golf geschoben. Unverhohlen wird die Forderung erhoben, den Operationsbereich der NATO auszudehnen. Die Verlogenheit der amerikanischen und deutschen Reaktion findet ihren Gipfel im lautstarken Weklagen über die sowjetische Intervention in Afghanistan, während gleichzeitig ganze Weltregionen zur eigenen Einflußsphäre erklärt werden.

Eine bundesdeutsche Außenpolitik, die dieser Wahnsinnsstrategie Solidarität entgegenbringt, verstößt gegen die nationalen Interessen des eigenen Landes, die mit dem Interesse aller Menschen, den Frieden zu erhalten, endlich einmal identisch sind.“

Gefahr eines atomaren Infernos in Südasien

Der Kaschmir-Konflikt

Der Kaschmir-Konflikt gehört zu den brisantesten Auseinandersetzungen zwischen Staaten, mit denen sich die „Weltgemeinschaft“ konfrontiert sieht. Er verschärft sich ständig und wird von interessierter Seite bewußt geschürt. Wie ist dieser Interessenzusammenstoß zwischen den seit Mai 1998 zu Atommächten aufgestiegenen Ländern Indien und Pakistan eigentlich entstanden und was liegt ihm zugrunde?

Als die britische Herrschaft in Indien als Folge des antikolonialen Kampfes der nationalen Bewegung der Völker des Subkontinents nicht mehr zu halten war, griff London zu der bewährten Methode „divide et impera“ (teile und herrsche), um seinen Einfluß unter veränderten Umständen zu wahren. Die ersten Maßnahmen waren darauf gerichtet, die Befreiungsbewegung zu spalten, indem man diese nach ethnisch-religiösen Trennlinien auseinanderzudividieren suchte. Infolgedessen bildeten sich säkular orientierte Kräfte unter Führung Mahatma Gandhis und Jawaharlal Nehrus und religiös bestimmte unter der Regie der Moslemliga von Mohammed Ali Jinah. Gandhi und Nehru kämpften für die Befreiung des einheitlichen indischen Subkontinents, während die Moslemliga die „Zwei-Nationen-Theorie“ verbreitete und diese vor allem religiös begründete. Der britische Geheimdienst goß Öls ins Feuer, indem er nachts Köpfe geschlachteter Kühe hinter den Türen der Hindus und zerrissene Koranausgaben hinter den Türen der Muslime ablegen ließ. Damit wurde der in der indischen Geschichte grausamste Bürgerkrieg zwischen Hindus und Muslimen ausgelöst, wodurch die Teilung Indiens gerechtfertigt und unausweichlich schien.

Um auch bei der künftigen Gestaltung des Subkontinents ihren gewichtigen Einfluß zu erhalten, entsandte die britische Kolonialmacht zu Jahresbeginn 1947 Lord Mountbatten als Vizekönig nach Indien, „um den Subkontinent in kürzester Zeit zu teilen“. Nach dem Mountbatten-Plan sollte innerhalb von nur 100 Tagen die Aufspaltung Indiens vollzogen sein. Dieses Vorhaben wurde am 15. August 1947 realisiert und verursachte ein unvorstellbares Chaos. Es löste eine bis dahin auf dem Subkontinent unbekannte Fluchtbewegung von insgesamt 16 Millionen Menschen aus, da die Grenze zwischen den neu entstandenen Staaten – der Indischen Union einerseits und Pakistan andererseits – willkürlich inmitten des von verschiedenen Völkern besiedelten Punjab gezogen wurde. Und nun flohen beiderseits der Grenze die Hindus nach Indien und die Muslime nach Pakistan, das zunächst aus zwei geografisch getrennten Teilen bestand: Ost- und Westpakistan.

Während die indische Regierung unterschiedliche religiöse Bekenntnisse der Bevölkerung anerkannte, die weder die Teilung Indiens noch die spätere Teilung

Kaschmirs rechtfertigen konnten, begründete die am 14. 8. 1947 aus der Taufe gehobene pakistanische Regierung ihre Existenz allein auf religiöser Grundlage und erhob den Anspruch, Repräsentantin aller Muslime auf dem indischen Subkontinent zu sein, darunter der mohammedanischen Mehrheit von über 70 % im Fürstenstaat Jammu und Kaschmir.

Um diesem Anspruch Geltung zu verschaffen, fielen ab Oktober 1947 Tausende islamische Stammeskrieger – von der pakistanisch-afghanischen Grenze kommend – in den bereits durch Unruhen erschütterten Westen von Jammu und Kaschmir ein. Am 25. Oktober gelangten sie bis kurz vor die Hauptstadt Srinagar. Diese Angehörigen der Bergstämme, die zuvor nur leichte Handfeuerwaffen kannten, setzten bei ihrer Invasion Panzer, Artillerie und sogar Flugzeuge ein. Man braucht nicht lange darüber zu spekulieren, von wem sie die schweren Waffen erhalten hatten.

Dieses Ereignis war die Geburtsstunde des nun seit über 50 Jahren anhaltenden Konflikts, der bisher zu vier Kriegen geführt hat und dessen Ende noch immer nicht in Sicht ist.

Um die Integrität seines Landes zu gewährleisten, erklärte der Maharadscha (Fürst) von Jammu und Kaschmir, Hari Singh, am 26. Oktober 1947 den Beitritt seines Landes zur Indischen Union und bat deren Regierung in einem Schreiben um militärische Unterstützung. Diese Beitrittsklärung wurde vom Vizekönig Mountbatten am 27. Oktober formal angenommen. Er riet dem indischen Premierminister Nehru, den Beitritt anzuerkennen. Auf dieser Grundlage leistete die indische Regierung Militärhilfe. Der erste indisch-pakistanische Krieg dauerte bis Ende 1948. Seit Januar desselben Jahres hat sich der UN-Sicherheitsrat mit dem Konflikt befaßt. Auf der Basis der Resolution der United Nations Commission for India and Pakistan (UNCIP) vom 13. August 1948 wurde am 1. Januar 1949 ein Waffenstillstand vereinbart, der eine Demarkationslinie auf der Höhe des zufälligen Kampferlaufs zwischen den Truppen beider Länder zog. Damit war die Teilung Kaschmirs, die weitere indisch-pakistanische Kriege zur Folge hatte, perfekt.

Über den künftigen Status Kaschmirs sollte ein Plebiszit entscheiden. Dies geht aus einem Schreiben von Mountbatten an den Maharadscha Hari Singh hervor, auf das sich Pakistan seitdem immer wieder beruft. Dort heißt es u. a.: „Die Frage des Beitritts sollte in Übereinstimmung mit den Wünschen des Volkes des Staates entschieden werden. Es ist der Wunsch meiner Regierung, daß sobald Recht und Ordnung in Kaschmir wiederhergestellt sind und sein Territorium von dem Eindringling gesäubert ist, die Frage des Beitritts ... unter Einbeziehung des Volkes entschieden werden sollte.“

Abgesehen davon, daß von Recht und Ordnung in Kaschmir bis heute kaum die Rede sein kann und die weitere Voraussetzung für ein Referendum ebenso wenig erfüllt ist, „wurde Nehru klar, daß eine Volksabstimmung zugleich die eine oder andere Staatsidee antasten mußte. Entschieden sich die Mohammedaner Kaschmirs für Pakistan, so mußte dies zugleich die Idee

des säkularen Staates treffen; entschieden sie sich für Indien, so wurde damit die Existenzberechtigung Pakistans verneint“, stellte der Indologe Dietmar Rothermund 1965 fest.

Was macht eigentlich das Großfürstentum Kaschmir, das vor fast 400 Jahren vom Mogulkaiser Jahangir als „Paradies auf Erden“ gepriesen wurde, in unserer Zeit so begehrenswert? Abgesehen von Bodenschätzen wie Steinkohle, Erdöl, Eisenerzen, Nickel, Blei, Kupfer, Gold usw. genügt ein Blick auf die Landkarte, um die geostrategische Bedeutung Kaschmirs zu erkennen. Das Land bildet einen Knotenpunkt, indem es an die Volksrepublik China, Indien, Afghanistan und Pakistan grenzt und nur durch einen schmalen Streifen vom einstmals sowjetischen Kasachstan getrennt ist. Hier liegen das eigentliche Gewicht Kaschmirs und eine der Ursachen für die Entstehung des Konflikts in und um das begehrte Territorium.

Er spitzte sich nicht zuletzt auch durch die gegensätzliche außenpolitische Orientierung der beiden Kontrahenten zu. Während Indiens Außenpolitik auf die Unterstützung des Befreiungskampfes der noch kolonialen Länder und Blockfreiheit ausgerichtet war, leitete die pakistanische Regierung von Anfang an einen eindeutig westorientierten Kurs ein. Deutlicher konnte der Kontrast nicht mehr werden, als Pakistan am 8. September 1954 Mitglied der von den USA ins Leben gerufenen South-East Asia Treaty Organization (SEATO) wurde, Indien aber zum Initiator und Gründungsmitglied der Gruppe der Nichtpaktgebundenen Staaten und der Konferenz von 29 souveränen afrikanischen und asiatischen Staaten, die im April 1955 in Bandung (Indonesien) stattfand.

Die pakistanische Regierung sattelte noch eins drauf, als sie am 23. September 1955 ihren Beitritt zum von Großbritannien geführten Bagdadpakt – der späteren CENTO – erklärte. Pakistan hoffte mit dessen Unterstützung von einer Position der Stärke gegenüber Indien aus den Kaschmir-Konflikt entscheiden zu können. Übrigens: Hätte die indische Regierung von ihrer „unmoralischen Politik der Blockfreiheit“, wie sie der damalige US-Außenminister John Foster Dulles drastisch nannte, Abstand genommen und wäre sie den vom Westen geschaffenen Bündnissen in irgendeiner Form beigetreten – es hätte in den letzten 54 Jahren möglicherweise überhaupt keinen Kaschmir-Konflikt gegeben.

Die Proklamation Pakistans zur Islamischen Republik am 23. März 1956 sollte dem Anspruch, legitimer Vertreter der in Kaschmir lebenden Muslime zu sein, weiteren Nachdruck verleihen. Nachdem am 17. November 1956 die Verfassungsgebende Versammlung von Jammu und Kaschmir den Beitritt zur Indischen Union beschloss und am 26. Januar 1957 eine Verfassung in Kraft gesetzt hatte, in der festgelegt ist, daß „ganz Kaschmir ein integrierender Bestandteil der Republik Indien ist“, wurde am 27. Januar der bereits 1947 vollzogene Beitritt zur Indischen Union verfassungsrechtlich sanktioniert.

(2. Teil folgt in RF 57)

Matin Baraki

Am Samstag, dem 28. September 2002, findet ab 11.00 Uhr im alten ND-Gebäude am Berliner Franz-Mehring-Platz 1 eine Konferenz zur aktuellen Lage im Nahen Osten

statt, die der Philosophische Salon e. V. veranstaltet. Die Moderation liegt bei **Stefan Pribnow**. Ein Imbiß wird angeboten.

Richard Sorges Führungsoffizier bricht sein Schweigen

Kommunist als Kundschafter

Dr. Richard Sorge ist fast 60 Jahre tot. Filme und Bücher haben sein Leben und Wirken als sowjetischer Kundschafter in Japan gewürdigt. Alles scheint bekannt und trotzdem liegt noch immer ein Schleier des Geheimnisvollen über seinen legendären Taten. Ihn weiter zu lüften, hat sich nun Boris Guds – Sorges langjähriges „Gegenüber“ in der sowjetischen Aufklärung – in einem Interview zu Wort gemeldet.

Anders als manche seiner einstigen Kollegen aus diesem Apparat, die sich inzwischen dem Imperialismus verdungen haben und im Geschichts nihilismus versunken sind, ist Guds um eine sachliche Aufarbeitung der Problematik bemüht. Er selbst war von 1934 bis 1936 unter dem Namen Hinze als Resident der sowjetischen Aufklärung in Japan tätig und kannte aus dieser Zeit die Methoden der japanischen Abwehr. Sie arbeitete „total“, d. h., sie hatte jeden Ausländer und jeden politisch Verdächtigen im Blickfeld. Guds wußte daher, was im Kaiserreich möglich war und was nicht. Gerade darauf aber kam es bei der konkreten Anleitung Sorges an, zumal keiner von Guds' Vorgesetzten, die letztlich offiziell die Aufträge erteilten, je in Japan gewesen war.

Sorge, so Guds, „war ein Mensch höchster Klasse. Sehr klug, äußerst talentiert. Mit völlig ungewöhnlichen Sprachkenntnissen. Von seinem Niveau her unvergleichlich. Für mich war Sorge ein politischer Funktionär, der zur Aufklärung gestoßen war. Zu allem war Richard ein glänzender Journalist ... Lange schickte er uns statt kurzer Meldungen druckreife Artikel. Er hatte eben nie eine Schule der Aufklärung durchlaufen. Wir waren bestrebt, ihn mit den notwendigen Kenntnissen auszurüsten“. Auf die Frage des Interviewers vom „Europa-Ekspress“, was letztlich zur Enttarnung Sorges führte, habe es doch nachweislich unter seinen Mitarbeitern keinen Verräter gegeben, antwortete sein Führungsoffizier, daß hinsichtlich Sorges „ein sehr großer Fehler begangen wurde ... Er hatte – auf Geheiß der Zentrale – Verbindungen mit dem Rückkehrer und Kommunisten Yotoku Miyagi hergestellt, der einst aus Japan in die USA ausgewandert war, wo er von uns angeworben wurde. Aufklärungschef Bersin hatte die Idee, Miyagi in Japan einzusetzen. Ich erinnere daran, daß Sorge nicht durch die militärische Abwehr, sondern durch die politische Polizei enttarnt wurde. Diese stieß bei der Beobachtung einer japanischen Kommunistin, die früher ebenfalls in den USA gelebt hatte, auf Miyagi. Auch eine weitere Quelle Sorges vertrat sehr linke Auffassungen; dieser Mann erhielt wichtige Informationen vom Fürsten Konoe, der später Premierminister wurde. Das war auch eine gefährliche Verbindung, denn solche Leute stehen immer unter Beobachtung der Geheimpolizei“.

Ohnehin hatte man in Moskau ständig Furcht, daß die deutsche Abwehr irgendwie auf Sorges kommunistische Vergangenheit stoßen könnte: Er war 1919 der Kommunistischen Partei Deutschlands beigetreten und für diese in verschiedenen Funktionen tätig gewesen. Es war eigentlich ein Wunder, daß die Nazis ihn nicht

aufspürten. „Für alle Fälle war die Version vorbereitet, daß Sorge in seiner Jugend linken Schwärmereien angehangen hätte, jetzt aber völlig die Ideologie des Nationalsozialismus teile. Wir gestatteten ihm, in die Nazi-Partei einzutreten. Aber die Furcht blieb.“

Überaus wichtig waren Sorges Kontakte zur deutschen Botschaft in Tokio und deren Leiter, dem ehemaligen Oberstleutnant Eugen Ott, „der es – nicht ohne Hilfe des sowjetischen Residenten – bis zum General und Botschafter gebracht hatte.“

Sorge kannte Japan nicht oberflächlich wie viele deutsche Diplomaten, sondern in seinen Tiefen. Er vermochte Akzente aufzuspüren, auf die der etwas engstirnige Ott nie gekommen wäre. Dafür lieferte dieser wertvollste Informationen. „Moskau versah seinerseits seinen Kundschafter mit wichtigen Details für Ott, die dessen Positionen in Berlin stärkten. Darunter war in keinem einzigen Fall eine Desinformation ... Das wichtigste Material über die Deutschen erhielten wir aus Japan, auch zum

beabsichtigten Überfall auf die Sowjetunion. Seine andere Aufgabe, über die Absichten der Japaner zu informieren, löste Sorge ebenfalls glänzend. Im Herbst 1941 teilte er mit, daß Japan vorläufig nicht in den Krieg gegen die Sowjetunion eintreten werde, was es ermöglichte, die sibirischen Divisionen aus dem Fernen Osten in die Schlacht um Moskau zu werfen.“

Zum Abschluß des Gesprächs stellte der Journalist die Frage, was Boris Guds zu „der Vorliebe Sorges für das schöne Geschlecht sagen könne“, von der so oft die Rede gewesen sei und die dem damaligen sowjetischen Moralkodex nicht entsprochen habe. „Nun, was wäre daran schlimm gewesen? Im übrigen weiß ich davon nichts. Richard war mit der Japanerin Ishii Hanako verheiratet, die ihm bis zu ihrem Tod im Jahre 2000 die Treue hielt ... Aber mit wem Sorge vielleicht irgendwelche Affären hatte, interessierte uns nicht. Entsprechende Fragen wurden ihm von uns nie gestellt. Wozu auch?“

Übersetzung und Beitrag:
Ernst-Otto Schwabe

16 Jahre im volkreichsten Land der Erde

Rolf Berthold sprach in Halle

Gleich die erste Veranstaltung nach der Konstituierung der Regionalgruppe Halle entsprach im besten Sinne den in der Satzung des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. vorgegebenen Zielen und Aufgaben: Mitglieder und Freunde durch die Analyse aktueller und historischer gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Prozesse und Ereignisse aus der Sicht des wissenschaftlichen Sozialismus politisch zu bilden. Und obwohl die Frage nach Erfolgen und Problemen der Volksrepublik China geografisch zwar weitab angesiedelt schien, ließ die Tatsache, daß bei diesem Treffen Ende August kein Stuhl unbesetzt blieb, ein aktuell durch nichts gebrochenes Interesse, aber auch Zuversicht und Hoffnung von Kommunisten, Sozialisten und linken Sympathisanten für die Entwicklung des bevölkerungsstärksten nichtkapitalistischen Landes der Erde sichtbar werden. Daß die Erwartungen in mehr als zwei Stunden des Beisammenseins vollauf erfüllt wurden – dazu trug vor allem das Auftreten des ehemaligen DDR-Botschafters in Peking, Genossen Rolf Berthold, bei, dessen 16jähriger Aufenthalt als Student und Diplomat in China ihn mehr als nur Insiderwissen oder Medienbilder vermitteln ließ. Überzeugend beantwortete der auch als Autor der Zeitschrift „RotFuchs“ bekannte Fernost-Spezialist die Grundfrage des Bildungsnachmittags: Partei und Regierung Volkschinas halten fest am sozialistischen Weg, am Marxismus-Leninismus und an der die sozialistischen Errungenschaften sichernden Diktatur der Volksdemokratie. Kommunisten und die Masse des Volkes stehen zu ihrer Geschichte und ihren Führern in Vergangenheit und Gegenwart. Sie sehen, so Berthold, ungeachtet nicht weni-

ger großer Probleme des Landes ihre Aufgabe in der Schaffung der Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft. Die KP Chinas definiert im Gegensatz zu Renegaten und selbsternannten linken Theoretikern in ehemals sozialistischen aber auch kapitalistischen Ländern, vor allem Europas, den Charakter der Epoche weiterhin auf marxistische Art: Die Welt befinde sich, trotz aller Rückschläge und Niederlagen, auf dem Weg vom Kapitalismus zum Sozialismus.

China unterstreiche heute seine Rolle als sozialistische Großmacht. Die von den USA angestrebte Unipolarität dürfe nicht zugelassen werden. Für Peking ist die Dritte Welt zum Hauptfeld ihrer Außenpolitik geworden. Seit 1990 verzeichnet das Land eine acht- bis neunprozentige Steigerung des Bruttosozialprodukts. Zwei Drittel sozialistisches und ein Drittel privates Eigentum bilden gegenwärtig die Basis der Volkswirtschaft. Unter der Losung „Marktwirtschaft ist keine Sache allein des Kapitalismus“ wird um neue Formen in den ökonomischen Beziehungen gerungen.

Beachtenswert, was in 130 Minuten durch Rolf Berthold in Vortrag, Frage, Antwort und Debatte an Wissenswerten über ein Land, dem bereits Karl Marx eine große Zukunft voraussagte, vermittelt werden konnte. Die Volksrepublik China war plötzlich ganz nah. Nicht nur, weil die Fluten des Jangtse und der Elbe zu gleicher Zeit, dort wie hier, Menschen in Not brachten und Milliardenwerte vernichteten. Vor allem auch, weil die Leuchtfäule des Sozialismus im Reich der Mitte am Beginn des dritten Jahrtausends der ganzen Welt verkünden: Es gibt ihn noch, trotz alledem ...

Hans-Dieter Krüger

Warum jetzt Polinnen andalusische Erdbeeren ernten

Bitterer Beigeschmack

Wer freut sich nicht zur Erdbeerzeit über die rote Frucht? Auch wenn spätestens beim Biß in die heutzutage manipulierte Beere die traurige Erinnerung an Mamas Garten und den runden Geschmack von einst aufkommt.

In den letzten zehn Jahren überschwemmte das köstlich aussehende Produkt aus Andalusien den westeuropäischen Markt. Um deren südwestliche Provinz Huelva breiten sich riesige Erdbeerbefelder aus. Dort, von wo einstmals die Schlächter ganzer Völker und Zerstörer alter Kulturen mit ihren Schiffen aufbrachen, für die katholischen Könige und das kapitalgebende Augsburger Bankhaus Fugger. In die herrschende Geschichtsschreibung sind sie allerdings als gefeierte Entdecker und heilbringende Eroberer für Reich und Kirche eingegangen. Nach dem Versanden der Häfen tun sich nun mit dem Erdbeergeschäft neue Horizonte auf.

Da die Sache gut läuft, ist Handarbeit vonnöten. Zur Erdbeersaison kamen bisher Arbeiterinnen und Arbeiter aus den nordafrikanischen Ländern Marokko, Tunesien und Algerien. Sie wohnen in Plastikunterständen rund um Huelva. „Die meisten besitzen Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis“, heißt es in einem Artikel der Zeitschrift „Kale Gorria“ (Rote Straße).

Vor einigen Monaten nahm ich mit Erstaunen und Entsetzen den Bericht einer spanischen Nachrichtensendung auf: Blonde, strahlende Polinnen seien zur Erdbeerernte eingetroffen, hieß es da. Fleißige Frauen, die mit dem Zeitkontrakt solch einen Verdienst erarbeiteten, daß sie locker durch die kargen polnischen Monate kämen. Das einzige, was diese Pflückerinnen bedrück-

ke, sei das Getrenntsein von der Familie, von den Kindern. Aber das störe den reibungslosen Ernteablauf nicht. Im Gegenteil: So werde man sie nach der Kampagne auch sicher wieder los. Nicht wie die „Moros“, meinte in dem Fernseh-Feature einer der in Huelva Lebenden. Die wollten ja hinterher nicht mehr gehen. Die Polinnen aber begrüße man, weil sie keine Schwierigkeiten machten und sauber seien! So die rassistisch-sexistische Botschaft. „Weniger organisiert und konfliktärmer“ seien sie, wie es in „Kale Gorria“ heißt.

Nach der Devise „Teile und herrsche!“ werden die Menschen aus dem kolonialisierten Osten Europas gegen ihre Klassengenossen aus den vom Imperialismus abhängigen korrupten Regimes Nordafrikas ausgespielt. Mit der Armut läßt sich Kohle machen.

Die alarmierend unwürdige Situation in Huelva geht auf ein Abkommen zwischen der von Sozialdemokraten der PSOE kontrollierten Provinzeinwanderungsbehörde, der durch die Volkspartei (PP) Aznars gestellten Madrider Zentralregierung, dem regionalen Unternehmerverband und den Gewerkschaften CCOO und UGT auf der einen Seite und den beteiligten Ländern Osteuropas auf der anderen zurück. Mit den Zeitarbeitsverträgen sollen ungefähr 7 500 Frauen von dort die in Spanien wohnenden Arbeiter aus Afrika ersetzen, weil die „gesellschaftlich weniger akzeptiert“ würden. Ein Vertreter der Immigrantennorganisation ODITE sagte zu „Kale Gorria“: „Es geht darum, die Einwanderung sozial zu ändern und außerdem die Gewerkschaftskämpfe zu bremsen.“ Gemeint ist hier der Widerstand der Arbeitsimmigranten im letzten Jahr. Außerdem spricht die Zeitung von einer effizienten ethnischen Säuberung, die durch die Gewerkschaften aktiv unterstützt werde. Ein Teil der afrikanischen Arbeiter dient in Erntestoßzeiten weiterhin als Reservearmee, der andere Teil wird rausgeschmissen. So ist es in der Übereinkunft festgelegt.

Unter der Bevölkerung Huelvas wird systematisch Rassenhaß geschürt. Der verfängt bei einer ohnehin schon nach mehr Sicherheit schreienden aufgeschreckten Menge. Das massiv präsentierte „Sicherheitsangebot“ ist ja ein Hit aller Faschisten, aber auch von Regierungs- oder Oppositionsparteien. Mit ihm soll der soziale Niedergang in der EU in die „richtigen Bahnen“ gelenkt werden: Man will die in der Misere Befindlichen miteinander konfrontieren, damit sie nicht gemeinsam gegen die Ursache aktiv werden. Schon bedroht man Menschen aus Nordafrika im spanischen Erdbeerraum. Sie werden angegriffen, als „muselmanische Hunde“ beschimpft und ausgewiesen, auch auf illegale Art. „Kale Gorria“ schreibt, in Moguer, Heimstätte des Literaturnobelpreisträgers Joan Ramon Jimenez, der mit seinem Epos über das Eselchen Platero dem andalusischen Menschen ein liebevolles Denkmal setzte, stünden die Bewohner Gewehr bei Fuß neben den Abfallcontainern. Da die Rathäuser der Region, durchweg von der PSOE verwaltet, mit den Interessen der Erdbeerplantagen verwoben sind, ist es für Nordafrikaner ver-

botten, in eine Gaststätte oder einen Supermarkt zu gehen.

Man könnte meinen, die hungrigen Horden warteten vor der Tür unserer Grenzen, bereit, in wilder Hast in Westeuropa einzufallen. Ein Verantwortlicher der Gewerkschaftszentrale CCOO spricht indes von etwa 4 000 Immigranten ohne Papiere in Huelva. Auch im „Schwarzbuch des Kapitalismus“ kann man nachlesen, daß die realen Migrationswellen in die reichen Länder „kaum den fünften Teil der Völkerwanderung weltweit“ darstellen. Doch weit davon entfernt, für die logischen Konsequenzen der Plünderung von Reichtümern der Dritten Welt und der dadurch verursachten Armut dieser Länder einzustehen, schrauben die reichen Staaten Westeuropas die repressiven Einschränkungen gegen Immigranten immer höher. Die Gründe liegen auf der Hand: Die Migration stellt nicht mehr wie früher unbedingt einen Gewinn für den Kapitalismus dar.

Dies würde sich in „unserem Fall“ bestätigen. Die polnischen Frauen sind nur austauschbare Statistinnen gegen die Immigration aus dem Süden. Unabhängig von ihren konkreten Erfahrungen, die ich nicht kenne, die aber angesichts bekannt erniedrigender Bedingungen für Kampagnearbeiter nichts Gutes verheißen, bleiben die Frauen aus Polen nur ein Spielball gegen ihre eigenen Interessen. Als Klasse und als Frauen werden sie in die derzeitige Hierarchie, in die widerwärtige Rangliste, in der sie wie Arbeiterinnen aus anderen ehemals sozialistischen Ländern jetzt an der Spitze stehen (die schwarzen Frauen aus Afrika am Ende, wen wundert's), einge-reiht.

Die „versüßten“ kargen polnischen Monate müssen bitter erkämpft werden. Meinen Appetit auf Erdbeeren haben mir die Berichte und Realitäten jedenfalls gehörig verdorben. **Isolda Bohler, Valencia**

Slowakei: Antikommunistisches Gesetz durchgefallen Abfuhr für McCarthyismus

Der Versuch, im slowakischen Parlament ein Gesetz gegen die „Propagierung des Kommunismus“ durchzubringen, ist in zweiter Lesung gescheitert. Die rechtsgerichteten Sozialdemokraten und die Partei der Demokratischen Linken hatten in der Kammer eine Initiative zur „Ergänzung“ des Strafgesetzbuchs von 1961 unternommen. In 1. Lesung waren sie mit ihrem Vorschlag durchgekommen. Am 10. Juli stimmte eine Mehrheit der anwesenden Abgeordneten – 43 von 80 – dafür. Die absolute Mehrheit, die zu Gesetzesveränderungen erforderlich ist, beträgt jedoch 76. In 2. Lesung waren nur 63 der 150 Parlamentsmitglieder bereit, den antikommunistischen Schandparagrafen ihre Zustimmung zu geben. Der slowakische Präsident Rudolf Schuster hatte sich geweigert, die Ergänzung zu unterzeichnen und sie statt dessen zu erneuter Beratung an das Parlament zurückgesandt. Wäre sie bestätigt worden, hätte man die KP der Slowakei unmittelbar vor den Parlamentswahlen im September, bei denen sie eine reale Chance besitzt, erstmals seit 1989 die 5-Prozent-Sperrklausel zu durchbrechen, kriminalisiert und ausgeschlossen.

R. F., gestützt auf „Postmark Prague“

Aznar schlägt gegen Batasuna los Ein faschistisches Verbot

Ein spanischer Ermittlungsrichter – aufgehetzt und vorgeschickt durch den extrem rechten Vizepräsidenten José María Aznar – hat alle Aktivitäten der linken baskischen Partei Batasuna (Vorläuferin: Herri Batasuna) zunächst für drei Jahre ausgesetzt und die Beschlagnahme des Parteivermögens angeordnet. Zur Begründung wurde die reaktionäre Sprachregelung herangezogen, Batasuna (Einheit) sei der „politische Arm“ der illegalen „Terrororganisation ETA“.

Unter Franco hatte die ETA an der Spitze der baskischen Widerstandsbewegung tapfer gegen die faschistische Diktatur gekämpft. So jagte sie im Herzen Madrids das Fahrzeug mit dem Stellvertreter des Generalissimo, Admiral Carrero Blanco, am hellen Tage in die Luft.

Das Verbot von Batasuna ist eine faschistische Maßnahme und Ausdruck der weiteren Rechtsentwicklung des iberischen Landes, dessen derzeitige Regierung zum Rechtsaußenflügel der europäischen Politik gehört. **S. R.**

Der Ölfaktor im konterrevolutionären Spiel gegen Venezuelas Chávez

Neuer Putsch im Ärmel



Imperialistische Geheimdienste mobilisieren weiterhin die vor allem in der Hauptstadt Caracas zahlenmäßig nicht zu unterschätzende venezolanische Reaktion, den 1998 und 2000 mit überwältigender Mehrheit gewählten linksstehenden Staatspräsidenten Hugo Chávez aus dem Amt zu verjagen und eine Marionette der Ölkonzerne ans Ruder zu bringen. Das war ihnen bei dem Putsch im April 2002 bereits vorübergehend gelungen, als sie für 48 Stunden den Großkapitalisten und Unternehmerverbandspräsidenten Pedro Carmona mit Hilfe gelber Gewerkschaftsführer an der Staatsspitze installierten. Die von den Rechten Venezuelas und ausländischen Geldgebern, vor allem aus den USA, kontrollierten Massenmedien des Landes wollen den Eindruck erwecken, als handle es sich allein oder in erster Linie um einen Zusammenprall zwischen dem im Namen der „Unterklasse“ mit „diktatorischen“ Mitteln regierenden ehemaligen Fallschirmjägeroffizier Chávez und den die Demokratie verteidigenden traditionellen großbürgerlichen Parteien Venezuelas, die sich 40 Jahre lang im Wechselbad abgelöst hatten. Tatsache ist jedoch: Der ganze Konflikt würde nicht diese Schärfe annehmen, wäre das Land im Norden Lateinamerikas nicht der viertgrößte Erdölexporteur der Welt und die drittgrößte Ölversorgungsquelle der USA. Offiziell wird Venezuelas Erdöl von der staatlichen Gesellschaft PDVSA geschürft und gefördert. Hinzu kommen Rechte ausländischer Ölgesellschaften, die nach einem 60 Jahre alten Abkommen nur 1 % ihrer Gewinne an den Staat zahlen und zusätzlich gewaltige Steuervergünstigungen erhalten. Die venezolanische Reaktion macht kein Hehl daraus, daß sie Chávez vor allem deshalb weghaben möchte, weil er einen Plan entwickelt hat, Einnahmen aus dem Erdölexport für die Verbesserung der Lebenslage von 80 % in Armut vegetierenden Landesbürgern einzusetzen.

Am 1. Mai 2002 berichtete die mexikanische Zeitung „El Proceso“, daß die Putschführer beim Aufstand gegen Chávez „an eine Privatisierung der PDVSA sowie an deren Übergabe an eine mit Präsident George

Bushs Ölinteressen verbundene Gesellschaft und den spanischen Konzern Repsol gedacht“ hätten. Außerdem sei „der Verkauf von CITGO, der PDVSA-Tochter in den USA, an George Bushs langjährigen Freund Gustavo Cisneros erwogen“ worden.

PDVSA ist gegenwärtig Lateinamerikas größtes Unternehmen – ein lukrativer Preis für beliebige Privatisierer. Obwohl es sich offiziell um eine staatliche Firma handelt, sind die Bosse und leitenden Mitarbeiter Strohmann internationaler Ölmonopole wie Royal Dutch Shell u.a. Als Chávez die Führungsriege auszutauschen versuchte, gingen die Angestellten der Staatskonzernzentrale – wie „The Wall Street Journal“ berichtete – „zur offenen Revolte über. Sie nahmen an den lärmenden Demonstrationen und Arbeitsunterbrechungen teil, um gegen die Berufung von drei Chávez-Anhängern in den Aufsichtsrat zu protestieren“. Tausend PDVSA-Manager unterzeichneten eine ganzseitige Annonce in den großen Zeitungen, mit der sie die angebliche Inkompetenz der Neuernannten anprangerten. Die PDVSA-Spitze rief gemeinsam mit der rechtssozialdemokratischen Führung des Ölarbeiterverbandes zum Streik auf. Eine besonders üble Rolle spielte der Präsident der venezolanischen Gewerkschaftszentrale CTV, Carlos Ortega, bei dem Putsch. Vom Exil in Miami aus koordinierte der in Caracas wegen Korruption gesuchte frühere Staatspräsident Carlos Andres Perez die konterrevolutionären Aktionen.

Den Haß der Reaktion auf Chávez stachelte ein Gesetz an, mit dem die Abgaben von PDVSA und ausländischen Ölkonzernen an den Staat verdoppelt wurden. PDVSA müsse bei allen Joint Ventures einen Mehrheitsanteil besitzen, wurde festgelegt. Chávez bemühte sich auch, den staatlichen Ölkonzern, der bisher wie ein normales kapitalistisches Unternehmen Profit für Aktionäre – darunter den Staat – schaufelte, in einen echten Staatsbetrieb zu verwandeln. Auf diesem Wege wurde er jedoch abgefangen, so daß die Nationalisierung der vene-

zolanischen Ölindustrie in den 70er Jahren bis heute nur wenig wirksam geworden ist. Während der mit den Volkskräften verbundene und von ihnen unterstützte Staatschef große Anstrengungen unternimmt, die „bolivarianische Revolution“ weiter voranzutreiben, konspirieren die von der USA-Botschaft koordinierten Geheimdienstler, die zuvor den Putschisten Carmona kurzzeitig ans Ruder gebracht hatten. Sie bereiten einen neuen Umsturz vor. Seit dem Scheitern des Staatsstreichs vom April haben sich ihre Anstrengungen verdoppelt. Die Pariser Zeitschrift „Le Monde diplomatique“ beschrieb das Szenario dessen, was die Konterrevolution im Schilde führt. „Man wird eine Koalition von Betuchten mit der katholischen Kirche, der Finanzoligarchie, den Unternehmerverbänden, der Bourgeoisie und korrupten Gewerkschaftsführern – verpackt als ‚Zivilgesellschaft‘ – zusammenzimmern ... Die Presse und das Fernsehen wird die Begriffe ‚das Volk‘, ‚die Demokratie‘, ‚die Freiheit‘ usw. einprägen. Man wird Straßendemonstrationen auf die Beine bringen und jeden Versuch der Regierung, sie zu kritisieren, als „ernsten Anschlag auf die Meinungsfreiheit“ beschreiben; man wird den aufständischen Streik bei den Zivilisten und die Putschidee beim Militär sowie einen erneuten Anschlag auf den Präsidentenpalast ermutigen.“ Das Ganze sei die „größte Destabilisierungskampagne gegen eine demokratisch gewählte Regierung, die jemals stattgefunden hat“, ein „perfektes Verbrechen“. Obwohl sie weitgehend nach chilenischem Drehbuch verlaufe, könnte sie das dort Geschehene noch in den Schatten stellen.

Bleibt nur die Hoffnung, daß die armen Massen des venezolanischen Volkes, die bisher zu Chávez gehalten haben, ihre Wachsamkeit bewahren und die Tatsache fest im Auge behalten, daß besondere Gefahr vom Militär droht. Die verräterischen Putschgeneräle vom April 2002 sind gerade erst durch ein Gericht mit Mehrheitsentscheidung freigesprochen worden ...

R.F., gestützt auf „People's Weekly World“, New York

Erinnerungen eines österreichischen Interbrigadisten

Wie ich Ludwig Renn erlebte

Vor einigen Monaten fand in Wien ein Treffen österreichischer Spanienkämpfer mit der Gruppe Internationale Spurensucher Sebnitz-Sluknov statt, die mit der VVN/BDA Sachsen e. V. verbunden ist. Dort hatte der 21jährige Lars Schubert, der dieser Gruppe angehört, die Möglichkeit zu einem Interview mit dem Interbrigadisten und „RotFuchs“-Leser Gerhard Hoffmann (85). Wir bringen eine gekürzte Fassung: Wie bist Du zur organisierten Arbeiterbewegung gekommen?

Man muß sich die Hoffnungslosigkeit der Menschen in der Zeit der Weltwirtschaftskrise 1929/32 vor Augen führen. Mein Bruder, damals ein im Hafen von Danzig gestrandeter Seemann, schloß sich der revolutionären Gewerkschaftsopposition an und kehrte, als monatelang kein Schiff ausfuhr, nach Wien zurück, wo er nach den Erfahrungen des Klassenkampfes in Deutschland der KP beitrat. Ich war damals 15, mein um fünf Jahre älterer Bruder war mein Leitbild.

Welche Beweggründe hattest Du dabei?

Um mich herum gab es, vor allem unter jungen Menschen, ein heute unvorstellbares Elend. Die meisten meiner Freunde waren seit Jahren arbeitslos, viele „ausgesteuert“, ein harmlos klingendes Wort für Staatsbürger, die sogar die Steuerbehörde abgeschrieben hatte. Man traf sich in den Parks, vertrieb sich die Zeit und suchte verzweifelt nach den Ursachen für die unerträglichen Zustände, unter denen wir leben mußten. Mir leuchteten die Erklärungen der Kommunisten, die wie mein Bruder dem kapitalistischen System die Schuld gaben, am ehesten ein. Eine Gesellschaft ohne Ausbeutung, in der das produziert wird, was die Menschen benötigen, eine sozialistische Gesellschaft, erschien mir als der einzig mögliche Ausweg. Daß die damalige österreichische Regierung, die schon auf autoritärem, faschistischem Kurs war, beseitigt werden mußte, war mir und der Mehrheit der jungen Menschen klar.

Bist Du in den folgenden Jahren mit dem Unterdrückungsapparat des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes in Konflikt geraten?

Nach dem Feber 1934, als der sozialdemokratische Schutzbund in einem viertägigen blutigen Kampf niedergewungen wurde, verschärfte sich die Repression durch die Regierung unter Kanzler Dollfuß (nach dessen Ermordung im Juni 1934: Schuschnigg). Ich wurde seit Sommer 1934 mehrmals verhaftet und jeweils zu mehrwöchigen Polizeistrafen verdonnert. Im Feber 1937

flog unsere in einen Segelfliegermodellbauverein eingebaute Zelle des Kommunistischen Jugendverbandes auf. Ich wurde von der Schulbank weg verhaftet und wegen 11 Zeitungen mit „hochverräterischem Inhalt“ zu fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Hast Du diese Strafe absitzen müssen?

Nach einem Jahr im Zuchthaus Stein wurde ich amnestiert. Das geschah im Feber 1938. Angesichts der massiven Drohungen Hitlers gegen Österreich suchte die Wiener Regierung – selbst halb faschistisch – die Unterstützung der Bevölkerung durch eine improvisierte Volksabstimmung. Die Amnestie sollte die Bürger die blutigen Spuren der Unterdrückung durch das Dollfuß-Schuschnigg-Regime vergessen lassen. Bevor die Abstimmung stattfinden konnte (sie wäre zweifellos gegen den Anschluß an Deutschland ausgefallen), marschierte die Wehrmacht ein. Wir jungen Kommunisten suchten vergeblich, Widerstand zu organisieren.

Warum bist Du daraufhin gerade nach Spanien gegangen?

Für uns Junge war Spanien 1936 die große Hoffnung. Ich ging dorthin, um bei dem historischen Versuch mitzutun, eine Gesellschaft auf sozialistischer Basis aufzubauen. Zu diesem Land fühlte ich mich sofort mit jeder Faser hingezogen, sodaß ich bald fließend spanisch sprach.

Kannst Du uns bitte etwas aus Deiner Zeit in Spanien erzählen?

Ich war ja bis Feber 1938 im Zuchthaus, kam also erst in der letzten Phase des Krieges, in den letzten Tagen der Ebro-Offensive, zum Einsatz im 4. Bataillon der XI. Brigade, die aus Deutschen, Österreichern

und Spaniern bestand. Im September 1938 wurden alle Internationalen aufgrund eines Beschlusses der spanisch-republikanischen Regierung von den Fronten zurückgezogen. Als aber im Jänner 1939 die Franco-Truppen vor Barcelona standen, meldeten wir uns nochmals freiwillig, um den Rückzug Hunderttausender vor den Faschisten Fliehender zu decken. Bei diesen letzten Kämpfen fielen noch etliche unserer Kameraden. Ich selbst überschritt mit meiner Einheit am 9. Feber 1939 die Grenze und wurde zusammen mit spanischen und internationalen Kämpfern in einem improvisierten Lager am Fuß der Pyrenäen interniert. Die Jahre bis 1941 verbrachte ich dann in den Lagern St. Cyprien, Gurs und Argeles. Seit 1942 war ich Holzfäller und schloß mich 1943 den spanischen Partisanen in Frankreich an.

Ist Dir aus diesen Tagen noch ein Erlebnis mit deutschen Genossen in Erinnerung?

In St. Cyprien, wir lagen tagelang im nackten Sand, bei eisigem Sturm, ohne Essen und mit unsauberem Wasser notdürftig versorgt, da wurden Bretter und Wellblech vor den Sandlöchern abgeladen, in denen wir hausten. Doch wir waren zu schwach, uns daraus die Baracken zu bauen, für die sie gedacht waren. Da sahen wir plötzlich zwei unserer Kameraden zu dem angelieferten Material gehen und Hand anlegen. Sie gaben uns Mut, sodaß nach und nach alle aus ihren Sandlöchern krochen und sich am Bau beteiligten. So haben wir uns endlich gegen die Sandstürme schützen können. Die beiden waren der deutsche Schriftsteller Ludwig Renn und der Österreicher Hans Hertel, beide in Spanien Offiziere der XI. Brigade.



1939 zogen sich die Interbrigaden und Teile der spanischen Volksarmee über die Pyrenäen nach Frankreich zurück.

Kolumbiens Präsident Uribe zielt auf Zerschlagung der FARC

Der „Bush von Bogotá“



Kämpfer der FARC in der befreiten Zone

Kolumbien hat einen neuen Präsidenten: Alvaro Uribe Velez gehört politisch zur Ultrarechten. Als er sein Amt antrat, appellierte die USA-Botschafterin in Bogotá, Anne Patterson, an den Staatschef, alle bisherigen „Rücksichten“ im Kampf gegen die linken Guerillas, die etwa 40 % des nationalen Territoriums kontrollieren, aufzugeben und dem „Terrorismus“ militärisch ein Ende zu bereiten. Uribes Verteidigungsministerin Martha Lucia folgte der Weisung aus Washington schon am nächsten Tag. Während 50 000 Frauen Kolumbiens für den Frieden demonstrierten und eine politische Lösung des seit Jahrzehnten andauernden Konflikts forderten, eröffnete das Militär die Großoffensive. Zuvor hatte selbst der aus dem Amt scheidende Präsident Andres Pastrana an beide Kampfparteien appelliert, Gefangene im Rahmen eines „humanitären Abkommens“ auszutauschen. Die Friedensverhandlungen zwischen der Pastrana-Regierung und den FARC waren im Februar 2002 zusammengebrochen. Im vergangenen Jahr hatten die FARC für die Freilassung eines Dutzends in die Hände des Feindes geratener eigener Leute mehr als 200 gefangene Armee- und Polizeiangehörige übergeben. Der größten und ältesten Guerilla-Bewegung linker, marxistischer Orientierung gehören etwa 18 000 Bewaffnete an, die in weiten Landesteilen demokratische Machtorgane und neue Sozialstrukturen geschaffen haben. Ebenso wie die kleinere, etwa 4 000 Kämpfer umfassende Nationale Befreiungsarmee (ELN) gehören die Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) zu jenen fortschrittlichen Organisationen, die von der Bush-Administration auf die „Terroristenliste“ gesetzt wurden. Meldungen, auch die Europäische Union habe einen solchen Schritt unternommen, fanden indes nicht ihre Bestätigung. Die FARC haben in der Vergangenheit wiederholt versucht, den bewaffneten Kampf durch Formen des politischen Wirkens zu ersetzen. Als sie sich in den 80er Jahren legalisieren und am Wahlkampf mit einer eigenen Partei teilnehmen wollten, wurden ihre Kandidaten und Aktivisten von den

paramilitärischen Kräften der Oligarchie und den mit diesen verzahnten bewaffneten Organen des Staates reihenweise massakriert.

Der neue Präsident wird den ohnehin ins Stocken geratenen Friedensprozeß total blockieren. Seine einzige Devise ist die militärische Aktion. Er will den 38 Jahre währenden Bürgerkrieg mit der Vernichtung von FARC und ELN beenden – ein Ziel, dem seine Vorgänger nicht näher gekommen sind. Das Organ der USA-Hochfinanz „The Wall Street Journal“ nannte Uribe kurzerhand „Kolumbiens George W. Bush“. Wie eine brasilianische Tageszeitung enthüllte, soll dieser den amerikanischen Plan einer Vernichtung der Guerilla mit Hilfe von Sonderkräften des Militärs einiger lateinamerikanischen Staaten, die auf diesem Gebiet Erfahrungen besitzen, vollstrecken. Uribe hat inzwischen verkündet, daß er Armee und Polizei personell verdoppeln und überdies regierungstreue Zivilisten bewaffnen will. Er hat sich an Washington mit der Bitte gewandt, die Kosten zu übernehmen. Im Juli schuf der USA-Kongreß erste Voraussetzungen für die Freigabe einer „Militärhilfe“ im Umfang von mehr als einer Milliarde Dollar für das kolumbianische Regime. Die Gelder sollen dem „Plan Co-

lombia“ entnommen werden, der von den Yankees unter dem Vorwand ins Spiel gebracht wurde, den Opiumanbau in Kolumbien zu unterbinden. 80 % der Mittel gehen inzwischen an Armee und Polizei.

Unterdessen hat Uribe den „Zustand des inneren Aufruhrs“ erklärt, der die Regierung berechtigt, die bürgerlichen Freiheiten außer Kraft zu setzen und Massenverhaftungen ohne richterliche Autorisierung vorzunehmen. Wohnungen von Personen, die der Nähe zur Guerilla verdächtigt werden, können ohne Durchsuchungsbefehl durchwühlt, ihr Recht auf Freizügigkeit eingeschränkt werden. So nimmt Kolumbien immer mehr die Züge eines Polizeistaates an. Der Terror regiert. Seit 1990 wurden allein über 1 500 Gewerkschafter ermordet – 90 % der weltweiten Ziffer. In einer Reihe von Fällen haben Unternehmer die paramilitärischen Milizen der Ultrarechten – die Zahl ihrer Mitglieder wird auf 5 000 bis 7 000 geschätzt – zu Hilfe gerufen, um Streiks der Arbeiter blutig niederzuschlagen. Eine besonders traurige Rolle spielt hierbei das Management der kolumbianischen Tochterfirma von Coca-Cola. Bezeichnend ist die Tatsache, daß die Dachorganisation der Paras – die sogenannte Vereinigte Selbstverteidigung Kolumbiens (AUC) Präsident Uribe, der früher Bürgermeister der Stadt Medellín war und mit dem berüchtigten Drogenkartell in Kontakt stand, offiziell zu seiner Wahl beglückwünscht hat.

Faschistische Zeiten drohen Kolumbien.

Als Innen- und Justizminister Londono Anfang August von der Presse gefragt wurde, welche Rechte der Bürger Uribes Aktion beschränke oder außer Kraft setze, antwortete er kurz und bündig: „Alle“ Die größte Drohung für das bedeutende Land im Norden Lateinamerikas ist indes die reale Gefahr einer Verstärkung der direkten Intervention der USA. Sie wächst von Tag zu Tag.

R. F., gestützt auf „People's Weekly World“, New York



Linke Kandidaten in Brasilien aussichtsreich.

Der Präsidentschaftsbewerber der Arbeiterpartei (PT), Inacio Lula da Silva, und die erneut antretende Gouverneurin des Staates Rio de Janeiro, Benedita da Silva (ebenfalls PT), besitzen gute Wahlchancen.

¡Presente!

■ 50 000 bolivianische Pesos für den, der „den Guerillero **Ernesto ‚Che‘ Guevara** lebend oder tot (vorzugsweise lebend)“ den Schergen des bolivianischen Militärdiktators Barrientos ausliefert ...

Dieses Angebot ließ 1967 das Innenministerium des Generals auf Flugblättern verbreiten. Die Herren des Landes waren verschreckt. Immer wieder mußten sie sich des Widerstandes der Bergarbeiter erwehren. Unter den Studenten garte es. Anfang des Jahres wurde zur Gewißheit, daß sich zu dieser Opposition eine Guerillabewegung gesellt hatte, die vom schon damals legendären Commandante der kubanischen Rebellenarmee Fidel Castros, Ernesto Guevara, genannt „Che“, geführt wurde.

Che war Argentinier. Seit seiner Kindheit unter Asthmaanfällen leidend, wurde er Arzt. 1953 verließ er Argentinien, um nach dem Vorbild Albert Schweitzers Leprakranke zu heilen. Schon recht bald erkannte er die relative Machtlosigkeit der ärztlichen Kunst gegen ein Elend, das aus der sozialen Not des Volkes erwuchs. In Guatemala wurde er 1954 Zeuge des Sturzes der radikal-demokratischen Regierung Arbenz durch bewaffnete Banden der United Fruit Company, deren Grundbesitz Arbenz nationalisiert hatte. Nach Mexiko geflohen, schloß er sich Fidel Castro an, machte sich vertraut mit revolutionären Lehren und erhielt eine profunde militärische Ausbildung. Mit der legendären „Granma“ landete er 1956 auf Kuba und wurde zu einem der Führer des Rebellenheeres und der Revolution.

Rücksichtslos gegen sich selbst, stellte er sich in den Dienst des kubanischen Volkes. Von 1959 bis 1965 arbeitete er maßgeblich an der Lösung der wirtschaftlichen Probleme in der kompliziertesten Phase der Geschichte des freien Kuba. Er war Direktor der Nationalbank und Industrieminister der revolutionären Regierung. Im Dezember 1964 erklärte er: „Ich bin Kubaner, und ich bin auch Argentinier, und wenn es die hochverehrten Señores aus Lateinamerika nicht beleidigt, fühle ich mich so sehr als Patriot Lateinamerikas, daß ich, sobald es erforderlich ist, bereit bin, mein Leben für die Befreiung jedes beliebigen lateinamerikanischen Landes hinzugeben, ohne dafür von jemandem etwas zu erbitten, ohne etwas dafür zu verlangen, ohne irgend jemanden auszubeuten.“ Durch die genaue Beobachtung der revolutionären Bewegungen in Lateinamerika, Afrika und Asien erhärtete sich in ihm die Auffassung, daß der Guerillakampf eine wirksame Waffe

gegen den Imperialismus sei. Er beschloß, seine in Kuba gesammelten Erfahrungen und seine Autorität dieser Aufgabe zu widmen. Mit einer kleinen Schar erprobter und furchtloser Genossen ging er nach Bolivien. Selbstverständlich wußte er, daß er nicht mit knapp 50 Guerilleros das Militärregime stürzen konnte, doch diese 50 Mann sollten durch ihre Aktionen gleichermaßen einen Brennpunkt schaffen, in dem sich alle Widersprüche und Kämpfe des Landes entzündeten und letztlich die Oligarchie in einem allgemeinen Aufstand hinwegfegen. Gleiche Aktionen in anderen Ländern hätten die Aufgabe, die Kräfte der internationalen Reaktion, allen voran des US-Imperialismus, zu zersplittern und zu zermürben. In „zwei, drei, vielen Vietnams“ sollten die US-amerikanischen Söldner und ihre Lakaien verbluten.

Es ist viel gestritten worden über Ches Theorie, doch nie hat er den Guerillakampf als den einzig gangbaren revolutionären Weg angesehen. Für seine Auffassung, daß jetzt und hier der Guerillakampf notwendig sei, setzte er 1967 in Bolivien sein Leben ein. Die politischen Konflikte des Landes, der Kampf der Volksmassen, vor allem der Bergarbeiter und der Studenten, gegen Barrientos schienen dem Unternehmen günstige Erfolgsaussichten zu bieten. Doch das Kräfteverhältnis erwies sich als ungünstiger, als es Che eingeschätzt hatte. Vor allem gelang es nicht wie 1956-1959 in Kuba, die Bauern für die Guerilleros zu gewinnen. Che und seine Genossen mußten sich immer weiter in unwirtliche Bergregionen zurückziehen. Eine selbständig operierende Gruppe wurde am 31. August in eine Falle gelockt und vernichtet. Dabei fiel auch Tania la Guerrillera, eine internationalistische Kämpferin aus der DDR. Durch Verrat gestellt, wurde Che am 8. Oktober gefangengenommen. Noch am folgenden Tage wurde er ermordet, sein Leichnam verstümmelt. Die Furcht des Diktators und der ihn lenkenden CIA selbst vor dem gefangenen Che, vor seiner Ausstrahlung, seiner revolutionären Integrität, war zu groß ...

Vergebens – noch heute, 35 Jahre nach seiner Ermordung, ist Che unvergessen.

Che? ¡Presente!

Buch tips:

- Josef Lawrezki: *Ernesto Che Guevara. Verlag Neues Leben, Berlin 1974, 496 S.*
- *Das Buch zur internationalen Che-Guevara-Konferenz, September 1997. Verlag 8. Mai, Berlin 1998, 220 S.*
- M. Rojas/M. R. Calderón: *Tania la Guerrillera. Militärverlag der DDR, 1973; Neuauflage Dietz-Verlag, Berlin 1998, 224 S.*

■ Gelegentlich finden sich im „Neuen Deutschland“ Zuschriften von Autoren, denen wir aus vollem Herzen zustimmen. Ein solches (eher seltenes) Beispiel vom 9. August sei hier nachgedruckt. **Karl-Heinz Ziegenrucker** aus Erfurt schrieb:

„Es gibt ein Zitat von Ernest Hemingway aus seinem Buch ‚Die Wahrheit im Morgenlicht‘, das ich für die Arbeit der Historiker für äußerst wertvoll halte. ‚Es war‘, so schreibt Hemingway, ‚als lese man die Schilderung einer Schlacht, die man geschlagen hatte, geschrieben von Leuten, die nicht nur nicht dabei gewesen, sondern in manchen Fällen noch nicht einmal geboren waren, als die Schlacht stattgefunden hat. All diese Leute, die über mein Inneres und Äußeres schrieben, taten das mit einem unerschütterlichen Selbstbewußtsein, das ich nie besessen habe.‘

So wie Marx und Engels das Progressive der Pariser Kommune herausarbeiteten, muß man doch auch an die Betrachtungsweise der Geschichte der DDR herangehen. Es kann, meines Erachtens, nicht genügend das bedeutende revolutionäre Ereignis gewürdigt werden, daß erstmalig auf deutschem Boden die Nazi- und Kriegsverbrecher enteignet wurden. Bekanntlich wurde dieser Prozeß auf demokratischste Weise vollzogen. Im Osten wurde der Mehrheitswille des Volkes, mit entscheidender Einflußnahme der SED, umgesetzt. Im Westen wurde dieser Volkswille durch die Besatzungsmächte, unter aktiver Mitwirkung der CDU-Führung, außer Kraft gesetzt. Bei allen kritischen Diskussionen über den Umgang mit dem Volkseigentum und die unmittelbare Einbeziehung der Werktätigen, die ich für richtig und notwendig halte, dürfen wir aber meiner Meinung nach das Entscheidende nicht aus dem Blickwinkel verlieren, daß 40 Jahre das Machtmonopol des deutschen Kapitals und der Junker gebrochen war. In dieser Zeit ist in der DDR durch das Volk Hervorragendes geleistet worden, und das nicht im Selbstlauf.

Für Herrn Prof. Dr. Wurl und einige Wissenschaftler und Politiker der PDS müßte es doch sehr aufschlußreich sein, daß uns das Kapital diese Entmachtung bis zum heutigen Tag nicht verzeihen hat. Deshalb wird mit dieser DDR abgerechnet, auf allen Gebieten, und das gründlich. Es wird alles unternommen, vor allem auch ideologisch, damit keiner wieder auf solche dummen Gedanken kommen kann, Hand anzulegen an die Eigentumsverhältnisse der großen Konzerne und Banken und den Besitz der Junker, die sich heute wieder im Osten ausbreiten.“

W. M.

Leserbriefe an **RotFuchs**

Heute kam der August-„RotFuchs“ an, und ich las mit großem Interesse die Diskussion zwischen Bernhard Majorow (Juni-Ausgabe) und Kurt Gossweiler. Wie das oftmals bei solchen Kontroversen der Fall ist, haben beide Seiten teilweise recht, und erst wenn man alle Argumente zusammenfaßt, entsteht ein vollständiges Bild. (...)

Diese RF-Nummer ist besonders interessant. Vor allem erscheint die Analyse im Leitartikel „Der Alptraum“ zutreffend, und ich hoffe, daß die Linke (zersplittert wie immer) genug Grips hat, PDS zu wählen. Was mich schockierte, war Eure Hypothese einer möglichen Großen Koalition. Schröder ist gerade gegen den Kriegseinsatz in Irak herausgekommen – hat er damit sein politisches Todesurteil unterschrieben? (...) Die westliche Presse (z. B. The Times) setzt schon jetzt auf die bajuwarischen Schwarzen, deren Plattform übrigens wortwörtlich identisch ist mit denen aller anderen Rechtsparteien in Europa. Ich bin gerade dabei, einige Gedanken über die Wahlverluste der Sozialdemokraten dort zu Papier zu bringen, die ich nicht als zufällig ansehe. Natürlich mache ich mir keine Illusionen über die Sozialdemokratie – aber eine konfuse Wählerschaft wird bald erfahren, was Stoibers „Reformen“ in der Praxis bedeuten. (...)

Ausgezeichnet sind die Beiträge Stefan Warynskis. Ich habe ihn bereits in einem kürzlich abgehaltenen Seminar über Religion und Kulte zitiert. (...) Rolf Bertholds Beitrag zu Taiwan ist für uns hier hochaktuell, denn wenn die Yanks irgendwo militärisch verwickelt sind, macht Australien mit. Taiwan ist eine der offenen Optionen – die Umzingelung Chinas ist Teil des Gesamtplans, alle Spuren des Sozialismus zu vernichten.

Unser Fernsehen berichtet täglich über die fürchterlichen Überschwemmungen, die bei Euch, in Tschechien und anderswo Verwüstung und Tod verbreiten. Mein Mitgefühl für all das Leid. **Dr. Vera Butler, Melbourne**

Es ist Nacht – jetzt – und in Deutschland ... Muß ich Euch sagen, daß mir der „RotFuchs“ Mut macht? Muß ich auf einzelne Beiträge abheben, historische (ja, die lese ich gerne) und aktuelle?

Euer, unser „RotFuchs“ ist, was er verspricht: die Dosenbeschreibung entspricht dem Inhalt. TRIBÜNE! Im Sinne von all denen, die wir lieben: MEL, Rosa, Karl und Carl O. – streitbarer, parteilicher Journalismus.

Meine Spende von 150 Euro kam von Herzen, nicht aus voller Börse, man schlägt sich durch.

Also danke, also WEITER SO, also ROT FRONT, „ROTUCHS“!

Michael Greßmann, Falkensee

Wenn sich an den diesjährigen Bundestagswahlen laut UZ auch etliche Direktkandidaten der DKP – so Patrik Köbele in Ruhr-Westfalen und Olaf Harms in einem Hamburger Wahlkreis – beteiligen, dann zielt ihre Bewerbung natürlich eher auf politisches Flaggezeigen als auf einen völlig illusorischen Einzug in den Bundestag. Ich finde es gut, daß sich die DKP als größter Zusammenschluß von Kommunisten in Deutschland nicht versteckt, sondern dort antritt, wo die Bedingungen dafür gegeben sind. Auch Landeslisten wären sicher

möglich gewesen, wurden aber von der Zentrale offenbar nicht gewünscht.

Heinz Hellwig, Freiburg

Die beiden „RotFuchs“-Artikel in der Juli-Ausgabe (S. 2 und 3) bieten Grundsatzüberlegungen zur Entwicklung der und in der PDS, die auch für die Entscheidung bei der bevorstehenden Bundestagswahl bedeutsam sind. Denn die beiden Parteien, die Chancen haben, gegen- oder miteinander die künftige Regierung zu bilden, Stoibers CSU/CDU und Schröders SPD, sind ebenso wenig wie ihre etwaigen Koalitionäre für Gegner des weltweiten wie des deutschen Imperialismus wählbar. Und politisch bewußte Menschen möchten auch nicht die Masse derer vergrößern, die ununterscheidbar von rechts oder links dem herrschenden System ihre Stimme verweigern. Darum werden sie ihren Protest gegen Sozialabbau und friedensgefährdende Interventionen nur artikulieren können, indem sie, wo es möglich ist, mit der politisch weniger bedeutenden Erststimme Antimperialisten aus der DKP oder PDS wählen, während an den meisten Orten nur die PDS mit einer eigenen Liste für die politisch wichtigere Zweitstimme zur Wahl steht.

In Berlin allerdings, wo die PDS leider besonders weitgehend im deutschen Imperialismus angekommen ist, können Sie auch die KPD wählen. Sie sollten es tun, gleichgültig, ob Sie mehr oder weniger von ihr und ihren Kandidaten halten. Denn diese Wahl ist das eindeutigste Signal eines entschlossenen Nein zum erstarkenden deutschen Imperialismus, das man am 22. September in Deutschland geben kann. **Prof. Dr. Hanfried Müller, Berlin**

Nachdem ich bereits mehr als zwei Jahre die „offensiv“ aus Hannover beziehe, möchte ich jetzt auch den „RotFuchs“ fest bestellen. Seit 1950 gehörte ich der NDPD der DDR an und war seit 1952 in ihr oder für sie hauptamtlich bis zu ihrem Ende tätig. Als Parteilooser gehörte ich zu den Unterzeichnern der Wahlalternativen ehemaliger Mitglieder der NDPD „Pro PDS“ zu den Bundestagswahlen 1998 und 2002. Es handelt sich um eine Alternative, die wir trotz mancher Vorbehalte gegenüber der PDS für notwendig halten. (...)

Joachim Stange, Kleinmachnow

Die Diskussion um die bevorstehende Bundestagswahl zeigt zum wiederholten Male, daß es doch schwieriger ist, auf aktuelle gesellschaftliche Konstellationen richtig – im Sinne kommunistischer oder sozialistischer Politik – zu reagieren, als Fehler der kommunistischen Bewegung zu registrieren, die sie im Verlauf ihrer Entwicklung gemacht hat.

Was tun, wenn – wie 1998 – wieder ca. 2 Millionen Ostdeutsche und fast 600 000 Westdeutsche sich entscheiden sollten, PDS zu wählen? Können sich die politischen Kräfte, die sich in kommunistischen Parteien organisiert haben, darauf beschränken, die opportunistischen und antikommunistischen Positionen der PDS-Führung propagandistisch zu entlarven?

Den PDS-Wählern ist doch nicht zu unterstellen, daß sie den Anpassungskurs der PDS-Führung unterstützen. Wäre es unter diesen Bedingungen nicht angebracht, die linken oppositionellen Kräfte aufzufordern, die aktuellen Fragen einer antikapitalistischen Politik zu erörtern und gemeinsam für die dringendsten Forderungen, gegen Sozialabbau, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung einzutreten?

Das sind Gedanken von Georgi Dimitroff, die er auf dem VII. Weltkongreß der Kommunistischen Internationale 1935 geäußert hat.

Wir leben nicht unter den Bedingungen einer faschistischen Diktatur. Die gesellschaftlichen Entwicklungstrends verbieten es den Kommunisten aber, Fehler zu wiederholen, die die Sammlung aller antikapitalistischen Kräfte behindern könnten. Die PDS muß in den Bundestag! **Dr. Hans-Günter Szalkiewicz, Berlin**

(...) Bekanntlich bin ich vom P.E.N.-Deutschland auf seiner kürzlichen Darmstädter Tagung wegen Tätigkeit als „IM Heinrich“ ausgeschlossen worden. Gegen diese Entscheidung will ich Protest einlegen. Dazu brauche ich logistische Hilfe auch von der Seite, die mich einst an die Front stellte, an der ich noch stehe. Selbst bei negativem Ausgang des Revisionsverfahrens müßte ich im P.E.N. noch einmal eine Tribüne bekommen. (...)

Das Kriterium des Chefanklägers und Pfarrers Weskott gegen IM Heinrich lautete: ... „Milde unangebracht“ ..., was im Wesen der Ruf nach dem Scheiterhaufen ist. (...)

Die grundsätzlichen Ethiken der Geheimdienste sind mir bewußt. Wir arbeiteten nach dem Prinzip der Diskretion; das Gehlen-Pack, mit dem wir es nach wie vor zu tun haben, arbeitet nach dem Muster der gezielten Indiskretion (einseitige Aktenöffnung, Akteneinsicht usw. usf.).

Die Anwürfe des P.E.N.-Ehrenrates, die zu meinem Ausschuß führten, sind so faden-scheinig, haltlos, exemplarisch unbegründet, daß jeder engagierte Anwalt sie der Lächerlichkeit preisgeben könnte – wenn nur ein Wille da wäre.

Es ist gut, wenn sich um den RF eine eisenstir-nige Prinzipantenschar gruppiert, die jedem Ansatz von Revisionismus entgegentritt. Es ist schlecht, wenn dabei jeder Ansatz beweglichen Denken blockiert wird. Wir haben keine mechanistischen Mittel mehr, die kommunistische Idee mit Brachialgewalt durchzusetzen. Das eröffnet uns die Chance, unsere Ideen mit um so größerer Denk- und Überzeugungskraft vorzubringen. Das als Niederlage zu sehen, geht am notwendigen höheren intellektuellen Impetus vorbei.

Kommunismus ist nicht Verwirklichung von Utopie, sondern von Poesie. Poesie ist Wirklichkeit des Heiligen Geistes im Menschen unterwegs zur Menschwerdung.

Erich Köhler, Alt Zauche

Ein eifriger „Rotfuchs“-Leser aus Thüringen, dem ich jeden Monat den RF schicke, hat mir eine Spende von 40 Euro zukommen lassen, die ich Euch hiermit übersende. Der RF hat das Geld „verdient“ und kann es sicher gebrauchen. Leider handeln nicht alle, denen wir den „RotFuchs“ jeden Monat übergeben, so spendabel.

Was den Inhalt betrifft – da sind alle begeistert. Noch aber ziehen manche keine persönlichen Schlußfolgerungen für ihre politischen Aktivitäten daraus. Vielleicht wird das jetzt besser, wenn einige begreifen, daß der „große Führer“ Gysi sie zehn Jahre an der Nase herumgeführt hat, um sie nun im Regen stehen zu lassen.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Beim Lesen des Artikels „Navigation ohne Kompaß?“ von Norbert Paulig fiel mir ein Gespräch ein, das vor vielen Jahren Gysi und der legendäre Jürgen Kuczynski hatten. Es ging um die Avantgarde. Gysi meinte, er spreche jeder Partei das Recht ab, eine Avantgarderolle zu übernehmen. (Für ihn nicht ungewöhnlich, bei seiner jetzigen Vita!) Es versteht sich von selbst, daß Jürgen Kuczynski energisch widersprach und auf Lenin verwies.

Dann Kompliment für Majorows Artikel „Keine andere Wahl!“. Den habe ich mir kopiert mit vie-

len Abzügen. Auch ich werde oft bei Diskussionen mit dem „Argument“ konfrontiert, es habe sich 1939 um eine Kumpanei Stalin/Hitler gehandelt. Jetzt besitze ich genügend „Muniti-on“, um der Wahrheit eine Gasse zu schlagen. Das erinnert mich an damals, als es noch die SEW gab, und mit ihr die MASCH.

Dieter Bartsch, Berlin

Anbei mein Aufnahmeantrag für den Förderverein. Nach dem Studium einiger Nummern des „RotFuchs“ habe ich unsere ideologische Nähe festgestellt. Ich war von 1946 bis 1989 Mitglied der SED, vorher der SPD. Ich war Delegierter des Vereinigungsparteitages sowie des 2. und 3. Parteitages der SED. In die PDS bin ich nicht eingetreten. Ich werde sie aber am 22. September wählen, weil es dazu keine bessere Alternative gibt.

Dr. Gerhard Lier, Leipzig

Seit dem November 2000 hat sich der „RotFuchs“ um die Propagierung der „11 Forderungen“ der DKP-Gruppe Berlin-Nordost, die ursprünglich auf die Sammlung und politische Reaktivierung der in Ostdeutschland lebenden Kommunisten und Sozialisten gerichtet waren, verdient gemacht und eine breite, überwiegend zustimmende Diskussion in der gesamten Bundesrepublik entfacht. Eine beachtliche Zahl von Einzelpersonen und ganze Parteigruppen der DKP haben diesen Forderungen zugestimmt. Dem mußte auch der Parteivorstand der DKP Rechnung tragen, der sich auf seiner 5. Tagung mit den „11 Forderungen“ beschäftigt hat. Die gefaßten Beschlüsse blieben jedoch enttäuschend weit hinter den Erwartungen und objektiven politischen Erfordernissen zurück. (...) Dessen ungeachtet hat der „RotFuchs“-Förderverein die Arbeit zur weiteren Qualifizierung der „11 Forderungen“ engagiert fortgesetzt, viele Anregungen und kritische Hinweise verarbeitet und sie als „11 Programmatische Forderungen von Kommunisten und Sozialisten für Ostdeutschland“ auf seiner Mitgliederversammlung im November 2001 beschlossen.

In ihrem Wahlauftrag will die KPD, die sich in Berlin zur Bundestagswahl stellt, neben anderen Forderungen, die sich auf die Wiedererlangung in der DDR erlebter Rechte und positiver Erfahrungen beziehen, explizit auch jene „11 Forderungen“ ins Gespräch bringen. (...) Damit werden sie Gegenstand des Bundestagswahlkampfes und es stellt sich die Frage, wie wir es mit unseren eigenen Forderungen halten, die wir als kommunistische Positionen deklariert haben. Haben wir das Recht, unsere Stimme einer „bürgerlich-demokratischen, pazifistischen und antifaschistischen Linkspartei“, einer „vom Führungskonzept her nichtmarxistischen und nichtrevolutionären Partei mit kleinbürgerlich-reformistischer Orientierung“ zu geben, deren konkretes politisches Handeln wir an Beispielen der Auftritte ihrer exponierten Akteure im „RotFuchs“ entschieden und berechtigt häufig prinzipieller Kritik unterzogen haben, um möglicherweise einen Kanzler Stoiber zu verhindern? Oder haben wir die Verpflichtung, nicht nur mit dem Stimmzettel zu unseren eigenen politischen Positionen zu stehen, sondern in der uns noch verbleibenden kurzen Zeit bis zum 22. September an der Seite unserer KPD-Genossen für ein möglichst großes Votum für unsere „11 programmatischen Forderungen“ zu kämpfen? (...)

Dr. Hartwig Strohschein, Berlin

(...) Ich bin dafür, die zweite Stimme der PDS zu geben. Sie ist gegenwärtig trotz ihrer schweren Fehler die größte Ansammlung antifaschistischer Kräfte, die Kriegshandlungen

noch ablehnt. Ich bitte alle Leser des RF, die sich als Sozialisten und Kommunisten im Sinne der Klassiker betrachten, dieses als wirksamen Schritt zu betrachten, die äußerste Reaktion evtl. zu schlagen. Die erste Stimme sollte man jenen Kandidaten geben, mit denen der drohende Amtsantritt Stoibers am besten verhindert werden kann. (...)

Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf

In diesen Tagen nach dem Rücktritt Gysis macht sich doch so deutlich bemerkbar, in welche verfehlte Politik die PDS von der Parteispitze (Gabriele Zimmer, Dietmar Bartsch, Petra Pau, Roland Claus) geführt wurde. Eine Sackgasse! Sie glaubten wohl, das einfache Volk billige Gysis Machenschaften (z. B. seine Aufforderung als Wirtschaftssenator an die Berliner Gewerkschaften, bei der Verteidigung von Arbeitsplätzen Kompromißbereitschaft zu zeigen, die Bonusmeilen-Affäre usw.). Ich kann mich nicht des Eindrucks erwehren, daß es vorprogrammiert war, die PDS in einen solchen Zustand zu versetzen. Führt der genannte Personenkreis seine Politik wie bisher fort, dann ist die Partei bald dem Ausverkauf preisgegeben.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Es ist mir trotz chronischen Zeitmangels gelungen, fast alle Artikel der mir zugesandten drei Ausgaben zu lesen. Allein das ist doch schon ein ordentliches Lob.

Ich stimme nicht mit allen Artikelschreibern überein. Teils ist mir die berechtigte Kritik in haßerfüllter Schreibweise schwer verdaulich; andererseits kann man nachfühlen, daß Betroffene hassen, aber ... Haß ist kein guter Ratgeber bei der Gewinnung von neuen Mitstreitern. Das wißt Ihr sicher besser als ich. Obwohl ich zur Zeit mit der Beseitigung der Schäden beim Hochwasser sehr an- und eingespant und selbst Hochwasserschädigter bin, wäre ich bereit, am Jahresende eine Spende zu überweisen.

Dipl.-Ing. Hans-Gerd Karbe, Döbeln

Die „feine englische Art“ war's ja nun nicht gerade, wie der Spitzenanwalt, Spitzenpolitiker der PDS und Spitzentalker, Herr Genosse Gregor Gysi, jüngst mit seinen Berliner Parlaments- und Senatskollegen, vor allem aber mit seiner bisherigen Wählerschaft umgegangen ist. Letztere vor allem hatte ihm doch immer wieder ihre Stimme gegeben, weil sie sich von ihm Einfluß auf eine Änderung der Berliner Politik erhoffte. Wo er doch von ALLEM immer so viel versteht und so flott reden kann – vor einem stets an seinen Lippen hängenden Publikum! Selbst seine politischen Talkgegner waren davon manchmal so fasziniert, daß ihnen die Spucke weglief, wenn sie nicht sogar dachten: Menschenkind, der Mann ist ja in der falschen Partei!

Und nun passiert ausgerechnet ihm so ein Lapsus mit diesen läppischen paar Bonusmeilen, wo sich doch seine Kollegen nicht einmal „jucken“. Da packt ihn das große Grausen und die Scham, weil er einfach nicht in den „Sumpf der Korruption“ anderer hinabsinken möchte – brav! Die nehmen ihm sein so hochanständiges Verhalten noch übel, verstehen womöglich nicht mal, wovon die Rede ist. Doch der Herr Wirtschaftssenator und Bürgermeister Gysi, was macht der? So ehrlich und treu (man lese den „Tugendhaften Hund“ von Heinrich Heine) wie er ist, haut er einfach alles hin. (...) Aber halt, schon meldet sich Herr Gysi, in welcher Eigenschaft weeb ick nich, und macht den Vorschlag, die Wahlen wejen det Hochwasser zu verschieben – womit alle anderen wie da in der „Patsche“ sitzen und er obendruff, weila wieda mal allen übalejen ist. Aba, ick hab

so'n Jefeühl, irgendwatt krieg'n wa noch mal von ihm zu hör'n. Der probiert noch mal wat ganz an'drett – woll'n wa wetten!?

Klaus J. Hesse, Brieselang

Viele Parteien, darunter auch kommunistisch sich verstehende, erklären die relativ kurze Geschichte des Sozialismus von deren Ende her: Dieser Sozialismus ist zusammengebrochen. In der Zusammenbruchstheorie – und in Parteien, die sie vertreten – kommt der Revisionismus, also eine subjektive Schuld am Ende des Sozialismus, nicht vor. Zusammenbruch unterstellt einen Mangel in der gesellschaftlichen Konstruktion des Sozialismus. Er war nicht lebensfähig. Das bietet Raum für zwei Folgerungen: Rückkehr in den Kapitalismus, „weil nur diese Gesellschaft lebensfähig ist“. Oder: Übergang in einen anstelle des realen Sozialismus neugedachten Sozialismus, worin all die Mängel des realen Sozialismus, die zu seinem Untergang geführt haben, eine positive Umkehrung erfahren (an die Stelle des Staates tritt die Selbstverwaltung, an die des Zentralismus der Dezentralismus usw.); was im Sozialismus falsche Form gewesen sei, müsse nur in eine richtige Form gebracht werden. (...)

Für eine Revisionismusfrage, die programmatischen Charakters ist, also in die Programme sich weiterhin sozialistisch/kommunistisch begründender Parteien eingehen will, ist die Zurückweisung der Zusammenbruchstheorie, der Erklärung des Abbruchs des Sozialismus mit konstruktiven Mängeln/Fehlern des realen Sozialismus, grundlegend. So bleibt in der Tat, wenn es keine positive Erklärung für den Abbruch des Sozialismus gibt, die mit den Interessen der Arbeiterbewegung vereinbar ist, als Erklärung nur subjektive Schuldzuweisung.

Es gibt eine subjektive Verantwortlichkeit für den Zusammenbruch, er ist per Willen und per besonderer Politik herbeigeführt worden, wobei ein formeller Verrat nur der krönende Abschluß dieser Politik ist. (Der vorausgehende Revisionismus muß in diesem Kontext noch nicht als Verrat empfunden worden sein.) Die Revisionismus-Theorie tritt also an die Stelle der Zusammenbruchstheorie, indem sie, und das wird nun wesentlich, die besondere Politik, die zum Zusammenbruch des Sozialismus geführt hat, in den Formen nachweist.

Ein Wort noch zum Verhältnis von Revisionismus und Verrat. Die Revisionismus-Theorie ist insofern die überlegene Theorie, weil sie langfristig in die Geschichte des Sozialismus eindringt, sich der verschiedenen Wendepunkte in der Politik, Ökonomie, Kultur, resp. Ideologie bewußt wird, also wirklich Sozialismus und Sozialisten zur Debatte stellt ..., während die reine Verratstheorie sich dieser „traurigen Arbeit“ entsagt, gewissermaßen nur den Verräter markiert. (...) **Hermann Jacobs, Berlin**

Die Beiträge der letzten beiden RF-Ausgaben waren wiederum eine Fundgrube an Erfahrungen für Genossen und Freunde. Sie enthielten wertvolle Anregungen für die keineswegs leichte politische Arbeit im Wahlkampf.

Erfreulich ist die Bildung von Regionalgruppen des RF-Fördervereins an der Waterkant und an der Saale.

In diesen Tagen erhielt ich einen Brief des amerikanischen Antifaschisten Kurt Stand aus dem USA-Gefängnis. Er bedankte sich für die solidarischen Grüße und schilderte seinen schweren Kampf um die Wiedererlangung der Freiheit. „Wir können nur gewinnen, wenn wir unsere Hoffnung und unsere Ideale nicht aufgeben.“ Gerade die Verbindung zu Kurt Stand, der wie seine Frau unter der Bezeichnung der Spionage zu einer langen Freiheitsstrafe ver-

urteilt worden ist, gibt mir Kraft und Mut. Noch mehr von uns sollten ihm schreiben. Hier die Adresse:

42289/083 Unit 3 B
FCI Allenwood
P. O. Box 2000
White Deer
PA 17887
USA

Günter Bauch, Fraureuth

Besonders jetzt, da USA-Präsident Bush nach den Kriegen gegen Jugoslawien und Afghanistan unverblümt einen weiteren Krieg gegen Irak ankündigt, ist es wichtig, sich mächtiger Friedensbemühungen im Nachkriegsberlin zu erinnern. Das gilt nicht zuletzt für die beispielhafte Westberliner Friedenskoordination, die verdienstvoll von Laura von Wimmersperg, der Nachfolgerin von Gründer Teppich und Moderator Dr. Venedey, geleitet, bis heute eine wichtige Rolle spielt. „RotFuchs“ hat dazu dankenswerterweise in der August-Nummer ein interessantes Interview veröffentlicht. (...) In der extrem angespannten gegenwärtigen Situation lohnt es sich, das jahrzehntelange erfolgreiche Wirken dieser neuartigen Koalition der Friedenskräfte ins Gedächtnis zu rufen. An ihr waren damals über 150 Parteien und Organisationen beteiligt, darunter SEW und SPD. Aufschluß gibt eine umfangreiche, von mir in den 80er Jahren im Verlag Das Europäische Buch herausgegebene Materialsammlung „Flugblätter und Dokumente der Westberliner Friedensbewegung“.

Fritz Teppich, Berlin

„Defensive Intervention durch nukleare Offensivschläge“, was heißt das auf deutsch? Nichts anderes als Erstschlag unter möglichem Einsatz von Atomwaffen. Präsident Bush hat am 1. Juni 2002 in West Point diese künftige Mi-

litärstrategie der USA vorgestellt. Der präventive atomare Erstschlag wurde von ihm unter dem Vorwand des Kampfes gegen den „Terrorismus“ ins Spiel gebracht. Das neue Konzept soll im Herbst verabschiedet werden. Im Visier sind u. a. Irak, Iran, Somalia, Nordkorea usw. Irak steht bei der USA-Regierung ganz oben auf der Liste. Unter bestimmten Bedingungen werden auch China, Rußland, Syrien, Libyen und andere Staaten bedroht. Zur Begründung erklärt Washington, die betreffenden Regierungen könnten nicht für die Sicherheit dort gelagerter Massenvernichtungswaffen und Herstellungskomponenten garantieren. Natürlich geht es in Wirklichkeit um Macht, Rohstoffe und Absatzmärkte.

Im Interesse des Überlebens der Menschheit müssen Völker und Staaten diesen Kriegsverbrechern in den Arm fallen, bevor es zu spät ist.

Rolf Bruß, Rostock

Leider muß ich meinen Beitrag im RF Nr. 55 „Gedanken eines langzeiterwerbslosen Genossen“ in einem sachlichen Punkt korrigieren. Ich hatte geschrieben: „Man lernt, daß Ärzte gemäß einer Absprache zwischen den Krankenkassen und der Bundesanstalt für Arbeit (BA) Erwerbsunfähigkeitsbescheinigungen nur noch dann ausstellen dürfen, wenn der oder die Betroffene ins Krankenhaus überwiesen werden muß.“ Diese Feststellung, die fast wörtlich der Aussage eines Facharztes mir gegenüber entspricht, ist falsch. Dies wußte ich zum Zeitpunkt des Niederschreibens meines Beitrages allerdings nicht. Bei einem zwischenzeitlichen Termin teilte mir die Sachbearbeiterin des Arbeitsamtes auf Nachfrage mit, daß die o. g. ärztliche Aussage definitiv nicht stimme. Vielmehr gilt weiterhin, daß Erwerbslose auch dann „Krankenscheine“ erhalten, wenn sie nicht unmittelbar ins Kranken-

haus müssen, sondern akut erwerbsunfähig (und damit für diesen Zeitraum nicht vermittelbar!) sind.

Heinz W. Hammer, Essen

Nun stehen ja wieder große (Schein-)Wahlen vor der Tür. Dem Volk wird vorgeflunkert, wie gerecht und „demokratisch“ es überall zugehe. Es gebe keine Klassen, und allein der Wähler entscheide über den alten oder den (von der herrschenden Klasse gewünschten) neuen Bundeskanzler.

Am Beispiel eines Wahlplakats möchte ich die Farce deutlich machen: „Für Sie in Reinickendorf. Roland Gewalt, CDU. Unser Mann für den Bundestag.“ Zunächst ist dieser Mann „für uns“, um uns im Sinne der Arbeitsplatzvernichter bei Laune zu halten. Denn er ist ja „unser Mann“ für den Bundestag. In Wirklichkeit ist mit „unser Mann“ gar nicht das gewöhnliche Volk gemeint, sondern die Klasse, für die er antritt. Das wird natürlich verschwiegen, doch die meisten merken es nicht. In der Praxis ist die Inszenierung eigentlich leicht zu durchschauen ...

Die Kapitalisten haben noch andere Zaubertricks zur Hand, z. B. die Hartz-Kommission. Die zaubert die 4 Millionen Arbeitslosen einfach weg, indem sie den Menschen vortäuscht, die Zahlen halbieren zu können. In Wirklichkeit arbeiten die Wiederbeschäftigten dann mit viel weniger Lohn und manche außerdem an einem fremden Ort. Solche „Arbeitsverhältnisse“ kommen unter „demokratischem“ Druck zustande, indem man den Betroffenen mit massiven Abzügen droht, so daß sie auf das „Angebot“ eingehen.

All das steht nicht auf dem Wahlzettel, wenn die Bürger am 22. September zu den Urnen gerufen werden.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf



Zirkus Deutschland – Die Bundespost bringt das sehr treffend zum Ausdruck!

Eingesandt von Rudolf Janert, Berlin

Anfang der 90er Jahre ging die Zahl der Geburten in der früheren BRD leicht zurück. Wie entwickelte sie sich von 1990 bis 1993 in den „neuen Bundesländern“ (1990 betrug sie dort 178500)?

Einsendeschluß: 28. September 2002

Wer von unseren Lesern der richtigen Antwort am nächsten kommt, der erhält ein kleines Büchepakat als Anerkennung. Bei gleich richtigen Antworten entscheidet das Los.

Ein Anliegen

Wir bitten Spender bei der ersten Überweisung ihre Anschrift anzugeben, damit wir ihnen den „RotFuchs“ zukommen lassen können, falls sie ihn noch nicht beziehen.



Grafik: SHAHAR



Wir laden noch einmal – und diesmal mit richtiger Anfangszeit – zu der Veranstaltung mit **Dr. Hans Reichelt**, ehemals Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats der DDR und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, herzlich ein. Er spricht am **4. Oktober 2002 um 16.30 Uhr** (16.30 Uhr!) in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, **Torstraße 203-205**, zu dem Thema: **Ergebnisse und Probleme der Umweltpolitik der DDR**. Bei der Veranstaltung der Regionalgruppe Berlin des „RotFuchs“-Fördervereins e. V. wird ein Stuhlgeld von 1 Euro erhoben. ■

Wir kündigen schon jetzt die Veranstaltung der Regionalgruppe Berlin mit Generaloberst a. D. Fritz Streletz an,

die am **15. November 2002 um 16.00 Uhr** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, **Torstraße 203-205**, stattfindet. Der namhafte Militär der DDR befaßt sich mit der gegenwärtigen strategischen Lage in der Welt. Stuhlgeld: 1 Euro

Unsere Stärke

Der „RotFuchs“ steht seit viereinhalb Jahren völlig auf eigenen Füßen. Obwohl er kein finanzielles „Hinterland“ hat, ist er in 56 Monaten nicht ein einziges Mal in die roten Zahlen geraten.

Wie erklärt sich dieses Wunder? Tausende Leser halten die Hand über unsere, über ihre kommunistisch-sozialistische Zeitung. Wir danken Euch, Genossinnen und Genossen!

IMPRESSUM

Gegründet im Februar 1998 als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:
RotFuchs-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/561 34 04, Fax 030/56 49 39 65
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

E-Mail-Adresse: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionsschluß ist der 5. eines Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Walter Florath
Peter Franz
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Hans-Dieter Hesse
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar

Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Dr. Hans-Dieter Krüger
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Pauligk
Rainer Rupp
Fritz Teppich
Herbert Thomas
Dr.-Ing. Peter Tichauer
Stefan Warynski, (Warschau)

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 000), Konto-Nr. 220 160 759

Künstlerische Mitarbeit:

Arno Fleischer
Heinz Herresbach
SHAHAR
Internet-Redakteurin:
Iris Rudolph
Webmaster der Vereinsseite:
Dr. Hartwig Strohschein
Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin
Telefon 030/654 56 34
arminneumann@web.de
Marianne Ahrens
Sonja Brendel, Bruni Büdler
Monika Kauf, Bernd Koletzki